

# FRANKFURT 2016 – DIE STADT GEHÖRT DIR!



**KOMMUNALWAHLPROGRAMM  
2011-2016**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



Dieses Kommunalwahlprogramm wurde auf der Kreismitgliederversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt am Main vom 2. Oktober 2010 einstimmig beschlossen.

Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frankfurt am Main  
OPPENHEIMER STR. 17  
60594 FRANKFURT AM MAIN

Fon 069 9637687 0

Fax 069 9637687 40

E-Mail [kreisverband@gruene-frankfurt.de](mailto:kreisverband@gruene-frankfurt.de)

[www.gruene-frankfurt.de](http://www.gruene-frankfurt.de)

[www.frankfurt-waehlt-gruen.de](http://www.frankfurt-waehlt-gruen.de)

# Frankfurt 2016

## — Die Stadt gehört dir!

Wir Frankfurterinnen und Frankfurter sind am 27. März aufgerufen, die politischen Mehrheiten in unserer Stadt für die nächsten fünf Jahre zu bestimmen. In diesen fünf Jahren geht es um viel. Staatsverschuldung, Klimakrise, Wirtschafts- und Finanzkrise, soziale Spaltung, der demographische Wandel – all dies sind Themen, die die Menschen auch vor Ort bewegen und die uns dazu zwingen, uns immer wieder neu zu fragen, ob wir als Gesellschaft auf dem richtigen Weg sind. All dies sind Herausforderungen, insbesondere auch und gerade für eine Stadt wie Frankfurt. Frankfurt als Stadt der Vielfalt und Innovation, als Zentrum einer dicht besiedelten Region, als Banken- und Finanzplatz muss seine Potentiale nutzen und die Herausforderungen meistern. Wir haben uns in den letzten Jahren dazu auf den Weg gemacht – und in unserer Stadt hat sich viel zum Guten bewegt: Sie ist sozialer, ökologischer und bürgernäher geworden. Auf die ersten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir gut und kompetent reagiert. Die Folgen für die kommunalen Haushalte werden aber in den nächsten Jahren erheblich sein. Zudem haben die Krisen gezeigt, dass wir unsere Art zu leben und zu wirtschaften ändern müssen. Wir wissen, dass sich die Stadt auch weiterhin diesem Wandel und den Herausforderungen stellen muss. Wir sind sicher, dass Frankfurt zur Bewältigung der Krisen und zur Gestaltung des Wandels gut aufgestellt ist. Wir sind überzeugt davon, dass die Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt besser werden kann, wenn wir den Wandel nicht verdrängen, sondern als Chance annehmen. Vieles, was wir in den vergangenen Jahren begonnen haben, verlangt Standfestigkeit und einen langen Atem. Anderes können wir erst jetzt bewegen, nachdem wir Steine aus dem Weg geräumt und die Voraussetzungen dafür geschaffen haben. Wir wollen Sie, die Bürgerinnen und Bürger, mitnehmen auf diesem Weg zu einem neuen, lebenswerten und zukunftsfähigen Frankfurt.

2006 haben wir uns dafür entschieden, eine Koalition mit der CDU einzugehen. Wir haben damals hart verhandelt und sind am Ende zu dem Schluss gekommen, dass wir unsere grünen Ziele für Frankfurt so am besten verwirklichen können. Viele Schritte hin zu mehr Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Bürgernähe wären in einer anderen Konstellation nicht

möglich gewesen. Allen voran in den Bereichen, in denen wir über unsere Dezernentinnen und Dezernenten unmittelbar Verantwortung tragen: Umwelt und Gesundheit, Bildung und Frauen, Verkehr sowie Integration.

Im vorliegenden Wahlprogramm beschreiben wir Grüne die Ziele, die wir für unsere Stadt erreichen wollen. Wir zeigen die Themen auf, die uns antreiben, und benennen konkrete nächste Schritte auf dem Weg zu diesen Zielen. Wir haben mit und für Frankfurt viel vor. Wir wissen, dass wir unsere Ziele nur in einer gemeinsamen Anstrengung von Politik, Wirtschaft und von jeder und jedem Einzelnen erreichen können. Um Frankfurt weiter zu verändern, brauchen wir viele Menschen – nicht nur unsere Vertreterinnen und Vertreter in der Stadtregierung, im Stadtparlament und in den Ortsbeiräten. Wir brauchen Menschen in Vereinen, Verbänden und Initiativen, und wir brauchen Sie, die Frankfurterinnen und Frankfurter. Denn am Ende sind Sie diese Stadt, und am Ende, nicht nur am 27. März, sind Sie es, die diese Stadt prägen und bewegen. Wir hoffen darauf, dass Sie sich davon überzeugen lassen, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen!

# Inhalt

Frankfurt 2016 — Wohin mit der Stadt?.....12

**Nachhaltiges Frankfurt:  
Stadt der Energie- und Mobilitätswende.....16**

**Grünes Frankfurt — Umwelt- und Klimaschutz.....16**

Klimaschutz

Energetisches Bauen und Sanieren

Nachhaltige Siedlungen

Grüne Gewerbegebiete

Grüngürtel

Parks, Grünflächen und Spielplätze

Mainufer

Naturnahe Grünflächen

Entsiegelung und Gebäudebegrünung

Artenvielfalt

Lichtverschmutzung

Abfall und Entsorgung

MUK — Museum für Umwelt und Klima

**Frankfurt mobil — Von der auto- zur menschengerechten Stadt.....27**

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Preis und Qualität des öffentlichen Nahverkehrs

Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr

Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr

Radverkehrsanteil weiter steigern

Parkplatzmangel im Radverkehr beheben

Mehr Attraktivität des Fußverkehrs

Tempolimit im Autoverkehr

Anreize für ein Leben ohne Auto

Rückgewinnung des öffentlichen Raums  
Förderung Car-Sharing  
Beibehalt kommunaler Steuerungsmöglichkeiten

### **Frankfurt planen**

#### **— nachhaltig, sozial und mit den FrankfurterInnen.....34**

Nachhaltige Stadtplanung  
Flächenmanagement und Grundstückspolitik  
Bürgerbeteiligung bei der Quartiersentwicklung  
Innovative Wohnprojekte  
Soziale Segregation verhindern  
Wohnraum durch Umwandlung und Nachverdichtung schaffen  
Dom-Römer-Areal  
Denkmalschutz stärken und historische Bausubstanz erhalten  
Innenstadtkonzept: urban und lebendig  
Uni-Campus Bockenheim  
Niederrad / Mainfeld  
Öffentlicher Raum

### **Solidarisches Frankfurt:**

#### **Stadt der Bildung und der Teilhabe.....44**

#### **Bildung in Frankfurt — für Alle, mit Allen.....44**

Land und Bund in die Pflicht nehmen  
Inklusive Strukturen, offen für das Leben  
Umfassende Bildungsberatung  
Sozialverträgliche Harmonisierung der Elternentgelt  
für Kitas und Kindertagespflege  
Kinder- und Familienzentren  
Qualität in der Kinderbetreuung  
Offensive für sprachliche Bildung  
Übergänge managen, Bildungsbüro einrichten  
Flexible Eingangsstufen

Sitzenbleiben in den Grundschulen abschaffen  
Gemeinsamer Unterricht und gemeinsame Betreuung  
Ausbau Schulpsychologen  
Zuständigkeit Jugendhilfe ins Bildungsdezernat übertragen  
Ganztagsbetreuung in allen Frankfurter Grundschulen  
Lebenslange Bildung: Volkshochschulen und Stadtbüchereien

## **Soziales Frankfurt**

### **— Mit Strukturen gezielt Teilhabe stärken.....51**

Benachteiligten Kindern helfen  
Frankfurt Soziale Stadt — Neue Nachbarschaften  
Kommunalen Einfluss bei Arbeitsmarktpolitik erhalten,  
Jugendjobcenter aufbauen  
Bezahlbarer Wohnraum  
Bedarfsgerechte Wohnungen  
Barrierefreie Wohnungen  
Behindertenbeauftragte aufwerten  
Barrierefreie öffentliche Angebote  
Teilhabe im Alter  
Leben in Pflegeheimen  
Entwicklung einer neuen Sterbekultur  
Neuausrichtung Seniorenbeirat

### **Gesundes Frankfurt — Lebensqualität und Prävention.....58**

Lärmschutz und Luftqualität  
Regionale Umweltzone  
Luftbelastung senken  
Nachtflugverbot und kommunale Lärminderungsplanung  
Zugang zu Freiflächen ist soziale Aufgabe  
Transparenz im Gesundheitssektor  
Gesundheitsberichterstattung und Kommunikation  
zu Gesundheitsleistungen  
Mütter und Väter stärken — Kinder schützen

Gesundheitliche Versorgung von „Illegalen“  
Prävention schützt vor Krankheit  
Sportangebote weiter fördern  
Kommunale Kliniken stärken

**Drogenpolitik — Den Frankfurter Weg weitergehen.....65**

Abgestimmtes Hilfe- und Beratungssystem  
Vernetzte Betreuung  
Tagesstrukturierende Angebote  
Schutz vor Gewalt gegen Frauen  
Psychiatrische Versorgung  
Legale Suchtmittel: Jugendschutz besser umsetzen  
Bessere Vernetzung der Hilfsangebote  
Spiel- und Onlinesucht  
Essstörungen

**Lebendiges Frankfurt:  
Stadt der Vielfalt und der Kreativität.....69**

**Menschen miteinander — Frankfurt, multikulturell vernetzt.....69**

Politische Teilhabe für MigrantInnen  
Aktive Willkommenskultur  
Teilhabechancen durch Bildung  
Wirtschaftliche Potentiale nutzen  
MigrantInnen in der Stadtverwaltung  
Umgang mit religiösen Bauten  
Stärkung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten

**Frankfurt vielfältig — Politik für und mit Lesben und Schwulen.....73**

Politik der Vielfalt verankern  
Beratung und Selbsthilfe unterstützen,  
Mehrfachdiskriminierung angehen  
Lebenssituation von Regenbogenfamilien und  
jungen Lesben und Schwulen verbessern

Lesbische und Schwule Kultur stützen und öffentlich machen  
Gewalt gegen Lesben und Schwule

**Kultur leben und erleben.....75**

Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche  
Kooperation Kulturschaffende und Bildungseinrichtungen  
Öffentlichkeit für kreative Subkultur  
Räume für Kreative  
Einstiegs- und Nachwuchsförderung  
Stärkung und Neuausrichtung Museumsufer  
Erinnerung an den Nationalsozialismus

**Prosperierendes Frankfurt: Stadt der nachhaltigen  
Wirtschaft und der Zukunftsbranchen.....79**

**Frankfurts Wirtschaft — breit gefächert und nachhaltig.....79**

Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur  
Nachhaltige Mobilität  
Frankfurt als Motor und Innovationszentrum  
für nachhaltiges Wirtschaften  
Frankfurt und die Region  
Klimafreundliche Kongresse und nachhaltiger Tourismus  
Computer- und Videospielebranche  
Unternehmensgründungen  
Einzelhandel

**Finanz- und Haushaltspolitik in Frankfurt  
— nachhaltig und verlässlich.....84**

Nachhaltige Haushaltspolitik fortsetzen  
Debatte über Leistungen und Ziele führen  
Gemeinwohlorientierung von Beteiligungsunternehmen  
Umgang mit alternativen Formen der Erbringung von Leistungen  
Keine Senkung von Steuern und Abgaben  
Gewerbesteuer erhalten

Uneingeschränktes Konnexitätsprinzip  
Nachhaltiges Beschaffungswesen und Green IT

<b>Demokratisches Frankfurt: Stadt der Bürgerinnen und Bürger.....</b>	<b>88</b>
<b>Frauenpolitik ist Grün.....</b>	<b>88</b>
Gleichstellungs–Aktionsplan erarbeiten	
Frauen in Führungsrollen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit	
Familienfreundliche Unternehmen	
Gewaltschutz für Frauen	
<b>Frankfurt — sicher in der Öffentlichkeit,sicher im Privaten.....</b>	<b>90</b>
Präventionskonzepte stärken	
Der öffentliche Raum gehört allen	
Evaluation freiwilliger Polizeidienst	
Subjektives Sicherheitsgefühl verbessern	
Datenschutz und informationelle Selbstbestimmung	
Transparente Stadtverwaltung	
Verbraucherschutz	
<b>BürgerInnenstadt Frankfurt — Kompetenzen der Stadtgesellschaft nutzen, Beteiligung ermöglichen.....</b>	<b>94</b>
Beteiligung an Planungs– und Entscheidungsprozessenausbauen, transparente Verwaltung schaffen	
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Planungsprozessen	
Beteiligung an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs	
Unterstützung für das Ehrenamt	
Stiftungen nutzen	
Dienstleistungen über Internet stärken	
<b>Nachhaltige, solidarische, lebendigeStadt der Bürgerinnen und Bürger: Frankfurt braucht alle!.....</b>	<b>98</b>



# Frankfurt 2016

## — Wohin mit der Stadt?

Wir engagieren uns für ein **nachhaltiges Frankfurt** und wollen unsere Stadt zu einer der ökologisch fortschrittlichsten Metropolen in Europa machen. Wenn wir jetzt nicht weiter mutig handeln, wird der Klimawandel zu einem nicht mehr beherrschbaren Problem für uns alle. Die BürgerInnen der Städte, die jetzt vorangehen, werden am Ende davon am meisten profitieren. Die Herausforderung ist viel größer, als dass es mit symbolischen Einzelaktionen hier und da getan wäre: Wir müssen anders bauen, anders mobil sein, anders produzieren, anders wohnen und konsumieren und in erneuerbare Energien investieren. Statt des Klimakillers Kohle, des sich verknappenden Öls und gefährlichen Atomstroms wollen wir für Frankfurt mit Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien einen Platz an der Sonne. Statt Staus und Straßenlärm wollen wir eine Metropole, in der sich alle frei, ökologisch und zu fairen Preisen fortbewegen können. Und statt grauer Parkplätze wollen wir nutzbaren öffentlichen Raum.

Wir wollen weiter an einem **solidarischen Frankfurt** arbeiten, in dem keine und keiner zurückbleibt. Wir haben Frankfurt erfolgreich zur Familienstadt umgebaut. Diese Anstrengungen müssen wir fortsetzen. In unserer Metropole kommen viele Menschen zusammen: Alteingesessene und Zugewanderte, Alt und Jung, Behinderte und nicht Behinderte, Deutschstämmige und MigrantInnen. Diese Mischung macht unsere Stadt aus. Darauf sind wir stolz. Und zugleich ist sie eine Herausforderung für uns alle. Es ist eine ständige Anstrengung, dass sich die soziale Schere nicht weiter öffnet. Dieser Anstrengung wollen und müssen wir uns stellen. Unser Leitbild ist eine integrative Stadt, die nicht in voneinander isolierte Milieus zerfällt, sondern in der die Menschen sich begegnen und gemeinsam leben. Unser Leitbild ist eine Stadt der Kinder und der Bildung, in der alle die Chance auf einen guten Kindergarten, auf eine gute Schule haben – unabhängig von der sozialen Herkunft. Unser Leitbild ist eine Stadt der Teilhabe, in der Menschen, die Hilfe benötigen, solidarisch unterstützt werden, ohne sie zu bevormunden. Unser Leitbild ist eine durchlässige Stadt, in der es öffentlichen Raum und eine öffentliche Infrastruktur für alle gibt. Und unser Leitbild ist eine geschlechtergerechte Stadt, in der Frauen und Männer die gleichen Chancen haben, in der niemand aufgrund seiner sexuellen Identität diskriminiert oder benachteiligt wird.

Wir streiten weiter für ein **lebendiges Frankfurt** der Vielfalt und der Kreativität. Keine andere Stadt in der Bundesrepublik hat dafür bessere Voraussetzungen. Hier verbinden sich unterschiedliche Herkunft, Geschichten und Kulturen zu einer gemeinsamen städtischen Identität. Frankfurt ist mit Flughafen, Banken und seiner vielfältigen Hochschullandschaft nicht nur eine der Drehscheiben der Welt, es ist eben auch liberale Heimat für alle hier Gelandeten und Gestrandeten. Toleranz und Gastfreundschaft, ein Miteinander in Vielfalt und gegenseitiger Respekt sind deshalb unser größtes Pfund. All das ist auch ein großes Potential für die Kultur und Kreativität dieser Stadt. Dabei gilt unser Augenmerk nicht nur den kulturellen Großinstitutionen, sondern auch all jenen freien Szenen, Kulturinitiativen und kreativen Selbständigen, die erst den kulturellen und kreativen Mikrokosmos unserer Stadt ausmachen. Frankfurt ist ohne Zweifel das kreative Zentrum der Region und hat das Zeug zu einem der kreativen Zentren Europas. Daran wollen wir weiter in Regierungsverantwortung arbeiten.

Wir engagieren uns für ein **prosperierendes Frankfurt**, das nachhaltig wirtschaftet und Arbeit mit Zukunft schafft. Wir sind froh darüber, dass wir mit der Europäischen Zentralbank und vielen führenden Instituten der Finanzbranche eine weltweite Ausstrahlung als finanzielles Zentrum in Europa haben, und wissen zugleich um die Verantwortung, die das bedeutet. Wir müssen unsere Wirtschaft jedoch vielfältiger machen und dürfen uns nicht auf wenige Branchen und Gewerbesteuerzahler verlassen. Mit der Kreativbranche gibt es ein weiteres Standbein für wirtschaftliche Stabilität. Und Frankfurt lebt darüber hinaus von vielen Unternehmen, von Innovationen, von GründerInnen, von Menschen, die den Mut und die Ideen haben, von denen sie und andere leben können. Wir wollen die Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaften in Frankfurt weiter verbessern – für neue Branchen ebenso wie für etablierte Unternehmen. Wir wollen auch als Stadt konsequenter auf nachhaltige Beschaffung achten. Auch dies ist ein Beitrag zur Entwicklung der lokalen Wirtschaft. Pioniere auf diesem Gebiet werden in Zukunft entscheidende Wettbewerbsvorteile haben.

Wir wollen schließlich noch mehr erreichen für ein **demokratisches Frankfurt**, in dem die BürgerInnen im Mittelpunkt stehen. Die Kommunen sind die Wiege unserer Demokratie. Hier gestalten die BürgerInnen ihr Zusammenleben vor Ort. Hier wird Demokratie und Politik am intensivsten gelebt und erlebt. Und um die großen Herausforderungen für unsere Stadt zu bewältigen, brauchen wir das Engagement und die Kompetenz der

BürgerInnen. Wir wollen deshalb eine bürgernahe, unkomplizierte und transparente Verwaltung weiter befördern, deren Türen offen stehen. Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten weiter stärken – bei Planungsprozessen, in den Ortsbeiräten wie auch im Stadtparlament. Und wir wollen die Lage all jener Ehrenamtlichen verbessern, die durch ihr Engagement in Vereinen, Verbänden und Initiativen die Grundlage unserer kommunalen Demokratie bilden.

Frankfurt als kreatives, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der Rhein-Main-Region, als größte Stadt Hessens, als einzige „Global City“ in Deutschland und als zentraler Finanzplatz Europas steht in einer besonderen Verantwortung. Die Städte waren und sind Vorreiter der Entwicklung unserer Gesellschaft. Die Wende zu einem nachhaltigen Lebensstil muss gerade in Städten wie Frankfurt stattfinden. Neue Mobilitätskonzepte, ein neuer Stil des Konsums und des Wirtschaftens, Innovationen in Wirtschaft und Gesellschaft müssen in den Städten entwickelt und gelebt werden. Wenn dies in einer Stadt wie Frankfurt gelingt, so ist es überall möglich – Frankfurt muss also Vorreiter sein. Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft zeigt sich zuerst in den Städten, wo viele verschiedene Menschen auf engem Raum zusammenleben. Hier müssen Ideen entwickelt werden und sich Konzepte beweisen. Die Lebendigkeit einer Gesellschaft, die Vielfalt und Innovationskraft, die Kreativität und Vernetztheit einer Gesellschaft zeigen sich in den Städten und müssen von dort aus befördert werden. Frankfurt hat hier besondere Chancen, muss sie aber in den nächsten Jahren aktiv ergreifen. Darum wollen wir die Frankfurterinnen und Frankfurter ermutigen, diese Wege mit uns zu gehen.



# Nachhaltiges Frankfurt: Stadt der Energie- und Mobilitätswende

In der ökologischen Frage entscheidet sich, wie wir in Zukunft leben und arbeiten. Wenn wir den Klimawandel nicht stoppen, hat das dramatische Auswirkungen auf unser Leben. Diese Erkenntnis ist inzwischen Gemeingut – aber wir haben gerade erst begonnen zu ermitteln, was dies für die Stadtpolitik, für die Art und Weise, wie wir wirtschaften, und für unseren privaten Alltag bedeutet. Hier wollen wir in Frankfurt gemeinsam mit den BürgerInnen vorangehen. Wir wollen zeigen, welche Lebensqualität eine Stadt haben kann, die sich unabhängig macht von Kohle, Atom, Öl und Erdgas. Wir wollen zeigen, dass eine nachhaltige Mobilitäts- und Planungspolitik möglich und gewinnbringend für alle Beteiligten ist. Wir wollen zeigen, dass nachhaltiges Wirtschaften die Arbeitsplätze der Zukunft schafft. Und wir wollen zeigen, wie die Herausforderung Klimawandel mit der Energie- und Mobilitätswende, aber auch mit Anpassungsmaßnahmen gemeistert werden kann.

## Grünes Frankfurt — Umwelt- und Klimaschutz

Frankfurt ist eine grüne Stadt – und das nicht nur im politischen Sinne. Mit dem Grüngürtel, der den Stadtwald einschließt, unseren attraktiven Stadtparks und dem Mainufer steht den FrankfurterInnen eine große Anzahl an Erholungsflächen zur Verfügung. Wir Grüne haben erreicht, dass mit dem Hafepark ein neues, für alle zugängliches Freizeitangebot entsteht. Auch im Bereich Klimaschutz haben wir in den letzten Jahren Maßstäbe gesetzt. Heute ist die Passivhausbauweise Standard für neu errichtete öffentliche Gebäude und für Neubauten auf von der Stadt veräußerten Grundstücken. Die städtische Wohnungsgesellschaft ABG Holding mit ihren rund 50.000 Wohnungen in Frankfurt hat das Passivhaus für sich entdeckt und erprobt inzwischen auch Bestandssanierung im Passivhaus-Standard und die Errichtung von günstigem Wohnraum ohne Heizkosten. Frankfurt hat sich zu Recht den Ruf als Passivhauhauptstadt der Republik erworben.

Wir wollen aber beim Erreichten nicht stehenbleiben. Der Klimawandel geht weiter und erfordert von uns ein Umdenken in allen Bereichen: in der

Stadtplanung- und entwicklung, bei der Ausrichtung unserer Wirtschaft, bei unserem Konsum und bei vielem mehr. Wir werden uns den Herausforderungen stellen und die Chancen der Transformation hin zu Nachhaltigkeit nutzen. Nur wir Grüne sind der Garant dafür, dass die Klimaschutzanstrengungen in unserer Stadt verstärkt werden, dass Umweltschutz eine zentrale Aufgabe bleibt und dass die Verkehrs- und Planungspolitik an diesen Zielen ausgerichtet wird.

## **KLIMASCHUTZ**

Der Klimaschutz bleibt eine Hauptaufgabe von Kommunalpolitik in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Wir GRÜNE treten dafür ein, dass Stadtplanung in allen Stadträumen aktiv von den Erfordernissen des Klimaschutzes ausgeht: Nicht mehr nur defensiv, um bedrohliche Entwicklungen abzuwenden, sondern präventiv als bestmögliche Vorsorge für den kommenden Klimawandel.

So sollen bei der Kooperation mit Investoren (städtebauliche Verträge) neben der Gewinnung von Wohnraum auch Beiträge zum Klimaschutz, wie besonders die Gewinnung und Pflege von Grünräumen, integriert werden (Positivbeispiel: Rothschildpark). Ähnlich wie beim Programm „Schöneres Frankfurt“ soll ein regelmäßiger Bericht über die zeitliche Umsetzung der geplanten Baumpflanzungsprojekte vorgelegt werden. Bei der Neugestaltung öffentlicher Räume bzw. bei den Projekten „Schöneres Frankfurt“ müssen unter anderen die Ämter für Stadtplanung, Straßenverkehr, Grünflächen und Umwelt stärker integrierte Planungen vorlegen. Aus dieser Zusammenarbeit sollte sich auch eine Prioritätenliste kurz- und mittelfristiger Projekte für verbesserte bzw. neue Grünräume ergeben, die die Umgestaltung von Straßen und Teilräumen in Alleen, die Optimierung von Restflächen an Verkehrskreuzungen (z.B. Eschenheimer Tor/Wallanlagen) sowie die Qualifizierung vernachlässigter öffentlicher und privater Grüninseln (z.B. südlich des Römers) umfasst. Wir wollen das von uns initiierte und von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene *Klimaschutzmaßnahmenpaket* der Stadt weiterhin konsequent umsetzen. Ziel ist es, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Wir wollen, dass alle städtischen Dachflächen, bei denen es möglich ist, in zehn Jahren mit Solaranlagen ausgestattet sind. Ein Dachflächenkataster soll Standorte ermitteln, an denen die Sonnenenergienutzung wirtschaftlich ist, um so den BürgerInnen eine Informationsquelle zur Verfügung zu stellen, die einen Anreiz bietet, weitere Solaranlagen zu installieren.

Die Errichtung von Bürgersolaranlagen und Bürgersolarvereine werden wir weiterhin fördern. Kleine und mittelständische Unternehmen, Vereine, Kirchen und BürgerInnen sollen weiterhin mit dem Programm „Frankfurt spart Strom“ unterstützt werden, um ihre Energiekosten zu senken. Wir Grüne wollen in der kommenden Wahlperiode also die Weichen stellen für ein *Frankfurt der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien*, für eine Stadt, die 2050 bei der Energiegewinnung unabhängig ist von Kohle, Öl, Gas und Uran. Daher begrüßen wir auch den Bau von Windkraftanlagen in der Gemarkung Bergen-Enkheim. Durch den Einsatz dieser Anlagen könnten Bergen-Enkheim und die umliegenden Stadtteile komplett mit Strom aus erneuerbarer Energie versorgt werden. Neben der Nutzung von Sonnen- und Windenergie wollen wir auch innovative Wege wie die Umwandlung kinetischer Energie, die Nutzung des Urban Breeze oder auch das Projekt WEB (Wind Energy for the Built Environment) im Auge behalten und auf ihre Tauglichkeit für Frankfurt prüfen.

Wir müssen den begonnenen Wandel zu energiesparendem Wohnen und Bauen konsequent und mit hohem Tempo fortsetzen und die städtische Stromsparkampagne ausbauen, gleichzeitig aber auch in weiteren Handlungsfeldern wie Mobilität oder Wirtschaft den Umbau in Richtung erneuerbare Energien spürbar voranbringen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht es mehr als nur das Handeln der Stadtpolitik. Wir brauchen dazu das Know-how und das *Engagement aller BürgerInnen* und müssen *starke Netzwerke mit der Wirtschaft* knüpfen. Wir wollen alternative Wege finden, um die Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Gebäudedämmung, Dachsolaranlagen) zu gewährleisten. Dabei wollen wir die BürgerInnen der Stadt beteiligen, indem ein Ökofonds eingerichtet wird. Außerdem wollen wir bei diesem Thema mit der Region zusammenarbeiten. Klimaschutz darf nicht an Stadtgrenzen enden, die Städte und Gemeinden im Rhein-Main-Gebiet können von gemeinsamen Zielen und dem Austausch ihres Know-hows in Sachen Klimaschutz nur profitieren.

## **ENERGETISCHES BAUEN UND SANIEREN**

Es ist uns Grünen gelungen, das Passivhaus zum Leitbild des Neubaus in Frankfurt zu machen. Wir wollen weiter gehen, denn auch die steigenden Energiekosten zwingen uns zum Handeln. Der neue Baustandard in Frankfurt muss das *Plusenergiehaus* werden, also ein Haus, das mehr Energie erzeugt, als es selbst verbraucht.

Im Bestand ist es unser Ziel, dass innerhalb von fünfzehn Jahren alle *Wohngebäude* in Frankfurt durch eine entsprechende Wärmedämmung, die Modernisierung von Heizungsanlagen und die Nutzung regenerativer Energien so ausgestattet sind, dass sie einen ausreichenden Beitrag zum Klimaschutz leisten – durchschnittlich sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen dieser Gebäude in den nächsten 15 Jahren mindestens halbiert werden. Erreichen wollen wir das mit Angeboten an die MieterInnen und die WohnungseigentümerInnen, mit einem energetischen Mietspiegel, mit wirksamen Förderprogrammen, mit einem Energieberatungszentrum und Energielotsen, die über die technischen und finanziellen Möglichkeiten informieren, sowie durch die Bildung von Netzwerken zwischen Handwerk, Wohnungswirtschaft, Energieberatung und MieterInnen.

Inzwischen sind die Nebenkosten, insbesondere für Heizung und Warmwasser, oft die zweite Miete und stellen gerade sozial schwache MieterInnen vor erhebliche Probleme. Daher ist energetisch günstiges Wohnen auch unter sozialen Gesichtspunkten der Weg der Zukunft. Anstehende Sanierungsmaßnahmen, so sinnvoll sie auch sein mögen, wecken jedoch bei vielen MieterInnen Ängste. Wir Grüne wollen deshalb eine *städtische Clearingstelle* einrichten, die bei anstehenden Sanierungen eine Mittlerrolle zwischen HauseigentümerInnen und MieterInnen einnehmen soll.

Neben den Wohngebäuden weisen auch die meisten der Frankfurter *Bürobauten* ein erhebliches Energieeinsparpotential auf, insbesondere wenn neben Heizenergie auch Kühlenergie verbraucht wird. Hier setzen wir ebenfalls auf Wärmedämmung, moderne Heizungsanlagen, moderne Beleuchtungssysteme und den Einsatz regenerativer Energien sowie auf optimale städtische Beratungsangebote und auf städtebauliche Verträge, die bei Neubaumaßnahmen hohe energetische Standards sicherstellen.

All dies bedeutet aber nicht, dass wir unterschiedslos alle Wohn- und Bürogebäude bis zur Unkenntlichkeit dick einpacken wollen. Energetische und ästhetische Anforderungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr gilt es, für die Sanierung denkmalgeschützter und anderer in ihrem äußeren Erscheinungsbild erhaltenswerter Gebäude – und dies gilt auch für die die Innenstadt prägenden Bürobauten der 50er Jahre – wirksame und kostengünstige *Verfahren der Fassadenerhaltenden Sanierung* zu entwickeln. Wir werden deshalb, nach der erfolgreichen energie-

tischen Sanierung mehrerer gründerzeitlicher Wohnhäuser und Teilen der Riederwaldsiedlung in Zusammenarbeit mit städtischen Ämtern, weitere Pilotprojekte mit Gebäuden anderer Baualter und anderer Nutzungen ins Leben rufen. Auch sind alternative Finanzierungskonzepte zu erarbeiten, die eine Sanierung für die EigentümerInnen attraktiver machen – denn schon mittelfristig gewinnen sowohl sie als auch das Klima bei energetisch optimierten Gebäuden.

Darüber hinaus muss immer auch die sogenannte *graue Energie*, die beim Abriss und dem Neubau von Gebäuden verbraucht wird, mit bedacht werden. So verlockend es auf den ersten Blick ist, ein ungedämmtes Gebäude in schlechtem baulichen Zustand durch einen energetisch optimierten Neubau zu ersetzen, so wird doch die bei den baulichen Maßnahmen verbrauchte Energie erst nach vielen Jahren durch die erreichte Energieeinsparung wettgemacht. Wir Grüne geben deshalb, wo immer es möglich ist, der Sanierung und energetischen Ertüchtigung von Bestandsgebäuden den Vorzug vor Abriss und Neubau.

## **NACHHALTIGE SIEDLUNGEN**

Um Frankfurt für das postfossile Zeitalter zu rüsten, reicht es nicht, über einzelne energieeffiziente Gebäude nachzudenken. Dafür braucht es nachhaltige Stadtstrukturen. Wir Grüne werden dafür Sorge tragen, dass gemeinsam mit den BewohnerInnen *nachhaltige Siedlungen und Stadtteile* entstehen. Dazu gehören Konzepte, die Ver- und Entsorgung so verknüpfen, dass die Umweltauswirkungen möglichst gering sind, die eine soziale und funktionale Durchmischung erlauben, die autofreie Wohnareale und eine Mobilität ohne Auto möglich machen. Dazu gehört eine gute örtliche Infrastruktur: Läden, Grünanlagen, Kneipen, Kita, Schule, Spiel- und Sportmöglichkeiten und das Büro um die Ecke, die Photovoltaikanlage auf dem Dach, das Fahrrad vor der Haustür. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode weitere *Großsiedlungen* zusammen mit den BewohnerInnen in Richtung Nachhaltigkeit und Lebensqualität für alle umplanen und umbauen. Damit wollen wir zeigen, wie hohe Lebensqualität und fortschrittlichste Klimaschutzziele in Einklang gebracht werden können. Auch wollen wir am alten Campus Bockenheim eine nachhaltige *Modellsiedlung* errichten, bei der zum Beispiel das Plusenergiehaus der Standard ist und autofreies Wohnen verwirklicht wird.

## GRÜNE GEWERBEGBIETE

Wir wollen den Trend zur Nachhaltigkeit auch in der Wirtschaft unterstützen und deshalb modellhaft in Frankfurt ein Gewerbegebiet zu einem „grünen Gewerbegebiet“ weiterentwickeln – mit neuen Konzepten der Mobilität, mit energetisch optimalen und begrüneten Bauten und mit nachhaltiger – und damit auch wirtschaftlich günstiger – Ressourcennutzung auch durch die ansässigen Betriebe. Mit Partnern in Wirtschaft und Forschung, wie dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE), können wir in Frankfurt Konzepte erproben und Maßstäbe setzen – und Know-how aufbauen, das sich für die beteiligten Partner mittelfristig auch in bare Münze umsetzen lassen wird und dem Klima und damit den Menschen hilft.

## GRÜNGÜRTEL

Der *Grüngürtel* rund um Frankfurt ist ein einzigartiger stadtnaher Natur- und Erlebnisraum. Wir wollen diesen *grünen Ring mit Speichen in die Stadt* ziehen, so dass er mittelfristig für die meisten Frankfurter vor der Haustür beginnt. Zerschneidungen des Grüngürtels wollen wir abbauen. Um die Perspektive eines in die Stadt und in die Region wachsenden Grüngürtels zu sichern, wollen wir die Grüngürtel-Charta um eine verbindliche, mittelfristige Zukunftsplanung ergänzen, die die Entwicklungsperspektive des Grüngürtels für die nächste Generation sichert. Der Grüngürtel als Freiheits- und stadtnaher Erholungsraum soll gezielt allen Schichten der Frankfurter Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Dazu sollen ein *Orientierungssystem* im Grüngürtel und ein neues *Leitsystem aus der Stadt* in den Grüngürtel entwickelt werden. Wir wollen die Zerschneidungen des Grüngürtels wenigstens temporär aufheben und einmal jährlich einen *autofreien Grüngürtel-Erlebnistag* veranstalten, bei dem Straßenabschnitte im Grüngürtel für den Autoverkehr gesperrt werden. Um mehr Investitionen in den Naturschutz und die Freizeit- und Erholungsqualität des Grüngürtels zu ermöglichen, wollen wir eine *Grüngürtel-Stiftung* ins Leben rufen.

Bei den oberirdischen *Fließgewässern* in Frankfurt, wie Nidda oder Urselbach wollen wir eine Verbesserung der Wasserqualität erreichen, damit langfristig auch wieder das Baden möglich ist. Hierzu wollen wir mit den Umlandgemeinden und dem Land Hessen Vereinbarungen treffen, wie z.B. Kläranlagen mit UV-Reinigungssystemen nachgerüstet werden

können. Beide Ufer der Nidda sollen für den Fuß- und Radverkehr nutzbar sein. Die Lücken - z.B. in Eschersheim - sollen durch geeignete Stege und Wegführungen umweltschonend geschlossen werden.

In den Streuobstwiesen des Grüngürtels entstehen regionale Produkte wie unser Frankfurter Ebbelwoi, Honig und vieles mehr. Wir Grüne wollen, dass diese Produkte stärker als *lokale Produkte* vermarktet werden. Von den damit unterstützten regionalen Kreisläufen profitieren ErzeugerInnen, die FrankfurterInnen und der Lebensraum Grüngürtel gleichermaßen.

## **PARKS, GRÜNFLÄCHEN UND SPIELPLÄTZE**

Die Parks und Grünflächen und die Spielplätze in der Stadt machen Frankfurt lebenswert. Sie sind unser gemeinsamer Garten, sie sind Sportfläche und Orte, wo man sich begegnen und gemeinsam Zeit verbringen kann, auch ohne viel Geld. Wir wollen nach neuen Möglichkeiten *wohnnaher Grünflächen* suchen und diese entwickeln. Damit die Stadt nicht im Klimawandel überhitzt und damit die steigende Zahl älterer, weniger mobiler Menschen Erholungs- und Begegnungsräume erreichen kann, brauchen wir *zusätzliches innerstädtisches Grün* – auch wenn es zunächst vielleicht nur kleine Flächen sind. Um die zunehmenden Grünflächen zu pflegen, wollen wir mehr Mittel in die Grünflächenunterhaltung investieren. Die *Kleingärten* wollen wir gemeinsam mit den Vereinen öffnen für neue Nutzergruppen und so durch den anstehenden Generationenwechsel in die Zukunft führen.

Die *Spielplätze* in Frankfurt wollen wir in ihrem Freizeitwert permanent weiterentwickeln und die Eltern können sich sicher sein, dass hier höchste Sicherheitsstandards gelten. Auch werden wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen sowie der Mädchen und Jungen stärker in den Blick nehmen und auch an der Gestaltung beteiligen. Darüber hinaus wollen wir das *Projekt „Bespielbare Stadt“* realisieren, indem wir an gemeinsam mit den Kindern im Stadtteil ausgewählten Stellen Spielpunkte mit nur einem Objekt einrichten, um den öffentlichen Raum stärker für Kinder zurückzugewinnen und das Zufußgehen attraktiver zu machen.

## **MAINUFER**

Die Mainufer haben im Innenstadtbereich als Promenaden und Erholungsräume, im äußeren als Parks, Grünzonen, Spazier- und Radwege in

den letzten Jahren an Attraktivität erheblich gewonnen. Frankfurt wendet sich wieder dem Main zu. Für inner- und zwischenstädtisches Radwandern, Joggen und Spazieren wollen wir die Ufer weiter aufwerten. Beide sollen in der ganzen Frankfurter Gemarkung durchgängig der *öffentlichen Nutzung als Wege und Erholungsflächen* zugänglich werden. Die Lücken sollen durch innovative Wegeführung, Stege und Brücken geschlossen werden. Schützenswerte Biotope und Rückzugsräume bleiben dabei erhalten. Die Mainbrücken sollen wo irgend möglich eine bequeme und sichere Querung auch zu Fuß und mit dem Rad erlauben.

## **NATURNAHE GRÜNFLÄCHEN**

Außerdem ist es unser Ziel, gezielt auch *naturnahe Grünflächen* im Stadtgebiet zu etablieren. Naturflächen mit wilden Blumenwiesen, Vogelschutzgehölze, kleine Biotope brauchen nicht immer große Flächen. Am alten Flugplatz in Bonames haben wir beispielhaft gezeigt, wie ehemals versiegelte Flächen der Natur „zurückgegeben“ werden können und dabei ein Gewinn für die Menschen und die Umwelt sind. Ähnliche Projekte auf unterschiedlich großen Flächen bieten Chancen für die Natur, den Artenschutz und die Menschen in Frankfurt, denn auch der Stadtmensch braucht wilde Natur.

## **ENTSIEGELUNG UND GEBÄUDEBEGRÜNUNG**

Auch unkonventionelle Möglichkeiten der Entsiegelung und Begrünung wollen wir erproben und unterstützen. *Vertikale Gärten* und *Fassadenbegrünung* dienen der Verbesserung des Stadtklimas und lockern die graue Betonwelt auf. *Dachbegrünung* wirkt der zunehmenden Versiegelung entgegen und bietet wiederum Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Daher setzen wir Grüne uns für eine „Begrünungssatzung“ ein, die dazu verpflichtet, unbebaute Grundstücke und dafür geeignete Dachflächen zu begrünen.

## **ARTENVIELFALT**

*Artenvielfalt* ist ein Schatz für unsere Stadt. Wir wollen, dass auch Frankfurter Kinder Störche, seltene Käfer oder Orchideen in freier Natur erleben können. Damit wir die Natur nicht nur gegen Eingriffe verteidigen, sondern aktiv neue Lebensräume für seltene Arten schaffen, wollen wir einen *ArtenschutzbeauftragteN* benennen und ein *systematisches Artenschutzprogramm* für Frankfurt auf den Weg bringen. Dabei wollen wir eng mit

den Naturschutzverbänden, dem Netzwerk BioFrankfurt und engagierten BürgerInnen zusammen arbeiten. Die Planung für Investitionen in den Main, um dort die *Lebensbedingungen für Fische* zu verbessern, sollen zügig umgesetzt werden. Dazu gehört, dass Uferbereiche durch Laichbetten wieder zur Kinderstube für Fische werden und langfristig alle Staustufen bis hin zum Rhein mit Fischtreppen ausgestattet werden. Der Forst der Stadt Frankfurt soll nach dem *Forest Stewardship Council (FSC)* zertifiziert werden. Naturschutzrechtlicher Ausgleich für Eingriffe in Frankfurt soll auch in Zukunft vor Ort geleistet werden. Darüber hinaus werden wir uns für den Schutz besonders wertvoller Landschaftstypen, wie Heideflächen und Streuobstwiesen einsetzen.

## **LICHTVERSCHMUTZUNG**

Die Lichtglocke über unserer Stadt wird immer heller. Durch die Verdrängung der Dunkelheit wird der *Lebensraum Nacht* zunehmend zerstört. Dies hat negative Folgen für alle Organismen, tag- wie nachtaktive. Tiere verlieren die Orientierung, werden bei Nahrungssuche und ihren sozialen Interaktionen gestört, sind in ihren Ruhephasen beeinträchtigt. Letzteres trifft auch auf den Menschen zu - mit bisher wenig erforschten negativen Auswirkungen auf die Gesundheit. Daneben spielt auch der kulturelle Aspekt eine Rolle. Der Nachthimmel ist nicht mehr als solcher erlebbar, rund ein Drittel der BürgerInnen kennen die Milchstraße nur von Bildern.

Wir wollen das öffentliche Bewusstsein für diese Problematik schärfen und mit allen Beteiligten und Betroffenen nach Lösungen suchen, um die Aufhellung des Nachthimmels durch Streulicht und unnötige Beleuchtung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ohne dabei Abstriche bei Fragen der Sicherheit zu machen. Dies würde sich auch nicht zuletzt positiv auf die Energiebilanz unserer Stadt auswirken und zur Senkung von Stromkosten in öffentlichen und privaten Haushalten führen.

## **ABFALL UND ENTSORGUNG**

Mit der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordwest ist in den vergangenen Jahren der Grundstein für eine *klima- und umweltfreundliche regionale Entsorgung* des Abfalls aus dem Rhein-Main-Gebiet gelegt worden. Angesichts knapper werdender Rohstoffe kann die Verbrennung von Abfall aber nach Vermeidung und Wiederverwertung immer nur die drittbeste Lösung sein. Um mehr wertvolle Rohstoffe dem Recycling zufüh-

ren zu können, streben wir die Einführung einer *kommunalen Wertstofftonne* an. So wollen wir die Recyclingquote bei Wertstoffen erhöhen und die Verwertung der Reste nah am Entstehungsort der Abfälle erhöhen. Um den im Vergleich sehr hohen Kosten der Müllentsorgung in den großflächigen Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus entgegenzuwirken, wollen wir *Kampagnen zur richtigen Mülltrennung und zur Müllvermeidung* und ein effizientes Coaching vor Ort entwickeln. Dies kombinieren wir mit transparenten Informationsangeboten, damit öffentlich nachvollziehbar ist, was mit dem Müll passiert. Außerdem wollen wir, um die Vermeidung von Abfällen wieder stärker ins Bewusstsein zu heben, gemeinsam mit dem Einzelhandel kommunale Initiativen zur Reduktion des Verpackungsmülls auf den Weg bringen.

## **MUK — MUSEUM FÜR UMWELT UND KLIMA**

In der nächsten Wahlperiode wollen wir den Grundstein legen für ein neues, in seiner Art einzigartiges Museum: das *MUK, das Museum für Umwelt und Klima*. Das MUK soll für Kinder und Erwachsene den ökologischen Fußabdruck des Menschen sichtbar werden lassen, die globale Geschichte des Umweltbewusstseins sowie des Umwelt- und Klimaschutzes dokumentieren und Forschungs- und Lösungsansätze begreiflich machen. Es soll die globalen ökologischen Herausforderungen, wie zum Beispiel Artenschutz oder die Herausforderungen von Erderwärmung und der Klimaverschiebung, verdeutlichen. Zugleich soll es ein Forum bieten für eine ganzheitliche und kritische Betrachtung alternativer Energien und für neue Initiativen im Bereich regenerativer Energiequellen. Die Stadt Frankfurt sehen wir dabei vornehmlich in der Rolle der Initiatorin, die ein erstes Grundkonzept erarbeitet, Standortoptionen auslotet, mögliche Sponsoren z.B. aus dem Bereich der erneuerbaren Energien für dieses Projekt begeistert und deren Aktivitäten koordiniert und begleitet. Dabei soll auch die Zusammenarbeit mit Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie mit einschlägigen Stiftungen in den Blick genommen werden.

## Außerdem zum Thema Umwelt:

### **Mobilität:**

- ⇒ AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS, S. 27
- ⇒ RADVERKEHRSANTEIL WEITER STEIGERN, S. 29
- ⇒ MEHR ATTRAKTIVITÄT DES FUSSVERKEHRS, S. 30
- ⇒ TEMPOLIMIT IM AUTOVERKEHR, S. 31

### **Planung:**

- ⇒ NACHHALTIGE STADTPLANUNG, S. 35
- ⇒ FLÄCHENMANAGEMENT UND GRUNDSTÜCKSPOLITIK, S. 35

### **Gesundheit:**

- ⇒ LÄRMSCHUTZ UND LUFTQUALITÄT, S. 59
- ⇒ REGIONALE UMWELTZONE, S. 60
- ⇒ LUFTBELASTUNG SENKEN, S. 60
- ⇒ NACHTFLUGVERBOT UND KOMMUNALE LÄRMMINDERUNGSPLANUNG, S. 60
- ⇒ ZUGANG ZU FREIFLÄCHEN IST SOZIALE AUFGABE, S. 61

### **Wirtschaft:**

- ⇒ NACHHALTIGE MOBILITÄT, S. 81
- ⇒ FRANKFURT ALS MOTOR UND INNOVATIONSZENTRUM FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN, S. 81

# Frankfurt mobil

## — Von der auto- zur menschengerechten Stadt

Im Bereich der Mobilität haben wir die Wende eingeleitet – von einer Ideologie der autogerechten Stadt zu einer Vision der menschengerechten Stadt. Wir haben zahlreiche Einbahnstraßen für RadfahrerInnen freigegeben und neue Radwege gebaut. Wir haben den öffentlichen Nahverkehr ausgebaut. Wir haben die Hauptwache für Fußgänger zurückgewonnen. Der Anteil des Radverkehrs hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Wir wollen diesen Weg weitergehen, denn es ist unumgänglich, Mobilität nachhaltig zu buchstabieren.

Die Zeiten der autogerechten Stadt sind vorbei – das haben in Frankfurt inzwischen zum Glück fast alle Akteure verstanden. Wir haben in Frankfurt bewiesen, dass alternative Mobilitätsformen nicht nur möglich, sondern auch gewinnbringend sind. Die Stadt insgesamt gewinnt, mit besserer Luft, weniger Lärm, mehr Lebensqualität. Der motorisierte Individualverkehr wird bleiben, aber er wird immer weniger das Stadtbild prägen, und er wird umweltfreundlicher werden – mit neuen Antrieben, mit weniger Belastung durch Lärm und Schadstoffe und mit Formen der gemeinschaftlichen Nutzung, die auch den Flächenverbrauch reduzieren werden. Die Freiräume wollen wir nutzen: für mehr Grün, mehr Aufenthaltsqualität, mehr Leben im öffentlichen Raum. Wir werden weiter den öffentlichen Nahverkehr, den Radverkehr und den Fußverkehr fördern. Es geht nicht darum, das Auto zu verteufeln. Aber es geht darum, den anderen Formen von Mobilität den Platz zu geben, der ihnen angemessen ist – und darum, Räume zum Leben zurückzugewinnen.

### AUSBAU DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS

Im öffentlichen Nahverkehr haben wir in den letzten Jahren vieles erreicht. Mit der Verlängerung der U4 durch den Riederwald nach Enkheim ist für die BürgerInnen eine direkte Stadtteilverbindung entstanden. Die neue Stadtbahnlinie U8 schafft für die BewohnerInnen des Riedbergs und für die Studierenden eine schnelle und direkte Verbindung in Richtung Innenstadt; mit der neuen Linie U9 besteht eine direkte Verbindung von Nieder-Eschbach über den Riedberg nach Ginnheim. Das Nachtbusangebot haben wir verstärkt und auf die Wochentage ausgeweitet. Wir haben neue Verbindungen geschaffen und werden weitere schaffen, auch in die Region. Die

*Straßenbahn-Ringlinie*, die wir mit einem ersten Teilabschnitt auf den Weg gebracht haben, wollen wir ausbauen. Sie ist ein zentrales Projekt zur Schaffung von direkten Stadtteilverbindungen und zur Entlastung und Ergänzung unseres weitgehend radial ausgelegten U- und S-Bahn-Netzes. Die *Regional-Tangente West* und die *Nordmainische S-Bahn* müssen weiter vorangetrieben werden. Die *Anbindung des Europaviertels* wollen wir in der nächsten Wahlperiode starten und den *Ausbau der U5* nach Norden zum Frankfurter Berg wollen wir abschließen. Schließlich wollen wir für den *Lückenschluss zwischen Bockenheim und Ginnheim* eine weitgehend oberirdische Linieneinführung, die die Platensiedlung und den Campus Westend erschließen könnte, prüfen.

## **PREIS UND QUALITÄT DES ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHRS**

Im öffentlichen Nahverkehr geht es nicht nur um eine quantitative Erweiterung des Angebots, sondern auch um die Erweiterung der Zugänglichkeit und der Qualität sowie um die Sicherung eines akzeptablen Preisniveaus. Insbesondere für Kinder und Jugendliche ist die Nutzung des RMV bereits jetzt zu teuer. Hier fordern wir eine *erhebliche Vergünstigung der CleverCard* und eine günstige Karte fürs Wochenende. Für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten bedeutet Mobilität auch Teilhabe. Darüber hinaus bietet sich hier die Möglichkeit, jungen Menschen schon früh zu zeigen, dass es bessere Alternativen zum eigenen Auto gibt und für umweltverträgliche Verkehrsmittel zu werben. Auch das *Tarifsystem des RMV* ist insbesondere an seinen Grenzen der Struktur der Rhein-Main-Region nicht angemessen. Hier wollen wir nicht auf die Einführung eines E-Ticketing-Systems, dessen Finanzierung noch nicht geklärt ist, ab dem Jahr 2015 warten. Schließlich sind die *Fahrkartenautomaten* des RMV nach wie vor kein Vorbild in Sachen Kundenfreundlichkeit. Qualitätsverbesserungen sind vor allem im Bereich Kundeninformation und Störungsmanagement noch nötig. Ferner streben wir die Einführung eines integrierten Taktfahrplanes an.

## **SICHERHEIT IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR**

In puncto Sicherheit haben wir mit der Wiedereinführung von uniformierten ZugbegleiterInnen die richtigen Konsequenzen aus der gefühlten Unsicherheit bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gezogen. Videoüberwachung ist nicht die adäquate Antwort auf Angsträume, hier gilt: Der *Einsatz von ansprechbaren Menschen* ist jeder technischen Lösung vorzuziehen. Wir wollen bei dieser Linie bleiben.

## **BARRIEREFREIHEIT IM ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR**

Die Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs ist uns wichtig. Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund müssen wir schrittweise die *Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr* herstellen. Barrierefreiheit bedeutet nach unserem Verständnis nicht nur die Herstellung eines stufenlosen Zugangs für mobilitätseingeschränkte Menschen, sondern auch die Nutzbarkeit für blinde, seh- und hörbehinderte Menschen. Aus diesem Grund wollen wir die Nachrüstung von unterirdischen Haltestellen mit Aufzügen fortführen und das erfolgreiche Programm zur Umrüstung von Straßenbahn- und Bushaltestellen weiter fortsetzen um vorhandene Zugangshemmnisse zu beseitigen. Nur durch einen barrierefreien Zugang werden behinderte Menschen in das gesellschaftliche Leben mit einbezogen und eine gleichberechtigte Teilhabe gewährleistet.

## **RADVERKEHRSANTEIL WEITER STEIGERN**

Radverkehr in Frankfurt ist eine Erfolgsgeschichte. Das für 2012 gesetzte Ziel eines Radverkehrsanteils von 15% haben wir mit Grüner Verkehrspolitik bereits 2010 nahezu erreicht. Wir Grüne sind aber ehrgeizig: Der *Radverkehrsanteil* soll gesamtstädtisch bis zum Jahr 2016 bei 20% liegen – in vielen Teilbereichen kann er weit höher sein. Um das zu erreichen, werden wir den *Ausbau des Radverkehrsnetzes* fortsetzen. Dabei wollen wir auch erreichen, dass alle Stadtteile mit durchgehenden Radverkehrswegen verbunden werden. Zudem wollen wir auf einer ersten besonders stark genutzten Strecke das Konzept der *Expressrouten* umsetzen. Auf einer solchen Route, aber auch auf Hauptverkehrsstraßen wie am Anlagenring, an der Friedberger Landstraße, der Mainzer Landstraße, der Eschersheimer Landstraße, der Hanauer Landstraße, der Walter-Kolb-Straße und an weiteren stark frequentierten Straßen wollen wir *leistungsfähige Radverkehrswege* bauen, die Radfahren sicherer und schneller machen und dabei die sichere Querbarkeit der Straßen für Fußgänger sicherstellen. Für uns steht das Fahrradfahren auf der Zeil nicht zur Disposition. Die Einhaltung der Schrittgeschwindigkeit für den Radverkehr wollen wir mit Aufklärungskampagnen, und da, wo es nicht anders geht, auch mit Sanktionen durchsetzen. Für uns steht fest: Wenn wir den Radverkehrsanteil weiterhin erfolgreich steigern wollen, ist es nicht sinnvoll, das Fahrrad aus bestimmten Bereichen zu verbannen.

## **PARKPLATZMANGEL IM RADVERKEHR BEHEBEN**

Inzwischen bringt die erfolgreiche Steigerung des Radverkehrs Probleme mit sich, die wir bisher nur vom Autoverkehr kennen: Die Parkplätze werden knapp. Wir wollen hier analog zu den Quartiersgaragen für Autos *Fahrrad-quartiersgaragen* erproben. An den Schnittstellen zwischen öffentlichem Nahverkehr und dem Fahrrad wollen wir gemeinsam mit der Region existierende *bike&ride-Anlagen* verbessern und neue schaffen. Insbesondere am Hauptbahnhof ist die Situation unbefriedigend. Hier wollen wir gemeinsam mit der Deutschen Bahn ein *Fahrradparkhaus* schaffen, um die kombinierte Nutzung der umweltfreundlichen Verkehrsmittel Bahn und Fahrrad voranzubringen.

## **MEHR ATTRAKTIVITÄT DES FUSSVERKEHRS**

Wir sind die Stadt der kurzen Wege – und wir haben durch zahlreiche Projekte die Qualität des öffentlichen Raums gesteigert, so dass es wieder Spaß macht, zu Fuß durch Frankfurt zu gehen. Um die weiteren Maßnahmen zu bündeln und zu verknüpfen, wollen wir ein *Fußverkehrskonzept* für die Stadt erarbeiten. Wir wollen die erfolgreichen Ideen aus dem Modellprojekt im Nordend auf andere Stadtteile übertragen. Wir wollen *Bürgersteige verbreitern* und Wegebeziehungen durch *Gehwegnasen* und *Querungsmöglichkeiten* wiederbeleben. Wir haben dabei insbesondere auch Kinder im Blick. Barrierefreiheit ist unser Leitbild bei der Sanierung von Straßenräumen. Die Wartezeiten an Ampeln lassen sich am besten verkürzen, indem man *Ampeln* durch unsignalisierte, aber trotzdem sichere Querungsmöglichkeiten ersetzt. Wo Ampeln unumgänglich sind, müssen die *Wartezeiten* so bemessen sein, dass die Ampeln auch respektiert werden können. Dies gilt insbesondere für die Schulwege, aber auch für Unfallschwerpunkte. Außerdem wollen wir mobilitätsbehinderten und älteren Menschen vor allem in den Wohngebieten entlang der Wege Ruhebänke (auch mittels Sponsoring) zur Verfügung stellen, um das Benutzen des öffentlichen Raumes zu erleichtern. Ein entsprechendes Programm wird zusammen mit dem Personenkreis erarbeitet und umgesetzt.

## **TEMPOLIMIT IM AUTOVERKEHR**

Beim Autoverkehr bleibt unsere Grüne Maxime: Das Auto sollte in der Stadt als Fortbewegungsmittel entbehrlich sein. Und wenn es genutzt wird, sollte sich die Planung nicht das möglichst schnelle Durchqueren der Stadt mit dem Auto als oberstes Ziel setzen. Aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Luftreinhaltung und der Lärminderung halten wir daran fest, dass die

Regelgeschwindigkeit in Frankfurt 30 Stundenkilometer sein sollte und nur auf Hauptverkehrsadern unter der Berücksichtigung von Lärmbelastung der Anwohner höhere Geschwindigkeiten zugelassen werden können. Klar ist, dass auch die *Überwachung des Verkehrs* ausgebaut gehört – nicht nur, aber vor allem des Autoverkehrs. Ein Tempolimit nutzt nichts, wenn sich niemand daran hält. Neben einem Bewusstseins- und Verhaltenswandel sind hier auch regelmäßige Kontrollen unumgänglich. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um kommunale Geschwindigkeitskontrollen auch nachts durchführen zu können, und wir wollen die Landespolizei stärker in die Pflicht nehmen, die Stadt bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Um vor allem von Straßenverkehrslärm hoch belastete, dicht bevölkerte Straßenzüge schnell zu entlasten, sollen dort von der Stadt Kontrollschwerpunkte eingerichtet werden.

### **ANREIZE FÜR EIN LEBEN OHNE AUTO**

Aus den Bußgeldeinnahmen aus der Umweltzone und den kommunalen Geschwindigkeitskontrollen soll ein *Fonds „Autofreie Mobilität“* gebildet werden. Aus diesem Fonds sollen für Haushalte, die sich verpflichten, ihre Fahrzeuge für mindestens drei Jahre abzuschaffen, ein Jahresbeitrag für Car Sharing und pro abgeschafftem Auto ein ÖPNV-Jahresticket finanziert werden. Damit schaffen wir Anreize, neue Formen von innerstädtischer Mobilität auszuprobieren. Begleiten wollen wir den Fonds durch eine Kampagne für neue Formen innerstädtischer Mobilität.

### **RÜCKGEWINNUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS**

Wir sind sicher, dass sich auch die Durchgangsstraßen, die in Frankfurt das Ergebnis einer jahrzehntelangen Ideologie der autogerechten Stadt sind, für andere Verkehrsformen und zugunsten der Ausweitung des öffentlichen Raums zurückbauen lassen. Hier wollen wir im innerstädtischen Bereich beginnen – mit einer *Schließung weiterer Innenstadtstraßen für den Durchgangsverkehr* und mit einer Reduzierung des Verkehrs auf und einer besseren Querbarkeit des *nördlichen Mainufers*. Hier ist in erster Linie an die Seitenstraßen der Zeil zwischen der Hauptwache und der Konstabler Wache sowie die Töngesgasse zu denken. Damit die Zerschneidungswirkung der *Berliner Straße* gemindert wird, ist zu prüfen, ob diese auf zwei Fahrspuren für den motorisierten Verkehr zurückgebaut und das nördliche Mainufer auf eine Fahrspur reduziert werden kann. Um die fußläufige Verbindung zwischen Zeil und Mainufer zu verbessern, sollen auf der Berliner Straße zusätzliche Fußgängerquerungen eingerichtet werden, RadfahrerInnen sollen zukünftig auf Radfahrstreifen sicher unterwegs sein können und zusätzliche Bäume den

so veränderten, urbanen Charakter betonen. Die Innenstadt hat mehr verdient als den Autoverkehr. Die Schließung der Hauptwache hat gezeigt, welche Potentiale hier schlummern. Die neue Hauptwache ist von den FrankfurterInnen als Freiraum hervorragend angenommen worden und zugleich ist der Verkehr am Rande der Innenstadt keineswegs zusammengebrochen. Wir wollen dieses Erfolgsmodell ausweiten und dadurch auch die Situation für die notwendigen Wirtschaftsverkehre in der Innenstadt verbessern.

Wir Grüne legen Wert auf eine effiziente Nutzung der Verkehrsräume. *Shared Space* hat sich in Nieder-Erlenbach bewährt. Wir wollen dieses Konzept überall da einsetzen, wo es sinnvoll ist, und vor Ort dafür werben. Dabei werden wir mit dem Blindenbund und dem Verband sehbehinderter Menschen zusammenarbeiten, um den so behinderten Menschen zu ermöglichen sich in diesen Bereichen selbstständig und sicher bewegen zu können, wie es das Gleichstellungsgesetz vorgibt. Wir wollen die Zahl der Kreuzungen mit Ampeln reduzieren. *Kreisverkehre* und *unsignalisierte Überwege* an dafür geeigneten Stellen erhöhen die Effizienz für alle Verkehrsformen, weil sie unsinnige Standzeiten für alle VerkehrsteilnehmerInnen reduzieren.

Wir sind davon überzeugt, dass die nachhaltige Erhöhung der Sicherheit auf der *Eschersheimer Landstraße* und zu den Stadtbahn-Übergängen nur durch die Änderung des Charakters der Straße zu erreichen ist. Wo immer es möglich ist, muss die bestehende Trennwirkung minimiert werden.

Hierzu müssen die Wartezeiten für querende FußgängerInnen an roten Ampeln generell deutlich verkürzt werden. In den Kreuzungsbereichen *Marbachweg/Am Dornbusch* und der *Hügelstraße* sollen ebenerdige Überwege geschaffen werden. Die stadtauswärts führenden Haltestellen „*Dornbusch*“ und „*Fritz-Tarnow-Straße*“ wollen wir – zunächst – modellhaft umgestalten: Der Zugang zu den Haltestellen soll über die ganze Breite zur Straße und zum Bürgersteig hin geöffnet, die Fahrbahn verengt und im Haltestellenbereich mit Ampeln gesichert werden. So vergrößern wir auch die Aufstellflächen für FußgängerInnen an den Übergängen.

Für die anderen oberirdischen Stadtbahnhaltestellen an der *Eschersheimer Landstraße* wollen wir diese Umgestaltung folgen lassen, nördlich der *Hügelstraße* unter Wegnahme einer Fahrspur. Ein erhebliches Problem in Frankfurt ist auch der ruhende Verkehr. Wir wollen das *Bewohnerparken* ausbauen, um Pendelverkehre und den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren. Wir wollen zur Zurückgewinnung von öffentlichem Raum in dicht bebauten Gebieten *Quartiersgaragen* weiter ausbauen – allerdings nicht, um die Zahl der Stellplätze insgesamt zu erhöhen, sondern um die bisherigen oberirdischen

Parkplätze anderweitig qualitativ nutzen zu können. Und wir wollen an den Schnittstellen zum öffentlichen Nahverkehr *Park+Ride-Plätze* ausbauen, wo tatsächlich die Chance besteht, Verkehre zu verlagern.

Außerdem wollen wir die Mainufer vom Verkehr entlasten. Die *Mainuferstraße* wollen wir im Bereich Schwanheim und Goldstein für die BürgerInnen als Grünflächen zurückgewinnen, indem die Straße auf zwei Spuren zurückgebaut wird. So senken wir auch die Lärmbelastung durch den Autoverkehr. An der A661 im Frankfurter Osten wollen die Grünen die *Einhausung der Autobahn*, neue Grünflächen sowie neue Wohnbebauung verwirklichen. Um den notwendigen Emissionsschutz für die bestehenden Neubaugebiete zu gewährleisten, wird die Planung für die Lärmschutzwand solange weiter verfolgt, bis geklärt ist, ob die weitergehenden Projekte unter finanzieller Beteiligung von Bund und Land verwirklicht werden können.

### **FÖRDERUNG CAR-SHARING**

Ein wichtiges Instrument zur Reduktion der Zahl der Fahrzeuge und damit des ruhenden Verkehrs ist das *Car-Sharing*. Dies wollen wir mit allen denkbaren Mitteln fördern – durch die Ausweisung von Stellplätzen für *Car-Sharing-Fahrzeuge*, durch Kooperationen mit privaten Investoren und durch innovative Verknüpfungen zum Beispiel von *Car-Sharing* mit Ansätzen zur Elektromobilität. Unser Ziel ist ein *Car-Sharing-Platz* in fußläufiger Entfernung für alle Menschen. Mit niedrigschwelligen Systemen zur Nutzung und durch Kooperationen zum Beispiel mit dem RMV kann *Car-Sharing* in Frankfurt zu einem ähnlich einfachen Modell wie die erfolgreichen Mieträder werden.

### **BEIBEHALT KOMMUNALER STEUERUNGSMÖGLICHKEITEN**

Die *Stellplatzsatzung*, die *Stellplatzeinschränkungssatzung* und die *Stellplatzablösesatzung* sind für uns unverzichtbare Lenkungsinstrumente Frankfurter Verkehrspolitik. Es kann nicht angehen, dass das Land Hessen an diesen Stellen in die kommunale Selbstverwaltung eingreift. Wir nutzen diese Satzungen in Frankfurt als Instrument der Finanzierung verkehrsinduzierter Kosten durch Investoren. Eine Verlagerung dieser Kosten auf den allgemeinen Haushalt und damit auf die SteuerzahlerInnen ist für uns nicht akzeptabel. Allerdings müssen die bestehenden Frankfurter Satzungen *radverkehrs- und carsharingfreundlicher* weiterentwickelt werden. Außerdem muss die *Stellplatzeinschränkungssatzung* auf den Wohnungsbau ausgeweitet und generell für alle *Wohnungsbauprojekte* die Möglichkeit geschaffen werden, die erforderlichen Stellplätze abzulösen, damit der Zwang zur Schaffung von Stellplätzen, der entweder viel Grün zerstört oder die Baukosten und damit die späteren Mieten enorm verteuert, entfällt.

## Außerdem zum Thema Verkehr und Mobilität:

### **Gesundheit:**

- ⇒ LÄRMSCHUTZ UND LUFTQUALITÄT, S. 59
- ⇒ REGIONALE UMWELTZONE, S. 60
- ⇒ LUFTBELASTUNG SENKEN, S. 60
- ⇒ NACHTFLUGVERBOT UND KOMMUNALE LÄRMMINDERUNGSPLANUNG, S. 60

### **Wirtschaft:**

- ⇒ NACHHALTIGE MOBILITÄT, S. 81

## **Frankfurt planen — nachhaltig, sozial und mit den FrankfurterInnen**

Frankfurt hat nur eine begrenzte Fläche zur Verfügung und muss damit verantwortungsvoll und nachhaltig umgehen. Lebendige Städte werden nicht auf dem Reißbrett geplant, soziale Entwicklungen sind oft schwer zu planen. Zielkonflikte lassen sich nicht vermeiden. Stadtplanung und Stadtentwicklung sind ein Angstthema, wenn sie für die BürgerInnen undurchschaubar bleiben – mit unklaren Akteuren, unklaren Regeln und unklaren Zielen. Stadtplanung und Stadtentwicklung sind ein Gewinnerthema, wenn sie öffentlich diskutiert, kommuniziert und transparent umgesetzt werden. So lassen sich Konflikte im positiven Sinne austragen, Zielkonflikte diskutieren und mit klaren Regeln und klaren Zielen entscheiden.

Wir haben in den letzten Jahren bereits den Weg der Beteiligung der BürgerInnen an planerischen Entscheidungen eingeschlagen. Wir wollen diesen Weg konsequent weitergehen. Wir haben bei der Stadtplanung ein klares Ziel und eine klare Vorgabe für den Weg zum Ziel: Das Ziel ist eine nachhaltige Stadtentwicklung – ökologisch und sozial. Und der Weg zum Ziel kann nur mit den Beteiligten und in einem transparenten Verfahren bestimmt werden. So nehmen wir die FrankfurterInnen mit und gestalten unsere Stadt gemeinsam.

## NACHHALTIGE STADTPLANUNG

Die Stadtplanung für Frankfurt muss insgesamt nachhaltig werden. Die *Konversionsflächen*, zum Beispiel ehemalige Militär- und Industrieflächen, die noch zur Verfügung stehen, müssen behutsam und qualitätsvoll entwickelt werden, so dass sie auf Dauer als vielfältige, lebendige, urbane Quartiere funktionieren. Deshalb werden wir in auf die kleinteilige Parzellierung der Baugrundstücke und deren Vergabe an möglichst viele verschiedene Investoren, auf konzeptuelle Wettbewerbe und auf architektonische und nutzerische Vielfalt bei höchsten ökologischen Standards bestehen. Vorbild ist uns hier das Naxosareal. Wir wollen mit allen Beteiligten Visionen für Bereiche mit großen Potentialen, wie zum Beispiel dem Justizviertel, entwickeln, die aufzeigen, welche langfristigen Möglichkeiten sich hier für eine Stadtentwicklung bieten.

Die Auswirkungen des Klimawandels fordern auch ein Umdenken in der Stadtplanung und -gestaltung. Wir brauchen mehr Grünoasen in der Stadt und insgesamt weniger versiegelte Flächen, um einer Überhitzung der Stadt in den heißeren Sommern entgegenzuwirken. Wo immer es möglich ist, setzen wir Grüne uns für eine *Entsiegelung von toten Asphalt- und Betonflächen* ein.

## FLÄCHENMANAGEMENT UND GRUNDSTÜCKSPOLITIK

Wir Grüne wollen verbindliche Ziele für eine Reduktion des Flächenfraßes festlegen. Frankfurt braucht eine nachhaltige *Strategie zur Flächenbewirtschaftung*, nach der Ankäufe und Verkäufe getätigt werden. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass in Frankfurt ein Flächenmanagement aufgebaut wird. Ziel ist es, schonender mit der Ressource Boden umzugehen und schon in frühen Planungsphasen zu verhindern, dass Ämter Flächen verplanen, die zum Grüngürtel gehören oder anderweitig schützenswert sind. Ein solches Flächenmanagement erleichtert auch die Suche nach geeigneten Flächen für *Gewerbe* und *innovative Wohnprojekte* und hilft gleichzeitig dabei, die Gesamtsicht auf die Flächenversiegelung und Grünflächenbilanz in Frankfurt zu stärken.

Zum nachhaltigen Flächenmanagement zählt auch die Überprüfung der sinnvoll zu nutzenden Innenentwicklungspotentiale für das Wohnen und den Klimaschutz. Insbesondere die Bebauungspläne der Stadt Frankfurt aus den 60er und 70er Jahren („Rahmenkartenpläne“) des letzten Jahrhunderts, die fast das gesamte Stadtgebiet abdecken, sollen auf ihre

Nachhaltigkeit hin überprüft und ggfs geändert oder aufgehoben werden. Hierzu sind Überarbeitungskriterien zu entwickeln, die einerseits den Schutz von Grünflächen in Blockinnenbereichen aus Gründen des Klimaschutzes und für die Nutzung durch die Nachbarschaft und andererseits sinnvolle Nachverdichtungsmöglichkeiten ermöglichen.

Frankfurt braucht darüber hinaus eine *aktive Grundstückspolitik*. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt das im Baugesetzbuch verankerte *Instrument des Vorkaufsrechts* bei Grundstücken, die z.B. für eine öffentliche Nutzung oder Wohnen vorgesehen sind, stärker nutzt, um ihre Gestaltungsmöglichkeiten zu erhöhen. Im Eigentum der Stadt befindliche Grundstücke sollen nach Möglichkeit nur in *Erbpacht* vergeben werden.

## **BÜRGERBETEILIGUNG BEI DER QUARTIERSENTWICKLUNG**

Bei der weiteren Quartiersentwicklung werden wir bei allen städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerben mit besonderer Bedeutung die *BürgerInnen einbeziehen*. Wir wollen die in den letzten Jahren erfolgreich erprobten Planungs-Werkstätten zur Regel in solchen Fällen machen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Anregungen noch in politische Entscheidungen und die Ausschreibungen zu Wettbewerben einfließen können. Dabei wollen wir eng mit den Ortsbeiräten zusammenarbeiten. Insbesondere bei der stufenweisen *Sanierung von Großsiedlungen* aus den 60er und 70er Jahren, beispielsweise dem Mainfeld oder der Heinrich-Lübke-Siedlung, gilt es, auf die sozialen Strukturen Rücksicht zu nehmen und die BewohnerInnen eng einzubinden.

Vielen Frankfurter *Stadtteilen* fehlt der räumliche, der funktionale oder der soziale Zusammenhalt. Unser Ziel ist, für diese Stadtteile *städtebauliche Konzepte* zu entwickeln, um die Situation vor Ort zu verbessern – die Infrastrukturangebote, die Wegebeziehungen, die Stadtteilmittelpunkte, die Nachbarschaften. Auch diese Konzepte sind in enger Zusammenarbeit mit den BürgerInnen und Ortsbeiräten zu erstellen.

## **INNOVATIVE WOHNPROJEKTE**

*Innovative Projekte des selbstgenutzten Wohnens* – mit pfiffiger Architektur, sparsamem Flächenverbrauch und hohen ökologischen und energetischen Standards sowie mit Konzepten beispielsweise für generationenübergreifendes Wohnen oder für ein Wirken in den Stadtteil hinein – sind Glücksfälle für die Stadtentwicklung. Wir Grüne setzen deshalb darauf,

*Baugenossenschaften* und *Baugruppen*, die solche Projekte realisieren wollen, noch stärker zu fördern als bislang. So müssen die einschlägigen städtischen Beratungsangebote ausgebaut und eine Kontaktstelle für Interessierte geschaffen werden, die Stadt muss Grundstücke in geeigneter Parzellierung und zu angemessenen Preisen in allen Stadtteilen, auch in attraktiven innerstädtischen Lagen, zur Verfügung stellen, und die stadtnahen Gesellschaften sollen dazu angehalten werden, sich an geeigneten Projekten zu beteiligen.

## SOZIALE SEGREGATION VERHINDERN

Nachdem die Frankfurter Stadtquartiere lange Zeit keine nennenswerte Tendenz zu einer weitergehenden sozialen Entmischung gezeigt haben, ist dieser bundesweite Trend nun auch hier angelangt. Wir Grüne halten deshalb die Installation eines umfassenden *Segregationsmonitorings* für zwingend erforderlich. Um einer sozialen Entmischung von Stadtteilen wirksam entgegenzutreten zu können, ist ein Frühwarnsystem notwendig, das die Stadtquartiere benennt, aus denen aktuell die Haushalte mit geringerem Einkommen verdrängt werden. Diese Stadtquartiere gilt es vor einer weiteren *Zunahme der Segregationstendenzen* zu schützen, unter anderem durch Nutzung des kommunalen Vorkaufsrechts bei vakanten Grundstücken oder städtebauliche Verträge mit privaten Investoren, um die Schaffung von preiswertem und gefördertem Wohnraum sicherzustellen, durch die vermehrte Bereitstellung von Grundstücken und Immobilien für innovative Projekte selbstgenutzten Wohnens und die konsequente Ausschöpfung planerischer Möglichkeiten, beispielsweise im Zusammenhang mit Erhaltungssatzungen. Die bestehenden *Erhaltungssatzungen* wollen wir zu *Milieuschutzsatzungen* weiterentwickeln, die eine Handhabe bieten gegen Verdrängung durch Luxussanierungen und die exzessive bauliche Aufwertung ganzer Stadtteile wie dem Nordend und dem Ostend.

Frankfurt zeichnet sich bislang dadurch aus, dass die unterschiedlichen sozialen Gruppen im Vergleich zu anderen Städten eng beieinander wohnen, und so soll auch so bleiben, denn eine nachhaltige Stadt braucht eine gute Mischung der sozialen Strukturen. Dies gilt gleichermaßen auch für die *neu entstehenden Wohnquartiere*. Auch hier muss Wohnraum für alle Zielgruppen, vom sozialen Wohnungsbau bis zu gehobenen Standards, entstehen. Das westliche Europaviertel ist ein von uns durchgesetztes Beispiel dafür, wie dies durch die Reservierung von *30% der Bauflächen*

für den geförderten Wohnungsbau erreicht werden kann. Diesen Weg werden wir bei anderen Neubau- und Konversionsgebieten konsequent weiter beschreiten. Und dort, wo bereits heute ein vergleichsweise hohes Maß an Segregation festzustellen ist, in den sogenannten besseren Wohnlagen, werden wir darauf drängen, dass im Zuge von Nachverdichtungs-, Sanierungs- und Konversionsmaßnahmen vermehrt Projekte geförderten Wohnungsbaus realisiert werden. Dazu ist es notwendig, alle bestehenden städtischen Förderprogramme für Mietwohnungsbau und für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen, soweit noch nicht geschehen, um eine finanzielle *Kompensation für die erhöhten Grundstückspreise* in diesen Wohnlagen zu ergänzen.

### **WOHNRAUM DURCH UMWANDLUNG UND NACHVERDICHTUNG SCHAFFEN**

Wir Grüne treten ein für einen stabilen, allen Bevölkerungsschichten zugänglichen, nutzerorientierten *Wohnungsmarkt*, der dem demografischen Wandel nicht unvorbereitet gegenübersteht und der nicht die Augen verschließt vor den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Bevölkerungsgruppen bzgl. der Wohnungsgrößen und -zuschnitte.

In Frankfurt fehlt noch immer Wohnraum in allen Preisklassen. Wir werden deshalb auch jenseits großer Neubaugebiete die Schaffung von weiterem Wohnraum möglich machen. Die *Umwandlung von nicht mehr benötigtem Büroraum* in Wohnraum und eine *sinnvolle Nachverdichtung*, insbesondere durch Aufstockungen und Dachausbauten ohne Versiegelung von Grünräumen, ist nötig, um bedarfsgerechten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Dort, wo dies für das Quartier vertretbar ist, kann dies auch durch maßvolle bauliche Ergänzungen erfolgen. Dabei sind barrierefreie Wohnungen im nötigen Umfang zu errichten.

### **DOM-RÖMER-AREAL**

Bei der Neubebauung des Dom-Römer-Areals spielt für uns Grüne die *Qualität der Architektur* eine zentrale Rolle. Mit der Einrichtung eines Gestaltungsbeirates und der Verabschiedung einer Gestaltungssatzung, die sich aus der historischen Bebauung ableitet, sind wir hier einen neuen Weg gegangen. Das Dom-Römer-Areal betrachten wir Grüne als Experimentierfeld für eine neue Architektursprache in historisch gewachsenen Städten: Wie kann, wie muss man heute Altstadt bauen, um die Ge-

schichte eines Ortes angemessen zu reflektieren? Wir wollen, dass mit der Neubebauung des Dom-Römer-Areals ein über Frankfurt hinausweisendes Beispiel entsteht, wie man heute ein lebendiges, von der Mehrheit der Bevölkerung bejahtes Altstadtquartier baut.

Außerdem ist es nach wie vor unser grünes Ziel, dass hier ein *lebendiges Quartier mit einem Nutzungsmix* aus Wohnen, Läden, Stadtraum und Kultur entsteht – ein Quartier, das sich langfristig selbst trägt, keiner Lenkung und Subvention bedarf und mit der Innenstadt zusammenwächst. Darüber hinaus legen wir Wert darauf, dass der ehemalige Archäologische Garten, seine neue öffentliche und denkmalgerechte Präsentation, im Zuge der Neubebauung wieder zum Herz des Quartiers und als Wiege Frankfurts ein allgemein zugänglicher, spannender historisch-authentischer Ort wird.

## **DENKMALSCHUTZ STÄRKEN UND HISTORISCHE BAUSUBSTANZ ERHALTEN**

Die Debatte über das Dom-Römer-Areal verstellt teilweise den Blick dafür, welche bauhistorischen Schätze in den Stadtteilen Frankfurts jenseits des Stadtzentrums zu finden sind. Wir Grüne wollen in Frankfurt ein umfassendes Programm ins Leben rufen, um die *historische Bausubstanz in den Stadtteilen* zu sichern, zu sanieren und – wo immer es im Einklang mit dem Denkmalschutz möglich ist – energetisch zu ertüchtigen. Ein besonderer städtebaulicher Schatz in Frankfurt sind darüber hinaus die *Ernst-May-Siedlungen*. Hier werden wir für eine abgestimmte Erhaltungsstrategie sorgen, die diese prägenden Quartiere im Zusammenwirken mit den BewohnerInnen erhält und weiterentwickelt. Dazu sind eine Bestandsaufnahme und stadtgeschichtliche Aufarbeitung für all diese Siedlungen ebenso nötig wie konkrete Hilfestellungen und proaktive Beratungsangebote für die EigentümerInnen.

Denkmalschutz hat die Aufgabe, aus jeder baugeschichtlichen Epoche die exemplarischen und qualitätvollen Zeugnisse für die Nachwelt zu erhalten – jenseits aktueller Moden und individueller Vorlieben. Vielen mag die 50er-Jahre-Architektur in unserer Stadt spießig und wenig glanzvoll erscheinen. Sie legt jedoch Zeugnis ab von der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg und der neuen Bescheidenheit nach dem Größenwahn des Nationalsozialismus – und ist deshalb aus unserer Stadt nicht wegzudenken. Auch weiterhin stehen für uns Grüne die *denkmalgeschützten Gebäude aus den 50er Jahren* nicht zur Disposition.

Gerade in Frankfurt, das so viel bauliches Erbe durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und einer rücksichtslosen Stadtplanung der 60er und 70er Jahre verloren hat, ist der Schutz der verbliebenen Denkmale von besonderer Bedeutung. Wir Grüne wollen insgesamt in Frankfurt den Denkmalschutzbelangen zu mehr Durchsetzungskraft verhelfen. Dazu brauchen wir eine starke Denkmalschutzbehörde und ein digitales, über das Internet öffentlich zugängliches und laufend gepflegtes Denkmalkataster. Auch werden wir die Frage, ob das Denkmalamt nicht, um seinen Aufgaben besser gerecht zu werden, in der Zuständigkeit des Kulturdezernats statt des Planungsdezernats angesiedelt werden muss, erneut aufgreifen.

### **INNENSTADTKONZEPT: URBAN UND LEBENDIG**

Zur Weiterentwicklung der Frankfurter Innenstadt ist uns Grünen wichtig, dass dies nicht nur ein Ort ist, an dem gearbeitet, eingekauft und ausgegangen wird, sondern wo auch möglichst viele Menschen wohnen sollen. Zu einem derart lebendigen und lebenswerten Zentrum gehört ein *attraktiver öffentlicher Raum* mit viel Grün und deutlich weniger (Auto-)Verkehrsflächen. Die von vielen Menschen gewünschte *Verbesserung der Verbindungen* zwischen den Einkaufsschwerpunkten, dem historischen Zentrum und dem Mainufer sowie den angrenzenden Wohnvierteln wird nur erreichbar sein, wenn es gelingt, die Trennungswirkung der großen Verkehrsschneisen (Anlagenring, Berliner Straße und Mainuferstraße) zu reduzieren. Die *vorhandene Bebauung*, die zu großen Teilen aus den 50er Jahren stammt, kann und sollte in Teilen nachverdichtet werden, was für uns zum Erhalt der für das Klima und für die AnwohnerInnen lebenswichtigen Grüninseln der Innenstadt vor allem Aufstockung und weniger Zubauen der leider oft vernachlässigten Höfe und Freiräume bedeutet. Wir wenden uns aber auch an dieser Stelle entschieden *gegen eine völlige Neuerfindung* der Stadt und setzen uns für den Erhalt und die Pflege der charakteristischen Häuser des Wiederaufbaus nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs ein. Selbstverständlich ist für uns schließlich, dass alle Maßnahmen nur in enger Abstimmung mit den dort lebenden Menschen geplant werden können.

### **UNI-CAMPUS BOCKENHEIM**

Seit langen Jahren beteiligen wir Grüne uns rege und kritisch an den Diskussionen um den Campus Bockenheim und die städtebaulichen Planungen für dieses Gebiet. In der nächsten Wahlperiode werden eine Reihe

von weitreichenden Entscheidungen zu treffen sein, in die sowohl die *BürgerInnen vor Ort* als auch der zuständige Ortsbeirat eng eingebunden werden sollen. Wir Grüne treten ein für ein primär von *Wohnnutzungen* geprägtes, nachhaltiges neues Quartier mit attraktiven Grünverbindungen, für einen Mix aus freifinanzierten und geförderten Wohnungen und für innovative Wohnprojekte. Es gilt außerdem, den Kulturcampus einschließlich des Erhalts des Studierendenhauses, der Dondorf-Druckerei, der Stadt- und Universitätsbibliothek und der Alten Pharmazie Wirklichkeit werden zu lassen.

## **NIEDERRAD / MAINFELD**

Aus der *Bürostadt Niederrad* soll ein gemischtes Wohn- und Gewerbegebiet werden. Dieses Vorhaben besticht dadurch, dass ohne weitere Zersiedelung an den Stadträndern ein auch für das Wohnen attraktives Quartier geschaffen und gleichzeitig dem Büroleerstand begegnet wird. Wir Grüne werden dafür Sorge tragen, dass das neue „*Lyoner Viertel*“ *Wohnungen in allen Preislagen und für viele Zielgruppen* bietet – vom schicken Loft bis zum mit Fördermitteln geschaffenen Wohnraum für Familien, von konventionellen Wohnungen bis zu Flächen für innovative, auch ungewöhnliche Wohnprojekte und Kombinationen aus Wohnen und Arbeiten. Das Viertel soll, wo immer möglich, entsiegelt werden und *attraktive Grünflächen* sowie einen öffentlichen Platz mit parkähnlichem Charakter als Quartierszentrum erhalten. Und es soll ein *Vorzeigeprojekt für den Klimaschutz* werden – durch Passivhaus- oder Plusenergiestandard für Neubauten, intelligente Lösungen einer energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden und die intensive Nutzung regenerativer Energien.

Die *Wohnhochhäuser des Mainfeldes* stellen inzwischen eine gewaltige Herausforderung dar. Sie sind baulich wie energetisch dringend sanierungsbedürftig und weisen nur noch selten intakte Nachbarschaften auf. Die städtische Wohnheim GmbH hat jedoch mit dem Vorschlag, die dortigen Hochhäuser nicht konventionell zu sanieren, sondern um einige Stockwerke zurückzubauen oder gar zugunsten neuer Passivhäuser abzureißen, nachvollziehbare Ängste und eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Wir wollen die Chancen und Risiken aller Optionen sachlich auszuloten und die *BewohnerInnen eng in die Entscheidungsfindung* einbinden. In jedem Fall muss das Wohnquartier besser mit dem restlichen Niederrad vernetzt werden und einen besseren Zugang zu den bestehenden Grünräumen und dem Mainufer erhalten.

## ÖFFENTLICHER RAUM

Wir Grüne werden die Qualität des öffentlichen Raums verbessern. Er soll fußgänger- und fahrradfreundlicher und vor allem deutlich grüner werden. Angesichts des Klimawandels und der damit einhergehenden Erwärmung brauchen wir mittelfristig ein *durchgängiges grünes Netz quer durch die ganze Stadt*. Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt einen Masterplan erarbeitet, wie dieses Netz auszusehen hat und wie es Schritt für Schritt, beispielsweise durch flankierende Maßnahmen im Zuge von anstehenden Straßenbaumaßnahmen, innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre realisiert werden kann. Auch das Programm „Schöneres Frankfurt“ soll dazu beitragen, die Innenstadt und die Stadtteile stärker zu begrünen.

Die Fehlentwicklungen einer autogerechten Stadt zeigen sich *vor dem Hauptbahnhof* besonders deutlich. Wir Grüne werden dafür Sorge tragen, dass der Bahnhofsvorplatz wieder zu einem einladenden Entree in unsere Stadt wird – durch bessere Wegeverbindungen für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen, eine bessere Aufenthaltsqualität nicht nur an den Haltestellen und schließlich durch den dringend benötigten Busbahnhof im Süden.

### Außerdem zum Thema Planen und Wohnen:

#### **Umwelt:**

- ⇒ ENERGETISCHES BAUEN UND SANIEREN, S. 18
- ⇒ NACHHALTIGE SIEDLUNGEN, S. 20
- ⇒ GRÜNE GEWERBEGEBIETE, S. 21
- ⇒ GRÜNGÜRTEL, S. 21
- ⇒ PARKS, GRÜNFLÄCHEN UND SPIELPLÄTZE, S. 22

#### **Mobilität:**

- ⇒ MEHR ATTRAKTIVITÄT DES FUSSVERKEHRS, S. 30
- ⇒ RÜCKGEWINNUNG DES ÖFFENTLICHEN RAUMS, S. 31

**Soziales:**

- ⇒ BEZAHLBARER WOHNRAUM, S. 53
- ⇒ BEDARFSGERECHTE WOHNUNGEN, S. 54
- ⇒ BARRIEREFREIE WOHNUNGEN, S. 55
- ⇒ BARRIEREFREIE ÖFFENTLICHE ANGEBOTE, S. 55

**Gesundheit:**

- ⇒ REGIONALE UMWELTZONE, S. 60
- ⇒ ZUGANG ZU FREIFLÄCHEN IST SOZIALE AUFGABE, S. 61

**KULTUR:**

- ⇒ RÄUME FÜR KREATIVE, S. 77
- ⇒ STÄRKUNG UND NEUAUSRICHTUNG MUSEUMSUFER, S. 78
- ⇒ ERINNERUNG AN DEN NATIONALSOZIALISMUS, S. 78

**Wirtschaft:**

- ⇒ NACHHALTIGE MOBILITÄT, S. 81
- ⇒ FRANKFURT ALS MOTOR UND INNOVATIONSZENTRUM FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN, S. 81

**Haushalt und Finanzen:**

- ⇒ UMGANG MIT ALTERNATIVEN FORMEN DER ERBRINGUNG VON LEISTUNGEN, S. 85

**BürgerInnenbeteiligung:**

- ⇒ BETEILIGUNG AN PLANUNGS- UND ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN AUSBAUEN, TRANSPARENTE VERWALTUNG SCHAFFEN, S. 94
- ⇒ BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN AN PLANUNGSPROZESSEN, S. 95

# **Solidarisches Frankfurt: Stadt der Bildung und der Teilhabe**

Armut und Ausgrenzung werden vor Ort sichtbar. Viele Menschen haben Angst vor einem sozialen Abstieg. Wir alle profitieren von einer solidarischen, integrativen Stadt, die niemanden im Stich lässt. Wir Grüne wollen deshalb in Frankfurt die sozialen Blockaden weiter lösen und setzen uns ein für eine Stadt, in der keine und keiner zurückbleibt. Frankfurt hat unter grüner Regierungsbeteiligung trotz der erheblichen finanziellen Schwierigkeiten in den aktuellen Krisen die freiwilligen Sozialleistungen erhöht. Wir investieren massiv in Kinderbetreuung und Bildung – und schaffen damit eine wesentliche Voraussetzung für Chancen- und Teilhabegerechtigkeit. Die Gerechtigkeit einer Gesellschaft zeigt sich in ihrem Umgang mit Benachteiligungen. Wir leben in einer Gemeinschaft, die auf Zusammenhalt und auf die Teilhabe jedes und jeder Einzelnen angewiesen ist. Die Forderung hin zur reinen Eigenverantwortung – spitz zusammengefasst in dem Satz „Wenn jeder sich selbst hilft, ist allen geholfen“ – ist falsch und zielt auf eine Desolidarisierung, die am Ende zum Zusammenbruch unseres Gemeinwesens zum Schaden aller führen muss. Wir Grüne sehen uns der sozialen Gerechtigkeit in allen ihren Dimensionen verpflichtet. Der erste Satz des Grundsatzprogramms der Grünen Bundespartei lautet: „Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.“ Unser Gerechtigkeitsbegriff umfasst Solidarität, Teilhabegerechtigkeit, Umweltgerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit. In Frankfurt wollen wir dies weiter konkret umsetzen, denn Freiheit kann nur da voll realisiert werden, wo Gerechtigkeit herrscht.

## **Bildung in Frankfurt — für Alle, mit Allen**

Wir Grüne tragen seit über 20 Jahren Verantwortung in der Bildungspolitik. In diesen 20 Jahren haben wir hier in Frankfurt bildungspolitisch Pionierarbeit geleistet, noch bevor die „Pisa-Diskussion“ Bund und Land erreicht hat. Wir haben in den letzten Jahren in diesem Bereich so viel Geld investiert wie nie zuvor. Wir haben zahlreiche Schulen und Kindertagesstätten saniert und neu gebaut – und dabei im Rahmen der Modellraumprogramme sichergestellt, dass die Räumlichkeiten der Einrichtungen

auch modernen pädagogischen Anforderungen genügen. Wir haben Frankfurt zu einer familienfreundlichen Stadt entwickelt und können uns über seit Jahren deutlich steigende Geburten- und Kinderzahlen freuen. Wir haben seit 2006 über 5000 neue Betreuungsplätze für Kinder ab dem ersten bis zum sechsten Lebensjahr geschaffen, die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten erweitert und die Zahl der ErzieherInnen pro Kindergarten-Gruppe um 25% erhöht. Im Wettbewerb um qualifizierte und engagierte ErzieherInnen zahlt die Stadt Frankfurt höhere Gehälter als andere Städte. Wir haben das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei gestellt und die Betreuungskosten für unter Dreijährige halbiert. Wir haben in Frankfurt seit Jahren eine gut eingespielte Kooperation zwischen Stadt und den freien Kita-Trägern, die gewährleistet, dass die qualitativen und quantitativen Ausbauziele (2009 bis 2013: plus 10000 Plätze vorrangig für Kinder unter drei Jahren) erreicht werden können. Und wir haben die Kindertagespflege gestärkt und aufgewertet durch die Einführung verbindlicher Qualitätsstandards und erheblich verbesserte Geldleistungen an Tagesmütter und -väter – und damit das Wunsch- und Wahlrecht von Eltern kleiner Kinder erweitert. Im Schulbereich haben wir maßgeblich dazu beigetragen, dass sich die Debatte um die Schulformen versachlicht hat und nun der Elternwille zählt. So haben wir zwei neue integrierte Gesamtschulen, aber auch ein neues naturwissenschaftliches Gymnasium durchsetzen können. Wir haben die Schulsozialarbeit massiv ausgebaut und bezuschussen das Mittagessen an den Schulen. Wir haben insgesamt mit unserer Politik die Qualität und die Quantität der Bildungs- und Betreuungsangebote und ihre Zugänglichkeit für alle Schichten in unserer Stadt erheblich gestärkt.

Wir sind stolz auf das Erreichte, wissen aber, dass wir noch immer vor großen Herausforderungen stehen – gerade auch, weil das Land Hessen seine Hausaufgaben nicht macht. So fehlt es noch in vielen Stadtteilen an Nachmittagsbetreuung für Schulkinder und wir haben trotz aller Bemühungen immer noch zu viele Bildungsverlierer auch in unserer Stadt. Bildung und Chancen bleibt das zentrale Zukunftsthema. Förderung für alle Kinder, Unterstützung für alle Eltern, die Unterstützung brauchen, ist unser Ziel. Es gilt: Alle Kinder sind willkommen, alle Kinder werden individuell gefördert, kein Kind darf verloren gehen. Wir engagieren uns für gleiche Bildungschancen für alle. Bildung ist die Voraussetzung dafür, ein Leben in echter Freiheit und Selbstbestimmung führen zu können. Unsere Institutionen müssen die Menschen bei diesem Ziel unterstützen. Es kann

nicht darum gehen, die Menschen den Strukturen anzupassen – die Strukturen müssen zu den Menschen passen. Diesen Weg werden wir in den kommenden fünf Jahren konsequent weitergehen.

### **LAND UND BUND IN DIE PFLICHT NEHMEN**

Im Bereich Bildung und Betreuung ist vieles Landesaufgabe, den Kommunen sind enge Grenzen gesetzt. Wir sehen aber nicht ein, dass die Menschen unter der teilweise unzeitgemäßen Struktur der Aufgabenverteilung leiden. Wir werden wie in der Vergangenheit das Land und den Bund immer wieder in die Pflicht nehmen, Versprechen auch einzulösen – sei es bei dem schleppenden Ausbau von *Ganztagsschulen*, sei es bei dem Weg zur *Selbständigen Schule* oder bei einer angemessenen Ausstattung für den *gemeinsamen Unterricht* von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderungen.

### **INKLUSIVE STRUKTUREN, OFFEN FÜR DAS LEBEN**

Wir sehen in den kommenden fünf Jahren einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Bereich *Inklusion* – Inklusion von Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund, mit und ohne Behinderung. Wir wollen, dass die *Schulen und Kindertagesstätten* Teil unseres täglichen Lebens sind. Sie müssen sich in die Stadtteile öffnen, sie müssen sich vernetzen, und sie müssen neben den Kindern und den SchülerInnen auch die Eltern erreichen.

### **UMFASSENDE BILDUNGSBERATUNG**

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendliche bestmöglich gefördert werden. Sie und ihre Eltern brauchen hierzu allerdings Information, Orientierung, Entscheidungshilfe und Unterstützung – dies wollen wir ihnen mit einer umfassenden *Bildungsberatung* geben. Es zeigt sich immer wieder, dass das Engagement der Eltern eine erhebliche Rolle spielt. Nicht alle Eltern werden von den existierenden Strukturen erreicht. Wir müssen den Schulen und Einrichtungen ermöglichen, auf die Eltern zuzugehen, die nicht von selbst zu den Einrichtungen kommen. Wir können es uns nicht leisten, Kinder und Jugendliche zu verlieren, weil wir die Eltern nicht erreichen.

## **SOZIALVERTRÄGLICHE HARMONISIERUNG DER ELTERNENTGELTE FÜR KITAS UND KINDERTAGESPFLEGE**

Wir wollen Familien mit niedrigen Einkommen vom *Elternentgelt* freistellen und damit ihren Kindern den frühen Zugang zu Kita und Kindertagespflege erleichtern. Wir wollen, dass von allen anderen Familien ein vom Einkommen unabhängiges Entgelt erhoben wird, wie dies bereits für Kinder unter drei Jahren gilt. Damit können auch zuständige Ämter, Träger, Kitas und Eltern von hohem Verwaltungsaufwand entlastet werden.

## **KINDER- UND FAMILIENZENTREN**

Wir wollen es in den nächsten fünf Jahren weiteren 20 Einrichtungen ermöglichen, sich zu Kinder- und Familienzentren weiterzuentwickeln, also zu Orten für Kinder und Familien im Sinne umfassender *frühkindlicher Bildung* im Stadtteil. Sie sollen so ausgestattet werden, dass sie erstklassige Betreuung und Bildung für die Kinder sowie Beratung und Unterstützung für die Eltern leisten können. Die Arbeit von *Stiftungen* und *Ehrenamtlichen* spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung gerade von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern. Wir wollen diese weiter stärken und mit bestehenden Projekten besser verzahnen.

## **QUALITÄT IN DER KINDERBETREUUNG**

Insgesamt gilt es, die Qualität in der Kinderbetreuung weiter zu steigern. Dazu gehört es auch, als attraktiver Arbeitgeber *engagierte ErzieherInnen* anzuziehen und lebenslang weiterzubilden. Die Stadt Frankfurt ist hier erfolgreich – das muss so bleiben.

## **OFFENSIVE FÜR SPRACHLICHE BILDUNG**

Wir wollen und müssen uns auch nach wie vor mit der *sprachlichen Bildung* befassen. Sprache ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Dies betrifft nicht nur Menschen mit nicht-deutscher Muttersprache – auch die Sprachkompetenz der Kinder mit Deutsch als Muttersprache geht zurück. Sprachliche Bildung muss in der Kinderbetreuung beginnen und so lange angeboten werden, wie sie erforderlich ist. Wir benötigen entsprechend *qualifiziertes Personal* in allen Einrichtungen und *abgestimmte Konzepte zwischen Kindergärten und Schulen*.

## **ÜBERGÄNGE MANAGEN, BILDUNGSBÜRO EINRICHTEN**

Wir müssen uns weiter mit den *Übergängen* zwischen Kindergarten und Schule, Ausbildung und Beruf beschäftigen. An diesen Schnittstellen entsteht nach wie vor viel Unsicherheit bei Eltern, Kindern und Lehrenden und Potentiale gehen verloren. Wir unterstützen das Projekt „Lernen vor Ort“, das sich in Frankfurt mit diesem Thema beschäftigt. Auch hier muss das Ziel sein, dass sich die Strukturen nach den Menschen richten, nicht umgekehrt. Um einen umfassenden Bildungsbegriff zu stützen und Bildung tatsächlich in den Mittelpunkt zu stellen, wollen wir ein *Bildungsbüro mit dezernatsübergreifender Koordinationsfunktion* einrichten, das die verschiedenen Akteure koordiniert und für das Bildungsmonitoring und die entsprechende Maßnahmenplanung federführend ist.

## **FLEXIBLE EINGANGSSTUFEN**

Gerade die Strukturen am Übergang zwischen Kindergarten und Grundschule müssen sich ändern. Wir wollen, dass an allen Grundschulen, die dies wünschen, *flexible Eingangsstufen* eingerichtet werden, in denen die Kinder nach den individuellen Voraussetzungen die ersten beiden Schuljahre in einem, zwei oder drei Jahren in altersgemischten Gruppen durchlaufen können. Hier sind wir allerdings auf die Zustimmung des Landes sowie auf die Bereitstellung von entsprechenden Lehrerstellen angewiesen.

## **SITZENBLEIBEN IN DEN GRUNDSCHULEN ABSCHAFFEN**

Das Sitzenbleiben ist eine pädagogisch nach allen Studien schädliche, zumindest aber sinnlose und darüber hinaus auch teure Angelegenheit. Es schadet den Kindern, führt nicht zu besserer Bildung und kostet die Stadt rund 10 Millionen € im Jahr. Wir wollen das *Sitzenbleiben in den Frankfurter Grundschulen* im Rahmen eines Modellversuchs abschaffen und durch eine sinnvolle Bildungsbegleitung ersetzen.

## **GEMEINSAMER UNTERRICHT UND GEMEINSAME BETREUUNG**

Frankfurt war Vorreiter beim gemeinsamen Unterricht von SchülerInnen mit und ohne Behinderungen, wurde aber in den vergangenen Jahren immer wieder vom Land ausgebremst. Integrative Einrichtungen sind Erfolgsmodelle – bei den Krabbelstuben und Kindertagesstätten ebenso wie bei den Schulen. Es fehlen in diesem Bereich nach wie vor Plätze – in erster

Linie wegen fehlender Unterstützung durch das Land. Wir werden uns mit diesem Mangel nicht abfinden. Der *gemeinsame Unterricht* und die *gemeinsame Betreuung* müssen in Frankfurt zur Regel werden – inklusive der notwendigen Qualifizierung des Personals. Die UN-Konvention hat es uns zur Hausaufgabe gemacht, unsere Schulen zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln. Das Land muss hierzu endlich die Rahmenbedingungen schaffen, damit wir in Frankfurt unter Einbeziehung aller Beteiligten die Inklusion erfolgreich vorantreiben können.

## **AUSBAU SCHULPSYCHOLOGEN**

Wir haben in den letzten Jahren die *Schulsozialarbeit* erheblich ausgebaut und werden diesen Ausbau fortsetzen. Ebenso wollen wir unseren Schulen mehr *Schulpsychologen* bereitstellen, um Konflikte früh zu erkennen und gegensteuern zu können. Wir wollen wie für die Schulsozialarbeit auch für die Arbeit mit Schulpsychologen eine verbindliche Aufgaben- und Rollenklärung, etwa im Verhältnis zum Lehrkörper, erreichen und verbindliche Grundsätze für den Umgang mit SchülerInnen mit besonderem Unterstützungsbedarf erarbeiten – damit die Hilfe überall rechtzeitig ankommt.

## **ZUSTÄNDIGKEIT JUGENDHILFE INS BILDUNGSDEZERNAT ÜBERTRAGEN**

Wir haben in der letzten Wahlperiode begonnen, die *Arbeit der Schulen und der Jugendhilfe enger zu verzahnen*. Wir wollen diesen Weg weiter beschreiten und wollen zur besseren politischen Steuerung die vollständige Zuständigkeit für die Jugendhilfe in das Bildungsdezernat übertragen und dieses damit zu einem echten Kinder- und Jugenddezernat weiterentwickeln. Dies ermöglicht die konsequente Umsetzung eines umfassenden Bildungsverständnisses und viele Synergieeffekte, wo sich heute noch unnötige Hindernisse in der Zusammenarbeit ergeben. Insbesondere beim Ausbau von Ganztagsbetreuung sowie von Kinder- und Familienzentren müssen wir im Sinne der betroffenen Kinder und Eltern alle beteiligten Parteien ohne Reibungsverluste an einen Tisch bringen.

## **GANZTAGSBETREUUNG IN ALLEN FRANKFURTER GRUNDSCHULEN**

Das Land ist bei der Einrichtung von Ganztagschulen nur im Schnecken-tempo vorangekommen. Wenn die Entwicklung in diesem Tempo weitergeht, warten wir noch Jahrzehnte auf die dringend notwendige Umstrukturierung. Wir ziehen die Konsequenzen, ohne Strukturen zu schaffen,

die eine Weiterentwicklung zu vom Land getragenen Ganztagschulen verhindern. Wir werden durch Kooperation zwischen den Strukturen der bisherigen Jugendhilfe, von Stiftungen und weiteren Trägern und Vereinen sowie den bisherigen Schulstrukturen im Grundschulbereich in den nächsten fünf Jahren an allen Frankfurter Grundschulen eine *verlässliche und qualitative Ganztagsbildung und -betreuung* schaffen. Dabei werden alle vorhandenen Kompetenzen aus den Schulen und aus der Jugendhilfe genutzt – wir können auf erfolgreiche Vorarbeiten im Rahmen des Programms „Offene Frankfurter Ganztagschule“ zurückgreifen. Und wir schaffen zugleich die Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf – auch nach der Einschulung der Kinder.

### **LEBENSLANGE BILDUNG: VOLKSHOCHSCHULEN UND STADTBÜCHEREIEN**

Schließlich endet Bildung nicht mit dem Schulabschluss. Wir haben die *Volkshochschule* bei allem Druck von Einsparungen erfolgreich weiterentwickelt, sie ist ein attraktiver Träger von Bildungsangeboten für alle. Diese Entwicklung wollen wir fortsetzen. Ebenso ist es uns bei den *Stadtbüchereien* gelungen, das Angebot, den Kundenservice und die Öffnungszeiten deutlich zu verbessern und die Büchereien zu Medienzentren auszubauen. Wir wollen hier die Öffnungszeiten noch erweitern und auch die professionelle Unterstützung der Schulbibliotheken noch weiter verbessern.

### **Außerdem zum Thema Bildung und Kinderbetreuung:**

#### **Integration:**

⇒ TEILHABECHANCEN DURCH BILDUNG, S. 71

#### **Kultur:**

⇒ ZUGANG ZU KULTUR FÜR KINDER UND JUGENDLICHE, S. 76

⇒ KOOPERATION KULTURSCHAFFENDE UND  
BILDUNGSEINRICHTUNGEN, S. 76

#### **Frauen:**

⇒ FAMILIENFREUNDLICHE UNTERNEHMEN, S. 90

# **Soziales Frankfurt — Mit Strukturen gezielt Teilhabe stärken**

Frankfurt ist eine soziale Stadt, und so soll es auch in Zukunft bleiben. Mit Hilfe für diejenigen, die Hilfe benötigen, und mit Strukturen, die Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Wir wenden in Frankfurt direkt über 700 Millionen Euro jährlich im Bereich Soziales auf. In diesem Bereich sind erhebliche Teile der kommunalen Leistungen Pflichtaufgaben. Wir haben aber auch in großem Umfang freiwillige Leistungen realisiert. Wir haben uns verstärkt dem Thema Barrierefreiheit zugewandt und nehmen die Anfang 2009 unterzeichnete UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen ernst. Wir haben das Leistungsspektrum des Frankfurt-Passes erweitert und in diesem Bereich nicht – wie viele Kommunen – gekürzt. Wir haben Einrichtungen für Jugendliche neu errichtet und existierende Einrichtungen ausgebaut. Und wir haben mit dem im Jahr 2000 eingerichteten Sofortprogramm zur Verbesserung der psychosozialen Betreuung alter Menschen in Altenheimen einen Meilenstein in der Politik für alte Menschen gesetzt.

Wir werden in allen Politikbereichen weiter darauf achten, dass Frankfurt auch sozial nachhaltig arbeitet. Uns geht es um sozial nachhaltige Strukturen, um einen solidarischen Umgang der Menschen miteinander und um Teilhabe. Es gilt in unserer Gesellschaft nach wie vor, dass soziale Teilhabe durch Einbindung in regelmäßige Strukturen erleichtert wird. Wir wollen an allen Stellen, an denen die Kommune handeln kann, dazu beitragen, dass Barrieren abgebaut werden. Wir wollen es den Menschen ermöglichen, sich am Leben in unserer Stadt zu beteiligen – in jeder Hinsicht. Niemand in unserer Stadt darf an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir bleiben einer solidarischen Stadtgesellschaft in allen Facetten verpflichtet. Für uns ist dabei nicht ausschlaggebend, wie viel Geld für soziale Zwecke ausgegeben wird, sondern was wir damit erreichen können. Jede Maßnahme muss sich daran messen lassen, ob sie die gewünschte Zielgruppe auch wirklich erreicht und ob soziale Ungerechtigkeiten nachhaltig bekämpft werden. Dieses gilt für neue Angebote genauso wie für bestehende. Nicht die Finanzierung von Trägern, sondern die tatsächliche Hilfe für Menschen in Notlagen steht im Mittelpunkt Grü-

ner Sozialpolitik. Dazu zählt auch, dass der Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen nicht über Arbeitslöhne geführt werden darf.

### **BENACHTEILIGTEN KINDERN HELFEN**

Kinderarmut in unserer Stadt ist eng mit sozialer Benachteiligung der Eltern verknüpft. Wir werden die finanzielle Situation der Familien mit kommunalen Maßnahmen nicht entscheidend verbessern können. Wir werden aber weiter darauf achten, dass die materielle Benachteiligung der *Kinder aus Familien in sozial schwierigen Lagen* sich nicht in Zugangsbeschränkungen für die Kinder niederschlägt. So subventionieren wir bereits jetzt das Mittagessen für Kinder mit Frankfurt-Pass und gewähren stark ermäßigten Eintritt in den Zoo, in Schwimmbäder und in weitere öffentliche und Kultur-Einrichtungen. Diesen Weg wollen wir weitergehen und gezielte Hilfen ausbauen.

Auf der Basis der umfassenden Gesundheits- Bildungs- und Sozialberichterstattung, muss Frankfurt eine klare Strategie entwickeln, damit aus der materiellen Armut von Kindern und Jugendlichen nicht zwangsläufig eine Teilhabe- und Bildungsarmut wird. Den umfassenden und wichtigen Erkenntnissen der letzten Jahre muss nun ein *Handlungskonzept* folgen, dass sich messbare und mit kommunalen Mitteln erreichbare Ziele gibt.

Die bislang in der Praxis nach „Zuständigkeiten“ getrennt angebotenen Unterstützungsangebote und Hilfeleistungen der Stadt Frankfurt für Kinder wollen wir in den einzelnen Stadtteilen nach und nach zu einem *leistungs- und tragfähigen Netzwerk für Kinder* auszubauen, mit dem Ziel, dass Kinder und deren Familien auch in schwierigen Lebenssituationen die Hilfestellungen rechtzeitig in Anspruch nehmen können. Dezentrale Angebote und dezernatsübergreifendes Handeln, dürfen aber nicht dazu führen, dass am Ende niemand zuständig ist, sondern bedürfen klarer Verantwortlichkeiten und effektiver Steuerung.

### **FRANKFURT SOZIALE STADT — NEUE NACHBARSCHAFTEN**

Das erfolgreiche *Programm „Aktive Nachbarschaften“* zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation soll fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dieser wegweisende Ansatz der Verknüpfung stadtplanerischer mit sozialpolitischen Instrumenten unter intensiver Beteiligung der BewohnerInnen soll fortentwickelt werden, um bestehende Quartiere ökologisch, sozial und wirtschaftlich

zukunftsfest und attraktiv zu machen. Hierbei besitzt insbesondere die Frage der Nachhaltigkeit und Nachbetreuung abgeschlossener Projekte hohe Priorität. Wie für größere planerische Vorhaben wollen wir eine Reihenfolge nach sozialen Gesichtspunkten erarbeiten. Auch hier gilt: Konzentration und Prioritäten statt Förderungen mit der Gießkanne.

### **KOMMUNALEN EINFLUSS BEI ARBEITSMARKTPOLITIK ERHALTEN, JUGENDJOBCENTER AUFBAUEN**

Bei der Arbeitsmarktpolitik wollen wir den *kommunalen Einfluss bewahren*, damit wir den Betroffenen passgenau und ohne Doppelstrukturen helfen können. Dies sehen wir in der gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft von Kommune und Agentur für Arbeit gewährleistet. Die Angebote an Jugendliche zur Ausbildung und Qualifizierung müssen gebündelt werden und an einer Anlaufstelle in Form eines *Jugendjobcenters* verfügbar sein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin *innovative Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme* für Arbeitslose in Frankfurt ins Leben gerufen und gefördert werden. Die Landesmittel für die Arbeitsmarktförderung, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, wollen wir gezielt dort einsetzen. Insbesondere für den Bereich der Altenpflege könnten durch Qualifizierungsmaßnahmen neue Arbeitskräfte gewonnen werden.

### **BEZAHLBARER WOHNRAUM**

Der Wohnungsmarkt in unserer Stadt ist angespannt und muss auch durch politische Vorgaben und Steuerung über öffentliche Förderung, städtebauliche Verträge, innovative Ideen sowie die städtischen Wohnungsgesellschaften so gestaltet werden, dass sich auch Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen das Wohnen in Frankfurt leisten können. Dazu gehört auch die Erarbeitung eines Konzepts, das aufzeigt wie in den nächsten Jahren sozialer Wohnungsbau bzw. die Anzahl bezahlbarer Wohnungen gezielt gesteigert wird.

Die *Wohnungsbaugesellschaften in öffentlicher Hand* sind für Frankfurt unverzichtbar. Sie haben die Aufgabe, breite Schichten der Bevölkerung angemessen mit Wohnraum zu versorgen und so zu einer Stabilisierung des Wohnungsmarktes beizutragen, und sie nehmen diese auch verantwortungsvoll wahr. Gleichwohl fordern wir Grüne von ihnen weitere Anstrengungen für eine Verbesserung der Wohnraumversorgung in Frankfurt. Wir wollen die Wohnungsbaugesellschaften, auf die die Stadt Einfluss nehmen

kann, dazu verpflichten, einige Prozentpunkte *Abstand zum Mietspiegel* zu halten, um der Mietpreisentwicklung dämpfend entgegenzuwirken. Außerdem gilt es, mehr *Know-how für kostengünstiges Bauen* aufzubauen und dieses auch privaten Investoren zur Verfügung zu stellen. Frankfurt hat im Passivhausbau mit seinen kommunalen Wohnungsbaugesellschaften inzwischen hervorragende Know-how-Träger. Eine ähnliche Erfolgsgeschichte können wir auch beim kostengünstigen, aber dennoch energetisch nachhaltigen Bauen schreiben.

Wir Grüne setzen außerdem weiterhin auf den *Ankauf von Belegungsrechten* durch die Stadt Frankfurt und wollen, dass diese Möglichkeit vor allem mit Blick auf die Zielgruppe der privaten Wohnungsbaugesellschaften und HausbesitzerInnen offensiver beworben wird.

Die im Sinne der Sozialgesetzbücher und des Asylbewerberleistungsgesetzes *angemessenen Grundmieten* orientieren sich in Frankfurt am Main vernünftigerweise an dem jeweils geltenden Mietspiegel. Anders als viele andere Städte, die lediglich Wohnungen des unteren Preissegments als angemessen betrachten wollen, handelt Frankfurt damit in hohem Maße sozial verantwortungsvoll. Gleichwohl halten wir Grüne mit Blick auf die zunehmende Segregation und den energetischen Mietspiegel einige Verbesserungen in den Frankfurter Regelungen für notwendig. Wir wollen, dass künftig alle Zu- und Abschläge des Mietspiegels in die Berechnung der angemessenen Grundmiete einfließen. So kann beispielsweise erreicht werden, dass BezieherInnen von Transferleistungen auch eine Kostensicherung für eine Wohnung in einer als gehoben geltenden Wohnlage oder mit hohem energetischen Standard erhalten und umgekehrt VermieterInnen keinen überhöhten, dem Frankfurter Wohnungsmarkt nicht adäquaten Mietertrag erzielen können.

## **BEDARFSGERECHTE WOHNUNGEN**

Wir benötigen in Frankfurt nicht nur mehr, sondern auch *bedarfsrechtere Wohnungen*. Wir wollen alle Wohnungsbaugesellschaften, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann, dazu anhalten, sowohl im Wohnungsneubau als auch bei Umbaumaßnahmen im Bestand mehr auf die je nach Zielgruppe sehr unterschiedlichen Bedürfnisse hinsichtlich Wohnungsgröße und Grundrissgestaltung zu achten sowie auch gemeinschaftliche Wohnformen und generationenübergreifendes Wohnen zu ermöglichen. Nach wie vor halten wir Wohnungszusammenlegungen zur Schaffung

von geeigneten, preisgünstigen *Wohnungen für größere Familien*, die in Frankfurt noch immer Mangelware sind, für zwingend erforderlich.

## **BARRIEREFREIE WOHNUNGEN**

*Der barrierefreie Umbau des Wohnungsbestandes* und vor allem der Ausbau von finanzierbaren barrierefreien Mietwohnungen ist aufgrund des demographischen Wandels eine erhebliche Herausforderung für die Zukunft. Wir Grüne wollen, dass alte Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung leben können und dass mobilitätseingeschränkte Menschen ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, damit sie frei entscheiden können, in welchem Stadtteil sie leben wollen und ihnen gleichberechtigte Lebensbedingungen und Lebenschancen eröffnet werden, mit denen sie sich sowohl im beruflichen als auch im privaten Bereich verwirklichen können. Wir erwarten deshalb von unseren stadteigenen Wohnungsbaugesellschaften, dass sie auch hier Vorreiter sind und wie beim Passivhausbau bundesweite Maßstäbe setzen. Konkret fordern wir, dass sie die dafür am geeignetsten zwanzig Prozent ihres Wohnungsbestandes innerhalb der kommenden Wahlperiode barrierefrei umbauen. Auch von privaten Wohnungsbaugesellschaften erwarten wir, dass sie Menschen mit Behinderungen entgegenkommen.

## **BEHINDERTENBEAUFTRAGTE AUFWERTEN**

Wir wollen die Stelle der bzw. des Behindertenbeauftragten aufwerten und zu einer *Stabsstelle* ausbauen, die nicht mehr dem Sozialdezernat, sondern direkt der Oberbürgermeisterin zugeordnet ist. Dies würde zum einen der hohen Bedeutung im Zuge der Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen, zum anderen aber auch ihrer Querschnittsfunktion entsprechen. Wir wollen, dass die Menschen mit Behinderungen ein echtes *Mitspracherecht* bei den sie betreffenden Entscheidungen haben. Insbesondere die Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft leistet dabei unverzichtbare Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen wollen.

## **BARRIEREFREIE ÖFFENTLICHE ANGEBOTE**

Das Recht auf Teilhabe bezieht sich auf sämtliche Lebensbereiche. Alle Menschen sollen sich sowohl physisch wie virtuell problemlos „bewegen“ können. Im Bereich der „neuen“ Medien braucht die Stadt deshalb ein *Internetangebot*, das sich ständig auf dem neuesten Stand der Barrierefreiheit befindet. Bei den *öffentlichen Gebäuden* im Bestand muss das

Ziel sein, in den nächsten Jahren umfassende Barrierefreiheit zu erreichen. Barrierefreiheit muss in allen Planungsprozessen für den öffentlichen Raum oder öffentlichen Gebäuden eine Selbstverständlichkeit werden. Analog dem Brandschutz muss es einen klar definierten Katalog für barrierefreies Bauen geben, der verpflichtend in allen Planungsphasen Berücksichtigung findet.

## **TEILHABE IM ALTER**

Die heutige Generation der SeniorInnen ist immer häufiger bis ins hohe Lebensalter aktiv und lebensfroh, mischt sich ein und gestaltet selbst. Die Erkenntnisse der „*Partizipativen Altenplanung*“ verstehen wir Grünen als eine gute Grundlage für weitere Verbesserungen im Bereich der Altenpolitik. Durch eine *stadtteilorientierte Vernetzung der Akteure vor Ort* kann diese zu einem neuen sozialen Gefüge beitragen, das Alt und Jung zusammenführt. Die ambulanten Hilfen sind in Anbetracht der demographischen Entwicklung zu sichern und auszubauen, da durch sie ein Leben im vertrauten Umfeld möglich wird. Die Entscheidung für ein Leben in einem Altenheim soll selbstbestimmt und nicht wegen fehlender Unterstützungsmöglichkeiten getroffen werden.

## **LEBEN IN PFLEGEHEIMEN**

Durch das in Frankfurt etablierte Programm „Würde im Alter“ wurden die Lebensbedingungen der Menschen in den Altenpflegeheimen über zusätzliche psychosoziale Betreuung verbessert. In diesem Zusammenhang müssen wir auch in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen sowohl eine Verbesserung der *Betreuung* als auch eine *höhere Arbeitszufriedenheit* und Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und -motivation der Beschäftigten erreichen. Dazu sind Spielräume auszuloten, um Eigeninitiativen zu stärken. Deshalb wollen wir auf freiwilliger Basis Träger von Altenpflegeheimen gewinnen, die im Rahmen von Modellversuchen *neue Organisationsformen der Betreuung* entwickeln, die auch ohne großen zusätzlichen finanziellen Aufwand dieses Ziel erreichen oder ihm nahekommen.

## **ENTWICKLUNG EINER NEUEN STERBEKULTUR**

Zur Würde im Alter zählt auch ein anderer, offensiverer Umgang mit dem letzten Lebensthema, dem Sterben. Die *Entwicklung einer neuen Sterbekultur*, also der Umgang unserer Stadtgesellschaft mit dem Thema Sterben und Tod, gewinnt an Bedeutung und sollte öffentlich debattiert werden.

Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab, aber auch die Lebensverlängerung um jeden Preis. Eine umfassende Zuwendung im letzten Lebensabschnitt zu ermöglichen, mit dem Ziel der Linderung von Schmerzen und Ängsten, ohne das Leben an sich verkürzen zu wollen, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen wollen. Hierzu zählt der *Ausbau von Palliativangeboten und psychosozialer Betreuung*, damit ein würdevolleres und in menschlich warmherziger Atmosphäre betreutes Lebensende erlebt werden kann – auch für die, die am Rande der Gesellschaft leben.

## **NEUAUSRICHTUNG SENIORENBEIRAT**

Auch eine *Neuausrichtung des Seniorenbeirates* ist geboten. Eine Reihe von Reformvorschlägen haben wir bereits in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Die Neuausrichtung ist erforderlich, um den Seniorenbeirat zu einem im lebendigen Diskurs stehenden Gremium zu verändern, über das die SeniorInnen ihre Wünsche an eine lebenswerte Stadt artikulieren können und das als ihr Sprachrohr fungieren kann. Eine solche Veränderung unterstützen wir.

### **Außerdem zum Thema Soziales:**

#### **Planung:**

⇒ **SOZIALE SEGREGATION VERHINDERN, S. 37**

#### **Bildung und Kinderbetreuung:**

⇒ **UMFASSENDE BILDUNGSBERATUNG, S. 46**

⇒ **KINDER- UND FAMILIENZENTREN, S. 47**

⇒ **OFFENSIVE FÜR SPRACHLICHE BILDUNG, S. 47**

⇒ **GEMEINSAMER UNTERRICHT UND  
GEMEINSAME BETREUUNG, S. 48**

#### **Gesundheit:**

⇒ **ZUGANG ZU FREIFLÄCHEN IST SOZIALE AUFGABE, S. 61**

⇒ **MÜTTER UND VÄTER STÄRKEN — KINDER SCHÜTZEN, S. 62**

⇒ **GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG VON „ILLEGALEN“, S. 62**

**Kultur:**

⇒ ZUGANG ZU KULTUR FÜR KINDER UND JUGENDLICHE, S. 76

**Frauen:**

⇒ GLEICHSTELLUNGS-AKTIONSPLAN ERARBEITEN, S. 89

⇒ FAMILIENFREUNDLICHE UNTERNEHMEN, S. 90

⇒ GEWALTSCHUTZ FÜR FRAUEN, S. 90

**Recht und Sicherheit:**

⇒ DER ÖFFENTLICHE RAUM GEHÖRT ALLEN, S. 91

**BÜRGERINNENBETEILIGUNG:**

⇒ UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS EHRENAMT, S. 96

## **Gesundes Frankfurt — Lebensqualität und Prävention**

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Zu einer umfassenden Gesundheitsvorsorge gehört demnach mehr als die direkte ärztliche Versorgung. Wir haben mit der Zusammenlegung des Umwelt- und Gesundheitsdezernats einen wichtigen Schritt gemacht, eine ganzheitliche Betrachtung von Gesundheitspolitik in Frankfurt zu verankern. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Die Umweltzone war ein wichtiger Beitrag zur Gesundheitsvorsorge für alle FrankfurterInnen. Wir haben mit dem Projekt der „Frühen Hilfen“ eine umfassende Unterstützung für junge Familien ins Leben gerufen. Wir haben mit der von uns in Frankfurt etablierten Gesundheitsberichterstattung die Grundlage für zielgerichtete Politik geschaffen. Und wir haben das Klinikum Frankfurt Höchst als städtisches Krankenhaus erhalten.

Es gilt, den Weg der umfassenden Betrachtung von Gesundheitspolitik weiterzugehen. Die Bedingungen für ein gesundes Leben sind sozial ungleich verteilt. Als Kommune können wir den Zugang zum Gesundheitswesen und die Versorgung nur bedingt beeinflussen. Wir können aber

etwas für eine gesunde Lebensumwelt für alle Menschen tun. Und wir können uns darauf konzentrieren, die Menschen über ihre Möglichkeiten, gesund zu leben, aufzuklären und sie dabei zu unterstützen – gerade jene, die besondere Schwierigkeiten haben, sich diese Informationen selbst zu beschaffen. Wir wollen die kommunale Gesundheitsberichterstattung weiter ausbauen, um gezielt unsere Ressourcen als Stadt zu den Teilen unserer Bevölkerung zu lenken, wo die Gesundheits- und Entwicklungsbedingungen besonders schlecht sind. Wir wollen mehr wohnungsnaher Freizeitsport-, Bewegungs- und Begegnungsräume schaffen für das gesunde Aufwachsen der Frankfurter Kinder und für eine immer größere Zahl hochbetagter Menschen, die Erholung und Begegnung in unmittelbarer Wohnungsnähe brauchen.

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass sozial Benachteiligte deutlich mehr von Umweltbelastungen betroffen sind als andere Personengruppen. Wohnungen in niedrigen Preisklassen sind oft an Hauptverkehrsstraßen oder in Industrienähe gelegen. Deshalb kommt eine Minderung von Umweltbelastungen vor allem denjenigen zu Gute, die sich keine teuren Stadtquartiere leisten können. Menschen, die einer hohen Schadstoffbelastung ausgesetzt sind, haben deutlich schlechtere Voraussetzungen und sind öfter krank. Es ist also auch eine Frage der Gerechtigkeit, diese Belastungen deutlich zu senken.

## **LÄRMSCHUTZ UND LUFTQUALITÄT**

Der *Schutz vor Lärm* und die *Verbesserung der Luftqualität* bleiben wesentliche Aufgaben kommunaler Gesundheitspolitik. Wir wollen, dass bei der Gestaltung des innerstädtischen Verkehrs diese Belange neben der Verkehrssicherheit eine größere Rolle spielen. Die *Verringerung von Höchstgeschwindigkeiten* ist auf allen Straßen ein einfaches, günstiges und wirksames Mittel, um Lärm, Schadstoffe und Unfälle zu verringern. Wir unterstützen als ersten Entlastungsschritt die Reduktion der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in der Nacht auf von Lärm hoch belasteten, dicht besiedelten innerstädtischen Strecken des Hauptverkehrsnetzes, wie sie im Entwurf des Regierungspräsidiums Darmstadt zum Lärmaktionsplan vorgeschlagen werden. Die Rücknahme der Geschwindigkeitsbegrenzungen auf stadtnahen Autobahnen durch die Hessische Landesregierung war ein Rückschritt und hat viele BewohnerInnen der Stadt zusätzlich belastet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auf innerstädtischen *Autobahnen*

*und Bundesstraßen höchstens Tempo 80* gilt. Geschwindigkeitskontrollen sollen sich nicht mehr nur auf Unfallschwerpunkte, sondern auch auf besonders von Lärm belastete Straßenabschnitte konzentrieren. Um den Umstieg auf abgas- und lärmarme Fahrzeuge voranzubringen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass Kommunen die Möglichkeit erhalten, *Anreize für den Umstieg* auf solche Fahrzeuge zu schaffen, also etwa Ein- und Durchfahrprivilegien, besondere Parkregelungen etc.

## **REGIONALE UMWELTZONE**

Mit der Einführung einer der größten Umweltzonen in Deutschland haben wir einen ersten Schritt zur Reduktion der Luftbelastung gemacht. Die Grenzen der Umweltzone sind allerdings nach wie vor ein Problem – Luftschadstoffe machen eben nicht am Autobahnring um Frankfurt herum halt. Wir wollen mittelfristig zu einer *regionalen Umweltzone* kommen, die auch Darmstadt, Offenbach und Wiesbaden einschließt. Neben einem Tempolimit auf innerstädtischen Autobahnen ist dies der nächste Schritt hin zu einer effektiven Reduktion der vom Verkehr verursachten Luftschadstoffe im Rhein-Main-Gebiet.

## **LUFTBELASTUNG SENKEN**

Die Zulassung von weiteren Industrieanlagen wie die Ersatzbrennstoffanlage im Frankfurter Westen können wir als Kommune leider nicht beeinflussen. Wir setzen uns aber dafür ein, dass das Bundesimmissionsschutzgesetz dahingehend verändert wird, dass bei der Genehmigung von Großanlagen auch die bereits vorherrschende Luftbelastung betrachtet wird und nicht nur jede Anlage für sich. Eine Genehmigung soll nur erteilt werden dürfen, wenn nachgewiesen ist, dass die zusätzliche Belastung an anderer Stelle mindestens ausgeglichen werden kann. Die *Gesamtbelastungsbetrachtung* der Luftschadstoffe im Rhein-Main-Gebiet, die auf Grüne Initiative erfolgte, zeigt deutlich, dass die Luftbelastungen bereits die zumutbare Belastung und die EU-Grenzwerte überschritten haben.

## **NACHTFLUGVERBOT UND KOMMUNALE LÄRMMINDERUNGSPLANUNG**

Das *Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen* ist für uns unverzichtbar. Aber auch die An- und Abflugverfahren am Frankfurter Flughafen müssen weiter überprüft und verbessert werden, um lärmarme Betriebsregelungen durchzusetzen. Bereits der aktuell laufende Ausbau des Frankfurter

Flughafens stellt eine an sich unzumutbare Belastung unserer Region dar. Wir konnten ihn mit kommunalen Mitteln nicht verhindern, konnten aber immerhin erreichen, dass die Stadt Frankfurt für ein echtes Nachtflugverbot vor Gericht gezogen ist. Sollte ein weiterer Ausbau des Flughafens diskutiert werden, so wird er auf unseren entschiedenen Widerstand stoßen. Um eigene Initiativen zur Lärmreduzierung voranbringen zu können, halten wir insgesamt an der *kommunalen Lärminderungsplanung* fest. Um die Brennpunkte in Frankfurt, an denen viele Menschen hohem Lärm ausgesetzt sind, zügig zu entschärfen, fordern wir die Einrichtung eines Bundesfonds für Lärmsanierung an Straßen, wie es ihn für die Schiene schon seit Jahren gibt.

## ZUGANG ZU FREIFLÄCHEN IST SOZIALE AUFGABE

Der Zugang zu *Frei- und Spielflächen* ist ein elementarer Faktor für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Hier sind die Zugänge ungleich verteilt. Viele innerstädtische Quartiere besitzen keinen Zugang zu Freiflächen. Gleichzeitig sind diese Quartiere oft in Gegenden, in denen der Wohnraum verhältnismäßig günstig ist, während sich die grünen Oasen im klassischen Einfamilienhausumfeld finden. Für uns Grüne gehört zur kommunalen Gesundheitspolitik die Aufgabe, weitgehende Chancengerechtigkeit herzustellen. Hier wollen wir in *sozial benachteiligten Quartieren* in mehr Grün- und Freiflächen investieren. Wo dies auf Grund des Umfeldes nicht möglich ist, müssen wir Wege ins Grün schaffen, die allen Menschen in unserer Stadt einen möglichst unkomplizierten Zugang schaffen. Für diese wollen wir ein Programm auflegen, das schrittweise Trinkwasser-Stelen einrichtet: am Mainufer, in den Parks, aber auch in der Innenstadt und den anderen Stadtteilen. Sofern kostengünstig realisierbar, sollten auch frühere noch verborgene Brunnen der Stadt Frankfurt dafür erschlossen werden.

## TRANSPARENZ IM GESUNDHEITSSEKTOR

Kein anderer Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in seiner Struktur komplizierter als der Gesundheitssektor. Hier agieren mannigfaltige Akteure nebeneinander und verfolgen unterschiedliche Interessen. Gleichzeitig sind die Informationen über Gesundheit bzw. Gesundheitsleistungen in Anzahl und Qualität von den meisten BürgerInnen kaum mehr überschaubar. Hier kommt dem öffentlichen Gesundheitsdienst eine besondere Verantwortung zu. Wir wollen, dass das *Amt für Gesundheit* stärker im

Sinne des Verbraucherschutzes über geeignete Gesundheitsleistungen aufklärt und sich durch gezielte Informationen zum Lotsen durch das immer komplizierter werdende System weiterentwickelt. Und wir wollen mit *niedrigschwelligen Informationsangeboten* die Transparenz in der medizinischen Versorgung der FrankfurterInnen verbessern.

## **GESUNDHEITSBERICHTERSTATTUNG UND KOMMUNIKATION ZU GESUNDHEITSLEISTUNGEN**

Eine strukturierte, regelmäßige *Gesundheitsberichterstattung* kann Defizite in der Versorgung aufdecken und helfen, städtische Mittel gezielt dorthin zu lenken, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Wir wollen ein Info-Portal für alle FrankfurterInnen schaffen, das über die Qualität von Gesundheitseinrichtungen informiert und geeignete Ansprechpartner für die unterschiedlichen Bedürfnisse benennt. Darüber hinaus wollen wir mit *gezielten Kommunikationsstrategien* gerade diejenigen erreichen, die bisher keinen oder nur einen begrenzten Zugang zu Informationen und Gesundheitsleistungen haben. Dazu gehören vor allen Dingen MigrantInnen, ältere Menschen und Kinder aus sozial schwächeren Haushalten.

## **MÜTTER UND VÄTER STÄRKEN — KINDER SCHÜTZEN**

Mit dem Programm der *Frühen Hilfen* haben wir es geschafft, Mütter und Väter in besonders schwierigen Lebenslagen zu unterstützen und Überforderungen erst gar nicht aufkommen zu lassen. Die Hebammen und Kinderkrankenschwestern des Amtes für Gesundheit sind mittlerweile feste Ansprechpartner für diese Familien geworden. Dieses Programm wollen wir zielgerichtet weiterentwickeln und bei Bedarf ausbauen.

## **GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG VON „ILLEGALEN“**

Jeder Mensch hat das Recht auf gesundheitliche Versorgung. Vor allem Kinder leiden darunter, wenn auf Grund einer fehlenden Versicherung Krankheiten und Verletzungen nicht früh genug oder gar nicht behandelt werden. Wir haben es in einem bundesweit einmaligen Angebot geschafft, dass Menschen, die ohne Aufenthaltserlaubnis hier leben, eine *hausärztliche Versorgung durch das Amt für Gesundheit* erhalten. Dieses Netzwerk wollen wir ausbauen und in Zusammenarbeit mit MigrantInnenvereinen, Hilfsorganisationen, Krankenhäusern und niedergelassenen Fachärzten verbessern.

## PRÄVENTION SCHÜTZT VOR KRANKHEIT

Wir wollen gemeinsam mit Krankenkassen, Selbsthilfeorganisationen und Leistungserbringern eine *Gesundheitspräventionsstrategie für Frankfurt* aufbauen. Derzeit werden gerade Menschen in einer schwierigen sozialen Lage durch die Präventionsangebote der Krankenkassen nur schlecht erreicht. Gleichzeitig sind diese Personengruppen am meisten belastet. Hier wollen wir einen Schwerpunkt in der *Kinder-, Ernährungs- und Bewegungsgesundheit* setzen.

Die Zahl der Neuinfektionen mit dem HIV-Virus steigt seit Jahren wieder an. Auch hier müssen wir vor allem diejenigen besser erreichen, die bisher keinen Zugang zu Hilfs- und Informationsangeboten haben. Einer wieder zunehmend zu beobachtenden Diskriminierung von HIV-Infizierten werden wir wirksam entgegenzutreten.

## SPORTANGEBOTE WEITER FÖRDERN

Sport macht Spaß, hält fit, schafft Kontakte und fördert das Gemeinschaftsgefühl. Sport baut Aggressionen ab und kann auf vielfältige Weise soziale Benachteiligungen reduzieren oder kompensieren. Und nicht zuletzt: Internationale Spitzen- und Großsportereignisse sind gut für das Image der Stadt und fördern die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Sport ist also mehr als nur eine mögliche Art der Freizeitgestaltung. Vielmehr dient er in der städtischen Gesellschaft zunehmend dem sozialen Ausgleich und Zusammenhalt sowie vor allem auch der Kinder- und Jugendförderung, für die wir Grüne uns besonders einsetzen.

Uns Grünen ist der *Erhalt aller Bäder*, deren Sanierung und attraktive Gestaltung ein wichtiges Anliegen. Während andere Kommunen Schwimmbäder schließen, hat Frankfurt am Main seit dem Jahre 2004 über 40 Mio. Euro investiert. Wir haben dafür gesorgt, dass kein Gelände des Grüngürtels verkauft wurde, um die Sanierung des Freibads Eschersheim zu finanzieren.

Auch für die *Sanierung von Sportanlagen* wurden während der Wahlperiode 40 Mio. Euro investiert und wir haben die Förderung von Jugendlichen in Sportvereinen von 10 auf 16 Euro plus 2 Euro für einen Härtefonds deutlich erhöht. Uns Grünen liegen aber nicht nur die Vereine am Herzen. Wir setzen uns auch dafür ein, solche Sportangebote zu schaffen,

für die man nicht in Vereinen organisiert sein muss. So wird der neue Hafenpark Basketballfelder und eine große Anlage für Skater haben – für alle unentgeltlich nutzbar. Auch sollen für Erwachsene wie im Huthpark Trainingsgeräte installiert werden. Darüber hinaus wollen wir mit der *Sportentwicklungsplanung* die Angebote in der Stadt besser auf die Wünsche der BürgerInnen abstimmen.

### **KOMMUNALE KLINIKEN STÄRKEN**

Wir wollen die Krankenhäuser, für die die Stadt Verantwortung trägt, *in kommunaler Trägerschaft* erhalten. Zur Stärkung des Klinikums Frankfurt Höchst haben wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner den Neubau des Krankenhauses in Passivbauweise beschlossen. Wir investieren damit nachhaltig in die Gesundheitsversorgung der FrankfurterInnen und den Ausbau des Klinikums als Krankenhaus der höchsten Versorgungsstufe. Um die immer schwieriger werdende finanzielle Lage im Gesundheitssektor bewältigen zu können, kann jedoch kein Krankenhaus mehr als Einzelkämpfer überleben. Wir wollen, dass die Kliniken in öffentlicher Trägerschaft in der Region verstärkt zusammenarbeiten und damit eine nachhaltige Verbesserung der medizinischen Leistungen und des finanziellen Ergebnisses erreichen.

### **Außerdem zum Thema Gesundheit:**

#### **Soziales:**

- ⇒ LEBEN IN PFLEGEHEIMEN, S. 56
- ⇒ ENTWICKLUNG EINER NEUEN STERBEKULTUR, S. 56

#### **Sucht:**

- ⇒ LEGALE SUCHTMITTEL: JUGENDSCHUTZ BESSER UMSETZEN, S. 66
- ⇒ SPIEL- UND ONLINESUCHT, S. 67
- ⇒ ESSSTÖRUNGEN, S. 67

#### **Schwule und Lesben:**

- ⇒ BERATUNG UND SELBSTHILFE UNTERSTÜTZEN, MEHRFACH DISKRIMINIERUNG ANGEHEN, S. 74

# Drogenpolitik

## — Den Frankfurter Weg weitergehen

Sucht ist eine Krankheit und keine persönliche Willensschwäche. In Frankfurt ist dies früh akzeptiert worden – wir haben den Frankfurter Weg der Drogenhilfe als Kombination aus individuellen Hilfen, überwachter Substitution und festen Verabredungen zum Verhalten im öffentlichen Raum erheblich mit geprägt. So haben wir in Frankfurt die drogeninduzierte Kriminalität besser in den Griff bekommen als durch reine Repression.

Wir wollen weiter eine pragmatische Drogenpolitik. Dabei setzen wir auf ein abgestimmtes System aus Prävention, Hilfe für Abhängige, Beratung/Therapie und, wo notwendig, auf Repression. Wir haben es in den letzten Jahren geschafft, dass die offene Drogenszene Anfang der 90er Jahre mit über 1000 Abhängigen mittlerweile Geschichte ist. Wir konnten so erreichen, dass die Drogenproblematik in der öffentlichen Wahrnehmung nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Aber nur, weil das Problem weniger sichtbar ist, können wir nicht auf eine aufmerksame Drogenpolitik verzichten. Wir müssen diesen europaweit beachteten Weg weitergehen und fortentwickeln.

### **ABGESTIMMTES HILFE- UND BERATUNGSSYSTEM**

Nur ein *abgestimmtes Hilfe- und Beratungssystem, kombiniert mit präventiven Programmen*, kann langfristig erfolgreich Sucht verhindern. Wir setzen uns für eine breite Palette von abgestuften Hilfsangeboten für Abhängige ein. Abstinenzangebote haben dabei die gleiche Berechtigung wie Substitution mit Methadon oder die kontrollierte Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige, die mit anderen Angeboten nicht erreicht werden können. Wichtig allein ist die spezielle Situation, in der sich die Menschen befinden, und welche Therapie am meisten Erfolg verspricht.

### **VERNETZTE BETREUUNG**

Das größte Problem von Drogenabhängigen und Substituierten ist immer noch die Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Wir wollen eine bessere Betreuung von DrogenkonsumentInnen und Substituierten erreichen. Dazu ist es notwendig, *vernetzte Strukturen* zwischen Arbeitsagentur, Job-Centern, Drogenhilfe und dem Jugend- und Sozialamt herzustellen, um Drogenabhängigen und stabil Substituierten individuelle abgestimmte Angebote machen zu können.

## **TAGESSTRUKTURIERENDE ANGEBOTE**

Wir müssen aber auch leider feststellen, dass viele abhängige Menschen seit so langer Zeit von geregelten Tagesstrukturen und dem Arbeitsmarkt entfernt gelebt haben, dass eine unmittelbare Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht gelingen kann. Auch diese Menschen dürfen nicht auf dem Abstellgleis landen. Für sie brauchen wir mehr *tagesstrukturierende Angebote und Hilfen*. Vor allem Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen brauchen die notwendige Unterstützung, um sich an einen geregelten Tagesablauf zu gewöhnen. Hier wollen wir in der nächsten Wahlperiode einen Schwerpunkt setzen.

## **SCHUTZ VOR GEWALT GEGEN FRAUEN**

Frauen sind die schwächsten Glieder einer von Gewalterfahrungen und Verelendung geprägten Drogenszene. Sie leiden als Folge von Drogenprostitution häufiger unter sexuell übertragbaren Krankheiten (Hepatitis und HIV) und unter sexueller Gewalt. Hier sind besondere Hilfen und *Schutz vor Gewalt* notwendig. Wir wollen ein sicheres Umfeld für diese Frauen schaffen. Angebote zur Infektionsprävention und -behandlung müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig wollen wir die *Beratungs- und Angebotsstruktur* bereitstellen, damit diejenigen, die aus dem Teufelskreis aus Drogenkonsum und Prostitution aussteigen wollen, es auch schaffen können.

## **PSYCHIATRISCHE VERSORGUNG**

Ein kleiner Teil der Abhängigen leidet nach langjährigem Drogenkonsum unter teilweise schweren psychischen Erkrankungen. Viele versuchen durch den Drogenkonsum traumatische Erfahrungen zu verdrängen. Sie fallen durch ihre besonderen Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit auf und prägen das Bild des unkontrollierbaren Junkies. Durch die besondere Situation der Drogenabhängigkeit kommt diese Personengruppe nur unzureichend in der psychiatrischen Regelversorgung an. Hier wollen wir die *psychiatrische Versorgung* in Zusammenarbeit mit der Drogenhilfe verbessern.

## **LEGALE SUCHTMITTEL: JUGENDSCHUTZ BESSER UMSETZEN**

Der Konsum von Alkohol unter Jugendlichen nimmt seit Jahren zu. Viele Jugendliche beginnen schon sehr früh mit einem riskanten Konsum

alkoholischer Getränke. Ein Viertel der 15–Jährigen FrankfurterInnen hat schon mindestens einmal bis zur Bewusstlosigkeit getrunken. Hier sind der Handel und die Gaststättengewerbe in der Pflicht, den *Jugendschutz besser umzusetzen*. Wo nötig, halten wir gezielte Kontrollen und eine konsequente Verfolgung von schwarzen Schafen im alkoholausschenken- den Gewerbe für notwendig. Gleichzeitig setzen wir auf *Aufklärung und Prävention* ohne erhobenen Zeigefinger gegenüber den Jugendlichen. Wir setzen auf eine abgestimmte Kompetenzförderung der Jugendlichen, um ihren Alltag selbstbestimmt meistern zu können. Dies gilt auch für Tabak und andere legale Suchtmittel.

### **BESSERE VERNETZUNG DER HILFSANGEBOTE**

Für alkoholranke Erwachsene am Rande der Gesellschaft brauchen wir eine *bessere Vernetzung von Obdachlosenhilfe, Sozialarbeit, Medizin und Drogenhilfe*. Es gibt aber auch viele Menschen mit Alkoholproblemen, die immer noch gut in die Gesellschaft integriert sind. Diese versuchen ihre Sucht-Probleme meist zu verbergen. Hier müssen wir systematisch Schwellen zu den Hilfs-, Selbsthilfe- und Behandlungsstrukturen erkennen und abbauen.

### **SPIEL- UND ONLINESUCHT**

Auch Verhaltensweisen können die Form von Sucht annehmen. Allerdings ist hier zu beachten, dass nicht jede ungewöhnliche Verhaltensweise gleich ein Problem darstellt. Die „neuen“ Medien sind eine hervorragende Chance für Kinder und Jugendliche. Es ist aber auch immer häufiger zu beobachten, dass vor allem männliche Jugendliche und Kinder zu viel Zeit vor dem PC, dem Fernseher oder der Spielekonsole verbringen. Im Ernstfall führt dies zu einer Sucht, aus der sich die Jugendlichen nur sehr schwer selbst befreien können. Wir wollen ein *Programm* aufsetzen, das sich der Problematik der Spiel- und Onlinesucht annimmt, aufklärt und Hilfe leistet.

### **ESSTÖRUNGEN**

Esstörungen sind vor allem bei Frauen und Mädchen ein verbreitetes Problem und wirken wie eine Sucht. Ein „normaler“ Umgang mit Lebensmitteln muss hier erst wieder erlernt werden. Zusätzlich muss in der

frühkindlichen Bildung ein positives Körperbewusstsein entstehen. Gerade in jungen Jahren ist es wichtig, den eigenen Körper und den Umgang mit Nahrungsmitteln als etwas Positives zu erleben. Hier wollen wir *Projekte für die Prävention und Behandlung von Essstörungen* fortführen und fördern.

# **Lebendiges Frankfurt: Stadt der Vielfalt und der Kreativität**

Frankfurt ist geprägt von Kreativität und Vielfalt. Kreativität und Vielfalt hängen eng zusammen, und Frankfurt profitiert von beidem – wirtschaftlich, kulturell und sozial. Wir Grüne haben vor über 20 Jahren in Frankfurt die Erkenntnis umgesetzt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dass wir als Gesellschaft von dieser Tatsache profitieren. Wir unterstützen die Vielfalt und die Kreativität in dieser Stadt politisch und gesellschaftlich. In Frankfurt ist es gelungen, viele der existierenden Konflikte zu lösen und den Menschen das Gefühl zu vermitteln, dass sie hier erwünscht und zu Hause sind. Jede Frankfurterin und jeder Frankfurter kennt Menschen mit den unterschiedlichsten sozialen, religiösen, kulturellen und nationalen Hintergründen sowie unterschiedlicher sexueller Orientierung. Man isst mal Grüne Soße und mal Döner. Man hört mal Bach und mal Balkan. Man liest mal Böll und mal Zaimoglu. Und manche lieben Männer, andere Frauen. Aber alle sind FrankfurterInnen – und Frankfurt braucht alle. Frankfurt ist das kreative Zentrum der Region – wirtschaftlich und kulturell. Wir haben in unserer Stadt große Kultur und großartige Subkultur. Auch in diesem Punkt lebt Frankfurt von seiner Vielfalt. Wir sind froh darüber und werden beide Spielarten von Kultur weiter fördern.

## **Menschen miteinander — Frankfurt, multikulturell vernetzt**

Die Integrationspolitik in Frankfurt ist seit 20 Jahren von Grünen Ansätzen geprägt. Wir haben mit dem Integrationsdezernat und dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) Pionierarbeit in kommunaler Integrationspolitik geleistet. Dabei stehen wir für eine Integrationspolitik, die Fakten zur Kenntnis nimmt, klare Ziele setzt und über das Erreichte regelmäßig selbstkritisch berichtet.

Vieles, was inzwischen überall gefordert wird, ist in Frankfurt bereits langjährige Praxis. Dazu gehören beispielsweise Programme zur Sprachförderung, Elternarbeit und Elternberatung, Hilfen bei der Berufsberatung oder Integrations- und Orientierungskurse. Auch in der

Stadtteilkonfliktvermittlung arbeitet das AmkA, das zugleich städtische Antidiskriminierungsstelle ist, erfolgreich mit geschulten Multiplikatoren. Mehrere hundert Vorhaben kleinerer Kulturvereine hat das AmkA seit 2006 gefördert und beraten. In den vergangenen Jahren wurden in Zusammenarbeit mit anderen städtischen Ämtern und privaten Initiativen die Lebensbedingungen für Menschen ohne Aufenthaltsstatus im Bereich der medizinischen Versorgung verbessert. Seit 2009 unterstützt die Stadt ein Netzwerk, das Flüchtlingen ein Leben in eigener Verantwortung ermöglichen soll. Zu zahlreichen der über 150 religiösen Migrantengemeinden unterhalten AmkA und Dezernat direkte Kontakte. Bundesweit einmalig ist der neue Frankfurter Rat der Religionen, dessen Gründung im April 2009 vom Integrationsdezernat begleitet wurde.

Mit dem 2010 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten Integrationskonzept sind die Grundlagen für die Integrationspolitik der kommenden Jahre gelegt worden. Es macht klar, dass die Vielfalt in Frankfurt weit über eine Vielfalt der Herkunft und Religionen hinausgeht. Und dass Vernetzung der Schlüssel zur Integration ist, dass ein gutes Miteinander in unserer Stadt entsteht, wenn sich Menschen willkommen und heimisch fühlen, wenn sie als Mitglieder unserer Gesellschaft anerkannt sind und am Leben in unserer Stadt teilhaben können. Das ist weiterhin auch das Ziel unserer Integrationspolitik, und wir werden in den nächsten Jahren daran arbeiten, das Integrationskonzept umzusetzen und mit Leben zu füllen.

## **POLITISCHE TEILHABE FÜR MIGRANTINNEN**

Teilhabe erschöpft sich nicht in finanzieller und kultureller Teilhabe, zu Teilhabe gehört in einer demokratischen Gesellschaft auch politische Teilhabe. Wir fordern weiterhin die Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft und das kommunale Wahlrecht für alle MigrantInnen. Diese zentrale Frage der Integrationspolitik wird allerdings nicht in den Kommunen, sondern auf Bundesebene und in den Ländern entschieden. Aber auch mit den Möglichkeiten der Frankfurter Politik wollen wir weiterhin Integrationspolitik erfolgreich gestalten.

## **AKTIVE WILLKOMMENSKULTUR**

Wir wollen, dass Frankfurt weiterhin eine *aktive Willkommenskultur* pflegt. Entscheidend ist dabei, die Persönlichkeit und die Fähigkeiten der

und des Einzelnen in den Mittelpunkt zu stellen. Wir betrachten EinwohnerInnen ohne deutschen Pass als FrankfurterInnen und zukünftige StaatsbürgerInnen, wollen zur Einbürgerung ermuntern und dabei notwendige Hilfestellungen leisten. Zu einer aktiven Willkommenskultur gehört auch die offensive Darstellung der Vielfalt unserer Stadtgesellschaft. Dafür wollen wir an zentralen Stellen geeignete Formen finden und diese umsetzen.

### **TEILHABECHANCEN DURCH BILDUNG**

Bildung ist ein wesentlicher Schlüssel für die gelungene *Teilhabe* an unserer Gesellschaft und den persönlichen Erfolg des Einzelnen. Deshalb wollen wir eine Unterstützung durch *individuelle und strukturelle Hilfestellungen*, wie sie etwa im dezernatsübergreifenden Modellprojekt „Lernen vor Ort“ in Form eines kommunalen Steuerungsmodells umgesetzt werden. So werden Zugänge zu Bildungseinrichtungen erleichtert. Die Eltern sind weiterhin die entscheidenden Kooperationspartner in den Fragen der Bildung ihrer Kinder. Die möglicherweise fehlende Bildungserfahrung der Eltern darf nicht den Bildungserfolg der Kinder behindern. Wir müssen sicherstellen, dass die Eltern ausreichende Informationen über das Bildungssystem, die Ausbildungswege nach der Schule und die jeweiligen beruflichen Möglichkeiten erhalten.

### **WIRTSCHAFTLICHE POTENTIALE NUTZEN**

Wir wollen das wirtschaftliche Potenzial der MigrantInnen nutzen. Dazu gehört, dass *Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse* bei MigrantInnen, aber auch bei Verbänden, Ämtern und Beratungsstellen in größerem Maße bekannt sind. Viele MigrantInnen machen sich *selbständig*. Diese Entwicklung wollen wir weiterhin fördern, etwa durch das unter städtischer Beteiligung äußerst erfolgreich arbeitende Existenzgründungszentrum KOMPASS.

### **MIGRANTINNEN IN DER STADTVERWALTUNG**

Rund 40% der Menschen in Frankfurt sind nicht deutscher Herkunft, sind also MigrantInnen oder Kinder von MigrantInnen. Dies ist die Frankfurter Normalität – mit der wir gut leben. Sie sollte sich allerdings auch bei den Beschäftigten in der Stadtverwaltung und anderswo widerspiegeln. Wir wollen den Anteil von *Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung* erhöhen, auch um die Stadtverwaltung besser auf „ihre Kundschaft“ abzustimmen.

## UMGANG MIT RELIGIÖSEN BAUTEN

Für geplante *religiöse Bauten* brauchen wir transparente Verfahren. Auch wenn sich niemals alle Ängste oder auch Vorurteile ausräumen lassen (meistens gibt es bei Moscheebauten Diskussionen), so sollte ihnen eine *umfassende und offene Informationspolitik* doch entgegenwirken. Von den religiösen Gemeinden muss ihrerseits erwartet werden, dass sie sich frühzeitig von Predigern trennen, die gegen die Werteordnung des Grundgesetzes agieren oder etwa antisemitische oder rassistische Inhalte propagieren. Hier hat sich das Integrationsdezernat in letzter Zeit stark engagiert und große Verdienste erworben. Auch der Rat der Religionen hat in den einschlägigen Diskussionen eine positive Rolle gespielt.

## STÄRKUNG DES AMTS FÜR MULTIKULTURELLE ANGELEGENHEITEN

Integrationspolitik ist Zukunftspolitik. Mit dem Integrationskonzept ist eine gute Grundlage geschaffen – in einem vorbildlichen, breiten Beteiligungsverfahren. Gerade nach dieser Diskussion sind allerdings auch die Erwartungen für die weitere Umsetzung hoch gesteckt. Wir freuen uns darüber, dass das so ist. Um die Erwartungen nicht zu enttäuschen und um in der Integrationspolitik auch im Sinne der Stadt noch weiter zu kommen, braucht es ein starkes AmkA.

### Außerdem zum Thema Integration:

#### **Bildung und Kinderbetreuung:**

⇒ OFFENSIVE FÜR SPRACHLICHE BILDUNG, S. 47

#### **Gesundheit:**

⇒ GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG VON „ILLEGALEN“, S. 62

## **Frankfurt vielfältig — Politik für und mit Lesben und Schwulen**

Wir Grüne setzen uns seit jeher für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transidenten Menschen ein. Wir machen uns stark dafür, dass Diskriminierung nicht geduldet wird, und arbeiten eng mit den AkteurInnen der Community zusammen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren viel erreicht. Die Stadt Frankfurt hat die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Es gibt auf unsere Initiative hin seit Anfang 2010 mit dem KUSS41 ein Jugendzentrum für lesbische, schwule, bisexuelle und transidente Jugendliche. Das Jugend- und Sozialamt sensibilisiert mit Fachtage Vereinen für das Thema Homosexualität. Lesben und Schwule können sich mittlerweile neben dem Standesamt auch im Palmengarten und auf dem Maintower das Ja-Wort geben. Die Tourismus+Congress GmbH gibt einen Gay Guide heraus und wirbt für den Christopher Street Day. Bei der zweiten Auflage soll die Kompetenz der lesbischen Expertinnen und schwulen Experten einbezogen werden. Lesben und Schwule werden bei der städtischen Politik für SeniorInnen einbezogen.

Die Einrichtung des Café Karussell im Switchboard für schwule Männer ab 60 haben die Grünen nachhaltig unterstützt. Eine städtische Förderung wird bei entsprechender Haushaltslage angestrebt, ebenso für die Beratungsarbeit für schwule Männer. Auch in finanziell schwierigen Zeiten wurde bei lesbischen und schwulen Projekten nicht gekürzt und ein Angebot für lesbische MigrantInnen konnte in die Förderung aufgenommen werden. Das zeigt, dass die vom – von uns Grünen politisch unterstützten und durchgesetzten – „Runden Tisch zur Situation von Lesben und Schwulen in Frankfurt“ ausgehenden Aktivitäten und Initiativen maßgeblich dazu beigetragen haben, dass Frankfurt lesben- und schwulenfreundlicher geworden ist. Nach der Kommunalwahl wollen wir für Lesben und Schwule gemeinsam mit den AkteurInnen aus der Community noch weiter vorankommen. Frankfurt ist am Ziel, wenn lesbisches und schwules Leben seinen Platz in unserer Stadt ganz selbstverständlich einnimmt und wenn sich Lesben und Schwule in den verschiedenen Lebenssituationen nicht mehr vor Benachteiligungen fürchten müssen.

## **POLITIK DER VIELFALT VERANKERN**

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, eine Politik der Vielfalt (Diversity) in der Verwaltung zu etablieren, und wollen nach Münchener Vorbild in der Stadtverwaltung eine *Koordinierungsstelle für die Angelegenheiten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transidenten Menschen* einrichten. Sie soll das Mainstreaming dieses Politikfelds vorantreiben und bestehende Aktivitäten strukturell absichern. Die Koordinierungsstelle soll aus einem Tandem mit einer Frau und einem Mann bestehen.

## **BERATUNG UND SELBSTHILFE UNTERSTÜTZEN, MEHRFACHDISKRIMINIERUNG ANGEHEN**

*Lesbische und schwule Selbsthilfe- und Beratungsstellen* leisten innovative und unverzichtbare Beiträge in der Präventions- und Gleichstellungsarbeit. Diese Arbeit werden wir stärken und weiter fördern. Es gibt einen steigenden Bedarf für Angebote für MigrantInnen. Das Thema Mehrfachdiskriminierung wollen wir in den nächsten Jahren verstärkt aufgreifen.

Die *HIV/AIDS-Präventionsarbeit* für Männer, die Sex mit Männern haben, hat für uns auch weiterhin einen hohen Stellenwert, ebenso die Arbeit mit Menschen mit HIV und AIDS. Wir wollen dazu beitragen, dass die Beratungsarbeit so aufgestellt wird, dass sie weiterhin die sich verändernde schwule Szene und auch bisher nicht erreichte Szenen erreicht.

## **LEBENSITUATION VON REGENBOGENFAMILIEN UND JUNGEN LESBEN UND SCHWULEN VERBESSERN**

*Regenbogenfamilien* sind heute gang und gäbe in Frankfurt, stoßen aber immer wieder auf Diskriminierung. Wir wollen Kindergärten und Schulen für das Thema sensibilisieren und Aufklärung und Beratung leisten. Wir werden auch weiterhin daran arbeiten, die *Situation von jungen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und transidenten Jugendlichen* in Schulen und in der Jugendhilfe zu verbessern.

## **LESBISCHE UND SCHWULE KULTUR STÜTZEN UND ÖFFENTLICH MACHEN**

Wir werden dafür Sorge tragen, dass *lesbische, schwule und trans\* Kultur* weiterhin gefördert wird. Der CSD hat auch weiterhin unsere Unterstützung. Wir wollen, dass städtische Einrichtungen im zeitlichen Umfeld Akzente durch Begleitveranstaltungen setzen, die lesbische und schwule

Kultur sichtbar werden lassen. Bei den Ehrungen und Preisen der Stadt sollen in Zukunft auch verdiente Lesben und Schwule bedacht werden. Lesben und Schwule haben in Frankfurt eine Geschichte, die wenig in der Erinnerungskultur präsent ist. Hier wollen wir in den nächsten fünf Jahren Akzente setzen und an *lesbische und schwule Persönlichkeiten* der Stadtgeschichte erinnern. Zudem sollen an den Gedenktagen am Mahnmal Homosexuellenverfolgung und am AIDS-Memorial Kranzniederlegungen der Stadt erfolgen.

## **GEWALT GEGEN LESBEN UND SCHWULE**

Gewalt gegen Lesben und Schwule ist trotz aller gesellschaftlicher Fortschritte noch immer an der Tagesordnung. Um das Thema wieder stärker ins Bewusstsein der Stadtgesellschaft zu tragen, wollen wir den *Internationalen Tag gegen Homophobie (IDAHO)* am 17. Mai jeden Jahres in Frankfurt fester verankern.

## **Kultur leben und erleben**

Kultur hat viele Gesichter. Kultur in Frankfurt hat besonders viele Gesichter. Unsere Stadt lebt von ihrer Vielfalt und Kreativität – nicht nur wirtschaftlich, auch kulturell. Die Kulturszene in Frankfurt ist bunt und weit gefächert, sie reicht von klassischer Hochkultur an großen Spielstätten und in großen Ausstellungsräumen bis zu spontanen Aktionen und kleinen Ateliers ohne festen Platz und ohne großes Budget. Kultur ist Fundament und Ausdruck unserer Gesellschaft, Kultur begegnet uns täglich und provoziert uns immer wieder, Kunst und Kultur sind das „Störfeuer“ im Alltag und offenbaren uns Veränderungen und Verwerfungen der Gesellschaft, lange bevor sie in der Gesamtgesellschaft ankommen und erkannt werden. Uns Grünen liegt Kultur am Herzen, und gerade deshalb stellen wir neben der Hochkultur die freien Kunst- und Kulturszenen und die kulturelle Teilhabe in den Mittelpunkt unserer Politik.

Der Zugang zu Kultur und die Stärkung einer vielgestaltigen kulturellen Infrastruktur gerade für Kinder und Jugendliche ist eines der zentralen Ziele grüner Kulturpolitik. Unsere kulturellen Institutionen müssen weiter mit niedrigschwelligem Angeboten Kinder und Jugendliche ansprechen. Und Kulturpolitik hat genau die Orte, die hier bereits vorbildliche Arbeit leisten, weiter zu stärken, im qualitativen Aufbau zu unterstützen und den Kindern und Jugendlichen den Zugang zu erleichtern.

Frankfurt hat im Bereich der freien Kunst- und Kulturszenen Erhebliches zu bieten, geleistet von Menschen, die mit viel Engagement und Kreativität Hürden überwinden. Sie (von Atelierfrankfurt, AfrikaAlive über Kunstverein Familie Montez bis hin zu FaitesVotreJeux und vielen weiteren) versuchen mit Festivals, Ausstellungen, Performances und künstlerischen Interventionen den öffentlichen Raum neu zu erobern und zu gestalten. Sie halten sich dort auf, wo es in Frankfurt Zwischennutzungen, Zwischenzustände und Zwischenräume gibt, wo urbane Fragen ungeklärt im Raum stehen. Wir wollen diese Szenen verstärkt unterstützen.

Schließlich sehen wir natürlich auch die Notwendigkeit der qualitativen Stärkung, Erweiterung und Neuausrichtung des Museumsufers und verlieren nicht die Bedeutung der Städtischen Bühnen für Frankfurt aus den Augen. Mit dem Haus für Komische Kunst hat die Neue Frankfurter Schule eine Heimat und das Museumsufer ein weiteres Highlight erhalten. Und mit dem Umbau des Historischen Museums werden – im Sinne Grüner Kulturpolitik – zwei wichtige Vorhaben umgesetzt sein. Auch im Bereich der „großen“ Kultur soll Frankfurt führend bleiben – und auch dieser Bereich der Kultur lebt vom Wechsel und von der Bewegung.

### **ZUGANG ZU KULTUR FÜR KINDER UND JUGENDLICHE**

Kulturelle Bildung ist für die Entwicklung des eigenen Blicks auf die Welt wichtig. Wir wollen in diesem Bereich insbesondere auf die Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen achten. Wir Grüne setzen uns in diesem Zusammenhang für den *Ausbau der Kulturcard* ein. Jede Grundschulklasse soll einmal im Schulhalbjahr die Möglichkeit erhalten, unter professioneller Anleitung eine Kultureinrichtung zu besuchen. Unser langfristiges Ziel ist der freie Eintritt in alle städtischen Kultureinrichtungen für Kinder und Jugendliche.

### **KOOPERATION KULTURSCHAFFENDE UND BILDUNGSEINRICHTUNGEN**

Um kulturelle Bildung auch an den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen weiter zu verankern und die Hürden von Anfang an möglichst niedrig zu gestalten, setzen wir uns für eine *Stärkung von Projekten* ein, in denen Museen, Tanz- und Theatergruppen und andere Kulturschaffende mit Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten. Mittelfristig wünschen wir uns eine *Experimentierstätte für Tanz- und Theaterkunst, die sich spe-*

ziell mit den Bedürfnissen von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen beschäftigt. Hier muss eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen erfolgreichen AkteurInnen der Kultur für Kinder und Jugendliche gelingen – wir haben in Frankfurt viele hochwertige Angebote, die teilweise allerdings im großen Angebot schwer aufzufinden sind. Dies wollen wir ändern und zwecks besserer Vernetzung die notwendigen *Instrumente*, z.B. im Bereich der Koordination, zu Verfügung stellen.

## **ÖFFENTLICHKEIT FÜR KREATIVE SUBKULTUR**

Frankfurt hat eine breit gefächerte freie Kunst- und Kulturszene. Um diese Szene weiter zu stützen, wollen wir den KünstlerInnen gezielt *Produktions- und Spielorte* zugänglich machen bzw. sichern und es ihnen ermöglichen, ihre künstlerische Arbeit öffentlich zu präsentieren. Vom Kulturamt initiierte, erfolgreiche Programme wie *Open doors* geben den KünstlerInnen die Chance auf eine breitere Wahrnehmung und Akzeptanz. Wir wollen dieses Programm auf den Bereich Darstellende Kunst ausweiten. Für Graffiti wollen wir mehr Flächen ausweisen. Wir wollen eine Verschönerung und eine Aneignung des öffentlichen Raumes und seiner grauen tristen Flächen durch die Stadtgesellschaft.

## **RÄUME FÜR KREATIVE**

Die neu etablierte Leerstandsagentur vermittelt bereits unbürokratisch und schnell Wohn- und Arbeitsraum. Mit der Reaktivierung von alten Theaterbauten wie dem Titania werden weitere Proben- und Aufführungsorte zu Verfügung gestellt. Wir begrüßen die geplante Ansiedlung der *Hochschule für Musik und darstellende Kunst* am ehemaligen Universitätsstandort in Bockenheim und wollen dort ein zweites, FrankfurtLab ergänzendes, experimentelles *Tanz- und Musikzentrum* bilden. Die *Naxoshalle* wollen wir auch mittelfristig als Ort der Kultur erhalten und fördern. Die Planungen, die Halle in einen Supermarkt oder Ähnliches umzuwandeln, lehnen wir ab.

## **EINSTIEGS- UND NACHWUCHSFÖRDERUNG**

Wir Grüne wollen eine *bessere und zielorientierte finanzielle Einstiegs- oder Nachwuchsförderung* für die KünstlerInnen und eine verbesserte Unterstützung der interkulturellen Festival- und Ausstellungs(sub)kultur. Eine weitere Flexibilisierung des Fördersystems der Stadt Frankfurt ist in diesem Zusammenhang dringend erforderlich. Auch für die Bereiche Film

und bildende Kunst müssen der allgemeinen Tanz- und Theaterförderung oder dem städtischen Atelierprogramm vergleichbare Fördermöglichkeiten geschaffen und Ausstellungsorte gesichert werden, um auch dort Eigeninitiativen der für Frankfurts kulturelle Vielfalt lebensnotwendigen „subversiven Hochkultur“ zielgerichteter unterstützen und in Frankfurt halten zu können.

### **STÄRKUNG UND NEUAUSRICHTUNG MUSEUMSUFER**

Gerade im Hinblick auf die Transkulturalität unserer Gesellschaft und die Bejahung kultureller Differenz kommt dem Projekt der Erweiterung und inhaltlichen Neuausrichtung des *Museums der Weltkulturen* große Bedeutung zu. Wir wollen eine zügige Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses. Ebenso wünschen wir uns eine Stärkung des *Museums für angewandte Kunst* durch eine neue inhaltliche Schwerpunktsetzung („Haus für künstlerische Gestaltung, Produkt- und Industriedesign“). Dies stärkt auch Frankfurt als Ort der Kreativbranche.

### **ERINNERUNG AN DEN NATIONALSOZIALISMUS**

Ein weiterer Baustein ist die zeitgemäße museale und auch im Stadtbild greifbare Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Neben der Unterstützung von Projekten der „Erinnerungskultur von unten“ (Stolpersteine) wollen wir mit einem Netz von authentischen (Erinnerungs-)Orten auch den nachfolgenden Generationen die grausame, sinnlose Verfolgung und Ermordung von Frankfurter BürgerInnen (be)greifbar machen. Wir fordern den Ausbau des *Bunkers Friedberger Anlage* zum zentralen Ort der Auseinandersetzung mit den Tätern und Dokumentationsstätte für alle Opfergruppen des Nationalsozialismus, von dem aus sich dann das Netz der Erinnerungs- und Gedenkorte über Frankfurt ziehen soll. Wir unterstützen die Bestrebungen, mit künstlerischen Mitteln die Wiedererlebbarkeit der zerstörten *Höchster Synagoge* zu erreichen. 2013 ist der fünfzigste Jahrestag des Beginns der *Auschwitzprozesse* in Frankfurt. Wir wollen, dass die Stadt diesen Jahrestag in geeigneter Weise in das öffentliche Bewusstsein bringt und entsprechend mit Veranstaltungen oder über eine Ausstellung begleitet.

# **Prosperierendes Frankfurt: Stadt der nachhaltigen Wirtschaft und der Zukunftsbranchen**

Die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte in unserem Land sind mitten in einem radikalen Wandel begriffen. Die Krisen der letzten Jahre haben bewiesen, dass wir uns nicht nur weg von einer industriellen und hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickeln, sondern dass wir auch in diesen Bereichen zugleich den Wandel zu nachhaltigem Arbeiten schaffen müssen. Unsere Produktion und unser Konsumverhalten wandeln sich. Frankfurt ist auf diesem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen. Als Dienstleistungszentrum sind wir inzwischen wirtschaftlich breit aufgestellt. Und als Kommune haben wir mit solider Haushalts- und Finanzpolitik für Krisen vorgesorgt. Diesen Wandel müssen wir konsequent fortsetzen.

Wir müssen in Frankfurt weiter dafür sorgen, dass Mittelstand und ExistenzgründerInnen exzellente Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das städtische Innovationsklima fördern. Existenzgründungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht. Wir rücken mittelständische und kleine Unternehmen und das Handwerk in den Fokus unserer Stadtpolitik. Gerade diese Unternehmen erreichen ihre Wertschöpfung häufig nachhaltig. Mittelständische Unternehmen in Frankfurt sind gerade auch für die Ausbildung junger Menschen und damit für die Zukunft unserer Volkswirtschaft von hoher Bedeutung. Und wir müssen die Debatte über den Umgang mit öffentlichen Mitteln weiter aktiv führen, ohne Angst und mit klarem Blick für das Machbare.

## **Frankfurts Wirtschaft — breit gefächert und nachhaltig**

Wir wollen als Frankfurter Grüne auch in Zukunft einen starken Wirtschaftsstandort Frankfurt in einer Rhein-Main-Region, die im Wettbewerb der Regionen in Deutschland und Europa bestehen kann. Dafür gilt es in der nächsten Wahlperiode weiterhin günstige Rahmenbedingungen zu sichern. Gleichzeitig wollen wir auch die Wirtschaft im Rhein-Main-Gebiet

für ein Umsteuern hin zu Nachhaltigkeit gewinnen. Davon profitieren alle Beteiligten. Wir wollen in Frankfurt im Bereich der Umwelttechnologien, der nachhaltigen Dienstleistungen und der nachhaltigen Mobilität Schwerpunkte setzen und innovatives Know-how ansiedeln. Dies sind Zukunftsbranchen, hier muss Frankfurt stark sein. Und wir wollen Frankfurt als europäischen Finanzstandort weiterentwickeln. Frankfurt profitiert von seiner Lage als Finanzmetropole in vielerlei Hinsicht – finanziell wie kulturell, durch Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und die Internationalität der Beziehungen. Diese Chancen sind jedoch auch mit Verantwortung verbunden. Wir haben als FrankfurterInnen ein besonderes Interesse an einer nachhaltigen Entwicklung der Finanzbranche, in der Verbraucherschutz kein Fremdwort ist. Für die Frankfurter Grünen bleibt Wirtschaftspolitik immer auch einer sozialen und ökologischen Verantwortung verpflichtet. Deshalb werden wir in der Wirtschaftspolitik nur solche politischen Entscheidungen treffen, die den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen nicht gefährden. Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum schließen sich nicht aus, im Gegenteil, wer jetzt sein Unternehmen nachhaltig aufstellt, ist innovativer als andere, hat Wettbewerbsvorteile und braucht vor der nächsten Krise keine Angst zu haben – das gilt auch für Frankfurt und die Rhein-Main-Region.

### **DIVERSIFIZIERUNG DER WIRTSCHAFTSSTRUKTUR**

Frankfurts Wirtschaft besteht nicht nur aus dem Finanzplatz Frankfurt. Die Grünen setzen sich daher gegen eine wirtschaftliche Monokultur und für die Entwicklung und Stärkung weiterer Branchen ein. Diese *Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur* in Frankfurt wollen wir auch weiterhin verfolgen. Dabei spielen in den kommenden Jahren die Biotechnologie und die Kreativwirtschaft eine wichtige Rolle. Das Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ) in seiner engen Kooperation mit dem Campus Riedberg ist seit der Gründung im Jahre 2002 eine einzige Erfolgsgeschichte. Die *Kreativwirtschaft* birgt ein enormes Potential, wie der von Grünen und dem Koalitionspartner in Auftrag gegebene Kreativwirtschaftsbericht aus dem Jahre 2008 gezeigt hat. 60.000 Menschen arbeiten in diesem Bereich und erwirtschaften einen Umsatz von 4 Milliarden Euro im Jahr. Zur Förderung der Branche wurde in der Wirtschaftsförderung ein Kompetenzzentrum Kreativwirtschaft eingerichtet und ein Gründerhaus für kreative Gründer auf den Weg gebracht. Diversifizierung ist auch sinnvoll mit Blick auf die Gewerbesteuer. Frankfurt ist auch deshalb nicht in dem befürchte-

ten Ausmaß von der Wirtschaftskrise getroffen worden, weil knapp 55.000 Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen zum Gewerbesteuerertrag beitragen.

## **NACHHALTIGE MOBILITÄT**

Gemeinsam mit dem Land Hessen, Hochschulen und Logistikunternehmen wurde im Jahre 2009 das House of Logistics and Mobility in Frankfurt gegründet. Hier soll nach neuen Wegen gesucht werden, wie Logistik und Mobilität umweltverträglicher abgewickelt werden können. *Ziel des HOLM* muss es sein, die Entwicklung von Mobilität in Ballungsräumen wie dem Rhein-Main-Gebiet forschend zu begleiten und Wege zu mehr Umweltverträglichkeit aufzuzeigen.

## **FRANKFURT ALS MOTOR UND INNOVATIONSZENTRUM FÜR NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN**

Vielfältigkeit in der Wirtschaftsstruktur ist eine Voraussetzung für Nachhaltigkeit. Wir müssen aber auch die Arbeit in den Unternehmen, auch den Banken, selbst sowie die angebotenen Produkte und Dienstleistungen nachhaltiger gestalten. Im Bereich der Energieerzeugung und -nutzung, der Mobilität, der gesundheitsnahen Dienstleistungen, des Konsums, des Bauens und Wohnens und nachhaltiger Finanzdienstleistungen gibt es erhebliche Potentiale. Hier wird die Wirtschaft von morgen geschaffen. Wir wollen Frankfurt auch in diesem Bereich zur Marke machen. Dazu wollen wir ein *Forschungs- und Anwendungsnetzwerk* für Nachhaltigkeit Rhein-Main zwischen Kommunen, Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft gründen. Auch in einem solchen Projekt spielen die Kommunen und die Wirtschaft und Wissenschaft in unserer Region eine erhebliche Rolle.

## **FRANKFURT UND DIE REGION**

Die Region muss insgesamt weiter zusammenwachsen. Dafür setzen wir auch in Zukunft auf eine *enge Kooperation* zwischen den beteiligten Körperschaften und Institutionen. Die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, die das Standortmarketing für die Rhein-Main-Region betreibt, und die lokalen Wirtschaftsförderer wie die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH müssen auch in Zukunft nach dem Grundsatz handeln, dass *Standortmarketing und Wirtschaftsförderung* zwei Seiten einer Medaille sind: Es gilt, Unternehmen nach Frankfurt und in die Region zu holen. Es gilt aber auch, den Bestand zu pflegen.

Eine Region, die weiter zusammenwachsen soll, braucht aber auch neue Strukturen. Der Wettlauf um die *Gewerbesteuerhebsätze* ist langfristig nicht zielführend. Wir benötigen ein Konzept, in dem sich Frankfurt und die Region partnerschaftlich über die Aufteilung von Einnahmen und Kosten verständigen. Die hessische Landesregierung bleibt in der Pflicht, geeignete Strukturen für die politische Selbstverwaltung der Region zu schaffen.

## **KLIMAFREUNDLICHE KONGRESSE UND NACHHALTIGER TOURISMUS**

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH und die Tourismus und Congress GmbH Frankfurt sind zwei städtische Gesellschaften, die hervorragende Arbeit leisten. Die Tourismusbranche beschäftigt in Frankfurt ca. 58.000 Arbeitnehmer und erwirtschaftet einen Bruttoumsatz von 3,9 Milliarden Euro. Wir wollen weiter dafür sorgen, dass der *Frankfurter Tourismus* sich breit aufstellt und beispielsweise auch auf Hotels für Frauen und Angebote für Lesben und Schwule setzt.

Der Tourismus wird aber auch durch den Klimawandel beeinflusst und führt zur Veränderung der Urlaubsgewohnheiten. Immer mehr Menschen interessieren sich für die Umweltauswirkungen einer Reise. Frankfurt kann diese Entwicklung nutzen und darauf hinwirken, den Tourismus als eine Schlüsselbranche für eine nachhaltige Entwicklung zu entwickeln. Mit klimafreundlichen Hotels, einer Infrastruktur für den Radtourismus und der Möglichkeit der Nutzung umweltschonender Verkehrsmittel kann Frankfurt werben und auf eine gezielte Beeinflussung der Reiseentscheidung unter Nachhaltigkeitsaspekten hinwirken.

Auch bei der Ausrichtung von Kongressen spielen ökologische Aspekte eine stärker werdende Rolle. Unternehmen, Kongressteilnehmer, Aktionäre interessieren sich plötzlich für CO<sub>2</sub>-Bilanzen und klimaneutrale Veranstaltungen. Mit dem neu entstehenden Kongresszentrum im Europaviertel bietet sich die Möglichkeit, diesen Markt zu erschließen. Frankfurt soll seine Möglichkeiten nutzen und sich zu einem Standort für *klimafreundliche Kongresse und nachhaltigen Tourismus* entwickeln.

## **COMPUTER- UND VIDEOSPIELBRANCHE**

In Frankfurt und der Rhein-Main-Region hat sich in den letzten Jahren ein Schwerpunkt der Computer- und Videospielebranche mit zahlreichen international bekannten Unternehmen etabliert. Auch die Politik in Frankfurt

hat sich die letzten Jahre sehr stark für die Kreativbranche engagiert und sollte die Entwicklung des Kultur- und Wirtschaftsguts Computerspiele weiter unterstützen. Als eine solche Unterstützungsmöglichkeit setzen wir uns für ein *Förderprogramm zur Prototypenentwicklung von Computerspielen* ein, wie es von auch Hamburg, Bayern und anderen Bundesländern aufgelegt wurde.

## **UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN**

Mit dem Existenzgründungszentrum KOMPASS unter städtischer Beteiligung werden UnternehmensgründerInnen beraten und bekommen bei Bedarf günstige Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Bei KOMPASS wurde in der vergangenen Wahlperiode ein Konzept aufgelegt, das besonders GründerInnen mit Migrationshintergrund unterstützt. Seit mehr als zehn Jahren vergibt die Stadt Frankfurt jährlich einen mit 30.000 Euro dotierten Existenzgründerpreis und unterstützt die Messe für ExistenzgründerInnen. Ein gemeinsam mit Partnerbanken aufgelegter Gründerkreditfonds in Höhe von 750.000 Euro wird in den Jahren 2010/2011 GründerInnen zinsgünstige Kredite bereitstellen. Wir wollen diese Politik in den nächsten Jahren fortsetzen – „*Frankfurt – Stadt der Gründer*“ ist dabei unsere Vision.

## **EINZELHANDEL**

Wir stellen uns weiterhin der Aufgabe, in den Stadtteilen *die Nahversorgung durch den Einzelhandel* zu sichern. Das Konzept der CAP-Märkte wollen wir weiterverfolgen. Und den Einzelhandel insgesamt wollen wir auch weiterhin vor überdimensionierten Projekten schützen. In den letzten Jahren wurden in Frankfurt immer mehr Spielhallen eröffnet. Diese Entwicklung hat in den Stadtteilen häufig zu Konflikten geführt. Zum einen verstärkt die Ansiedlung von Spielhallen in der Regel schon stattfindende negative Entwicklungen in Bezug auf Einzelhandel und Gewerbe, zum anderen bedeuten mehr Spielhallen auch mehr Angebote für Glücksspielsüchtige. Der Stadt Frankfurt stehen zur Begrenzung dieser Entwicklung rechtlich und planerisch nur unzureichende Mittel zur Verfügung. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Landesgesetzgeber den Kommunen taugliche Instrumente an die Hand gibt, um die Anzahl und die Standorte von Spielhallen besser steuern zu können.

## **Finanz- und Haushaltspolitik in Frankfurt — nachhaltig und verlässlich**

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise stellt auch für die kommunalen Finanzen eine Bewährungsprobe dar. Insbesondere bei der Haupteinnahmequelle für die Stadt Frankfurt, der Gewerbesteuer, gibt es erhebliche Einnahmeausfälle. Auch für die nächsten Jahre wird sich die Situation voraussichtlich nicht wesentlich verbessern. Dass in Frankfurt trotzdem kein harter Sparkurs gefahren werden muss, liegt an einer nachhaltigen und umsichtigen Haushaltspolitik der letzten Jahre. Die Rekordeinnahmen wurden nicht komplett verausgabt, sondern es wurden hohe Rücklagen für schwierige Zeiten, wie sie jetzt sind, gebildet. So können vorerst die Einnahmeausfälle kompensiert werden. Die notwendigen sozialen Leistungen werden weiterhin erbracht, das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs bleibt im vollen Umfang erhalten und auch kein Museum oder Schwimmbad wird geschlossen.

In einigen Bereichen ist es sogar gelungen, zusätzliche Leistungen zu erbringen. So konnte das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs erweitert werden aufgrund einer verantwortungsvollen Ausschreibungsstrategie im Bereich des Busverkehrs. Während andere Städte nach und nach Einschränkungen vorgenommen haben, konnte Frankfurt jedes Jahr neue Busverbindungen anbieten. Auch im Sozial- und Jugendbereich konnte durch die intelligente Umsteuerung von Mitteln das Angebot von Ferienfreizeiten erheblich ausgeweitet werden. Der Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik ist, ähnlich wie der Bereich der Stadtplanung, geprägt von Zielkonflikten. Wir haben abzuwägen zwischen Ausgaben heute und Investitionen für morgen, wir haben abzuwägen zwischen Sparen, Investieren und Konsumieren. Auch diese Zielkonflikte gilt es, öffentlich zu machen. Wir wollen und müssen mit den Menschen diskutieren, warum an manchen Stellen gespart und an anderen Stellen investiert wird. Und wir werden einen nachhaltigen Kurs bei den öffentlichen Ausgaben nur politisch vertreten können, wenn er von den Menschen in unserer Stadt verstanden und gewünscht wird. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

## NACHHALTIGE HAUSHALTPOLITIK FORTSETZEN

Auch für die nächsten Jahre gilt es, den Kurs einer *nachhaltigen Haushaltspolitik* beizubehalten. Eine mögliche *Neuverschuldung* muss auf ein Minimum beschränkt bleiben, um zukünftigen Generationen durch drückende Zinslasten nicht den politischen Handlungsspielraum zu rauben. Trotzdem bleibt es unerlässlich, auch in finanziell schwierigen Zeiten die *notwendigen Investitionen* zu tätigen. Unterlassene Instandhaltungen rächen sich später mit noch höheren Kosten, unterlassene Investitionen in Bildung und Kinderbetreuung berauben uns gar unserer Zukunftsperspektive.

## DEBATTE ÜBER LEISTUNGEN UND ZIELE FÜHREN

Angesichts begrenzter Ressourcen wollen wir Grünen eine *umfassende Debatte* in allen Themenfeldern führen, welche Leistungen die Stadt erbringen soll, welche Ziele erreicht werden sollen und welche finanziellen Mittel dafür aufzuwenden sind. Auch *bestehende Angebote* müssen auf ihre Wirksamkeit untersucht werden und gegebenenfalls ein Umsteuern erfolgen. Wir brauchen mehr *Evaluation* der Wirksamkeit unserer kommunalen Programme und Initiativen und unseres Mitteleinsatzes in allen Bereichen. Die *Stadtverwaltung* muss stärker zu einer lernenden und die eigene Wirksamkeit überprüfenden Verwaltung werden. Das Wünschenswerte und das Notwendige müssen bei allen Haushaltsentscheidungen klar voneinander unterschieden werden.

## GEMEINWOHLORIENTIERUNG VON BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN

Wir wollen, bei Unternehmungen, die sich im Besitz der Stadt Frankfurt befinden oder an denen sie beteiligt ist, die Steuerungsmöglichkeiten nutzen, damit bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks sich am *Gemeinwohl* orientiert und eine *nachhaltige Strategie* verfolgt wird, die in angemessener Weise auch ökologische und soziale Belange berücksichtigt.

## UMGANG MIT ALTERNATIVEN FORMEN DER ERBRINGUNG VON LEISTUNGEN

Auch in Zukunft werden *Ausschreibungen, langfristige Instandhaltungsverträge und öffentlich-private Partnerschaften* für uns Instrumente einer nachhaltigen Finanzpolitik sein, die wir in jedem Einzelfall transparent auf ihre Risiken und ihren Nutzen prüfen werden. Klar ist aber: Im Kernbereich

der öffentlichen *Daseinsvorsorge* wird es mit uns keine Privatisierungen geben. Und in allen öffentlichen Projekten muss die *Steuerungsfähigkeit* durch Politik und damit durch den Souverän gewährleistet bleiben.

### **KEINE SENKUNG VON STEUERN UND ABGABEN**

Die angespannte Haushaltssituation lässt zurzeit keine Spielräume für die Senkung von Steuern und Abgaben, insbesondere nicht bei der *Gewerbesteuer*. Frankfurt braucht vielmehr diese Einnahmen auch, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes zu gewährleisten.

### **GEWERBESTEUER ERHALTEN**

Die Abschaffung der Gewerbesteuer lehnen wir strikt ab. Keines der vorgeschlagenen Alternativmodelle kann die zu erwartenden *Einnahmeausfälle* in angemessener Weise kompensieren. Vielmehr bedarf es einer Fortentwicklung der Gewerbesteuer zu einer *kommunalen Wirtschaftssteuer*, bei der der Kreis der Steuerpflichtigen (um Selbständige und Freiberufler) sowie die Bemessungsgrundlage (z.B. um Einnahmen aus Mieten und Pachten) erweitert wird.

### **UNEINGESCHRÄNKTES KONNEXITÄTSPRINZIP**

Viele Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene haben erheblichen Einfluss auf die kommunalen Finanzen. Hier vertreten wir das *uneingeschränkte Konnexitätsprinzip*, d.h., dass Bund und Land im Falle einer Übertragung von Aufgaben auch deren Finanzierung sicherstellen müssen. Eine weitere Kürzung von Bundesanteilen, insbesondere an der Finanzierung der sozialen Leistungen, ist für Frankfurt nicht mehr zu verkraften.

### **NACHHALTIGES BESCHAFFUNGSWESEN UND GREEN IT**

Das öffentliche Beschaffungsvolumen beträgt allein in Deutschland rund 246 Milliarden Euro und somit 13% des Bruttoinlandsproduktes. So kommt der öffentlichen Hand und damit auch den Kommunen eine große Bedeutung als Nachfrager nach Produkten und Leistungen zu. Die aktuellen Vergaberichtlinien der EU-Kommission und ihre Umsetzung ins deutsche Recht erlauben der öffentlichen Hand, *Nachhaltigkeitskriterien* in die Vergabe einfließen zu lassen. Ziel muss jetzt sein, die vielfältigen Aktivitäten der Stadt Frankfurt in diesem Bereich zu vernetzen und sich grundsätzlich für eine nachhaltige Beschaffung in Frankfurt auszusprechen. Dies wird zu einer Belebung der regionalen Wirtschaft und des Handwerks

sowie zu Innovationen im Bereich der nachhaltigen Technologien führen. Beim *nachhaltigen Beschaffungswesen* sollen bei den zu beschaffenden Produkten der Herstellungsprozess, die Lebenszykluskosten, der Energieverbrauch, die CO<sub>2</sub>-Bilanz, die Betriebs- und Entsorgungskosten, die Recyclingfähigkeit, die Schadstoffbilanz sowie die Wirtschaftlichkeit und soziale Kriterien Eingang in die Gesamtbetrachtung eines Produkts finden.

Darüber hinaus braucht die Stadt Frankfurt ein *Gesamtkonzept für Green IT*, d.h. für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie für die gesamte Stadtverwaltung.

# Demokratisches Frankfurt: Stadt der Bürgerinnen und Bürger

Gerade in Zeiten des Wandels gilt es, die Menschen mitzunehmen. Wir erleben in den Kommunen, wie politisches Engagement auch jenseits von Wahlen seinen Platz sucht und findet. Wir haben das in Frankfurt mit vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten an Planungen, am Integrationskonzept, an Runden Tischen und an Organisationen wie dem Rat der Religionen aufgenommen. Die Menschen sind die ExpertInnen vor Ort.

Wir wollen, dass sich die FrankfurterInnen aktiv an der Gestaltung ihrer Stadt beteiligen. Wir wollen, dass sich die Menschen um ihr persönliches Lebensumfeld und ihre Nachbarschaft Gedanken machen. Und wir wollen Orte schaffen, an denen diese Gedanken diskutiert werden können. Demokratie erschöpft sich nicht in Wahlen, Demokratie und eine solidarische Gesellschaft sind ein Ziel, an dem es täglich zu arbeiten gilt. Wir nehmen für uns in Anspruch, vom einzelnen Menschen her zu denken – und dem einzelnen Menschen zugleich zuzumuten, dass er für seine Mitmenschen mitdenkt. Die Grundlage dafür sind Solidarität und Freiheit: Nur wer sich nicht bedroht fühlt, hat den Kopf frei für den weiten Blick. Transparenz, Klarheit, Verlässlichkeit und Offenheit sind für uns wesentliche Ziele von kommunaler Politik und Verwaltung. Auf Grundlage dieser Eigenschaften entstehen Räume für demokratische Prozesse, an denen alle Menschen teilhaben können. Und mit Hilfe dieser Prozesse schaffen wir Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt und mit ihrer Umgebung – Identifikation jenseits von Egoismen und Einmischung mit Kompetenzen, die aus einer gut verwalteten Stadt eine lebendige, bewegliche und innovative Stadt machen.

## Frauenpolitik ist Grün

Frauenpolitik ist seit der Gründung unserer Partei eines unserer Kernthemen. Vieles hat sich in den letzten 30 Jahren verbessert, nicht zuletzt auch dank Grüner Politik. Auch dank der Arbeit des unter Grüner Verantwortung eingerichteten Frauenreferats wurde in Frankfurt schon viel erreicht. Aktuelle Themen werden besetzt und Initiativen gefördert. Auch im Genderranking ist die Stadt Spitze. So liegt zum Beispiel die Projektkoordination des europäischen Projekts „sister cities going gender“ in Frankfurter Hand.

Dennoch gibt es auch in diesem Bereich noch viel zu tun. Unser gesamtes Programm zielt unter anderem auf eine geschlechtergerechte Stadt. Insofern finden sich viele Aspekte von Grüner Politik für Frauen in Frankfurt an vielen Stellen in diesem Programm. Allerdings sind Frauen und Männer nach wie vor nicht gleichberechtigt. Frauen verdienen bei gleichwertiger Arbeit nach wie vor weniger als Männer. Frauen besetzen bei gleicher Qualifikation nach wie vor weniger Führungspositionen als Männer. Und Frauen leiden nach wie vor deutlich stärker unter Gewalt als Männer. Wir werden nicht ruhen und wir werden auch nicht auf „Frauenpolitik“ verzichten, solange diese Diskriminierungen existieren. Ziel unserer Politik ist die Geschlechtergerechtigkeit – die Verwirklichung von Chancengleichheit für Frauen und Männer.

### **GLEICHSTELLUNGS–AKTIONSPLAN ERARBEITEN**

Wir Grüne stehen für einen geschlechtergerechten Stadthaushalt und für eine Stadtentwicklungspolitik, die Mädchen und Jungen, Frauen und Männer gleichermaßen in den Blick nimmt. Wir werden bei allen Planungen und Maßnahmen auf die Auswirkungen auf die verschiedenen Geschlechter schauen. Wir wollen die *„Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf Lokaler Ebene“* unterschreiben und inhaltlich mit Leben füllen. Wir bekennen uns ausdrücklich zu der Verpflichtung der Charta, einen *Gleichstellungs-Aktionsplan* zu erarbeiten und die Erreichung echter Gleichstellung in der Praxis sicherzustellen. Wir wollen in diesem Zusammenhang die Gender-Mainstreaming-Strategie und die Beschlüsse der Stadtverordneten von 2002 neu mit Leben füllen.

### **FRAUEN IN FÜHRUNGSROLLEN, GLEICHER LOHN FÜR GLEICHWERTIGE ARBEIT**

Eine große Rolle bei der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit spielt die private Wirtschaft. Wir wünschen uns in unserer Stadt Unternehmen, die die Potentiale der gesamten Stadtgesellschaft erkennt und nutzt. Dazu gehört, dass Frauen in *Führungsrollen zur Normalität* werden. Davon sind wir noch weit entfernt. Dazu gehört auch *gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*. Auch bei uns gilt nach wie vor, dass Frauen für die gleiche Arbeit wie Männer erheblich weniger verdienen.

## FAMILIENFREUNDLICHE UNTERNEHMEN

Zur Geschlechtergerechtigkeit gehören auch *familienfreundliche* Unternehmen, die ihren Angestellten – gerade auch den männlichen Angestellten – die Möglichkeit geben, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Im Bereich der privaten Wirtschaft hat vieles mit Vorbildern zu tun. Wir Grünen wollen im Rahmen der Wirtschaftsförderung Firmen zum Beispiel bei Ausschreibungen besonders unterstützen, die in den genannten Bereichen Vorbilder sein wollen. Wir wollen Forschung und Innovation in den genannten Bereichen fördern. Und wir wollen in der Stadtverwaltung *innovative Modelle für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Beruf* erproben.

## GEWALTSCHUTZ FÜR FRAUEN

Schließlich gilt unsere besondere Aufmerksamkeit nach wie vor dem *Gewaltschutz*, insbesondere von Frauen. Das Gewaltschutzgesetz auf Bundesebene („wer schlägt, geht“) existiert erst seit 2002. Nach wie vor fürchten sich viele Frauen und Mädchen davor, häusliche Gewalt zur Anzeige zu bringen und sich ihr zu entziehen. *Häusliche Gewalt* kommt in allen sozialen Schichten vor. *Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz* ist nach wie vor ein Tabuthema, betrifft aber ebenfalls Frauen in allen Berufsgruppen und Hierarchieebenen. Wir müssen Einrichtungen, die Präventions- und Beratungsangebote machen, ebenso weiter unterstützen wie Frauenhäuser und Einrichtungen mit Interventionscharakter. Aufklärung über Möglichkeiten der Intervention ist ebenso weiter nötig wie Vernetzung der entsprechenden Einrichtungen. Psychische und physische Gewalt ist nicht hinnehmbar, sie ist nie privat, und es ist die Aufgabe einer nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft, sie zu bekämpfen. Wir stellen uns weiterhin dieser Aufgabe.

## **Frankfurt — sicher in der Öffentlichkeit, sicher im Privaten**

In der Rechts- und Sicherheitspolitik steht für uns Grüne der individuelle Mensch im Mittelpunkt – das ist auf kommunaler Ebene nicht anders als auf Landes- und Bundesebene. Wir haben grundsätzlich Vertrauen in die mündige Bürgerin und den mündigen Bürger und wollen ihnen ein Leben

in Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen. Zum Leben in Freiheit gehört neben der Teilhabe auch ein gewisses Maß an Sicherheit, die durch Politik, auch durch kommunale Politik, herzustellen ist. Und zum selbstbestimmten Leben gehört die Sicherheit, dass der Staat, aber auch Private, zum Beispiel die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen respektieren. „Recht und Sicherheit“ buchstabiert sich grün nämlich ganz anders als „Law and Order“. Und ist uns nichtsdestotrotz sehr wichtig.

Die Menschen fühlen sich in Frankfurt wohl. Das ist auch das Ergebnis von erfolgreicher Prävention und einer liberalen Politik der Grünen in den letzten Jahren, die kritische Entwicklungen nicht ignoriert, sondern früh gesteuert, um nicht im Nachhinein mit Repressalien arbeiten zu müssen. Diese Politik wollen wir fortsetzen.

### **PRÄVENTIONSKONZEPTE STÄRKEN**

Das Bedürfnis der BürgerInnen nach Sicherheit in Frankfurt nehmen wir ernst. Wir tragen ihm Rechnung mit *Konzepten der Prävention*, die so früh wie möglich ansetzen, um Gewalt und Kriminalität und deren Ursachen zu analysieren und entgegenzuwirken. Wir setzen uns dabei weiter für übergreifende Projekte wie „Cool sein – Cool bleiben“ ein, um schon Kinder und Jugendliche zum Thema Gewalt und Umgang mit Aggressionen und Gewalt zu sensibilisieren. Eine solidarische Gesellschaft, die Hilfen in Notlagen anbietet, ist die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in der Stadt. Hier bietet die Stadt Frankfurt bereits ein intaktes Hilfenetz, das auch angesichts der drohenden finanziellen Kürzungen zu Lasten der Kommunen nicht ausgedünnt werden darf.

### **DER ÖFFENTLICHE RAUM GEHÖRT ALLEN**

Der öffentliche Raum gehört allen! Wir wollen nicht, dass „missliebige Menschen“ ausgegrenzt oder verdrängt werden. Wir brauchen auch *keine Verschärfung der Gefahrenabwehrverordnung*. Menschen, wie Obdachlose, Arme und Drogenabhängige, die unsere Hilfe benötigen, sollen nicht verdrängt werden, sondern Hilfsangebote bekommen. Und unsere Stadtgesellschaft kann und muss die Vielfalt der individuellen Lebensentwürfe aushalten – wenn sie selbst gewählt sind und nicht in Konflikt mit anderen berechtigten Interessen stehen. Auch hier profitiert Frankfurt von seiner Vielfalt und wir verteidigen das liberale Klima in unserer Stadt. Wenn es sein muss, auch gegen „Liberale“.

Sicherheit kann für uns nicht zu Lasten der Bürgerrechte gehen. Eine immer weiter ausufernde Überwachung und Kontrolle des *öffentlichen Raums* lehnen wir ab. *Videoüberwachung* auf öffentlichen Plätzen führt nur zu Verdrängungseffekten oder zur Verlagerung von Kriminalität. Für die Bekämpfung der Kriminalität ist die Polizei zuständig. Hierzu ist das Land Hessen gefordert, genügend Personal zu Verfügung zu stellen. Weiterhin setzen wir auch darauf, dass die BürgerInnen füreinander eintreten. Wir wollen eine *Anerkennungskultur für Zivilcourage* schaffen.

### **EVALUATION FREIWILLIGER POLIZEIDIENST**

Wir haben uns in unserem Koalitionsvertrag mit der CDU auf die Einführung eines *freiwilligen Polizeidienstes* verständigt. Hier wollen wir eine *Evaluation* durchführen lassen, um zu überprüfen, ob sich diese Maßnahme bewährt hat.

### **SUBJEKTIVES SICHERHEITSGEFÜHL VERBESSERN**

Wir wollen, dass alle BürgerInnen sich in der Stadt wohl fühlen und mobil sein können. Dazu gehört auch ein gutes Erscheinungsbild der Stadt. Insbesondere im öffentlichen Nahverkehr kommt es immer wieder zu Situationen, die als bedrohlich empfunden werden. Hier halten wir die Wiedereinführung von uniformierten Zugbegleitern für einen richtigen Schritt. Eine *Kampagne für Zivilcourage* und eine Kultur des Hinsehens und Helfens muss insbesondere auf den Bereich der Mobilität zielen. Und nicht zuletzt die Sauberkeit und die Beleuchtungssituation in den Stationen des öffentlichen Nahverkehrs und der Deutschen Bahn kann und muss an vielen Stellen noch verbessert werden.

### **DATENSCHUTZ UND INFORMATIONELLE SELBSTBESTIMMUNG**

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist für die Grünen eines der wichtigsten Rechte des Einzelnen. Wir Frankfurter Grüne waren es, die erstmals für Frankfurt die Erstellung eines zweijährig erscheinenden Datenschutzberichts angefordert haben. Die Möglichkeit der *Adressdatenweitergabe* durch die Bürgerämter wollen wir zum Schutz der Daten der EinwohnerInnen beschränken.

Das Internet eröffnet den Menschen viele neue Perspektiven und Freiheiten. Wir Grüne wollen aber auch, dass über die Risiken des neuen Mediums aufgeklärt wird und dass personenbezogene Daten geschützt wer-

den. So dringen wir darauf, dass zum Beispiel bei Geoinformationssystemen wie *Google Street View* die Belange des Datenschutzes gewährleistet sind. Auch die Stadt Frankfurt muss sich an der *Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung* zum Schutz personenbezogener Daten im Internet beteiligen.

## **TRANSPARENTE STADTVERWALTUNG**

Gleichzeitig drängen wir darauf, dass BürgerInnen schnell und unbürokratisch an Informationen der Stadtverwaltung gelangen können. Die Stadtverwaltung soll für die BürgerInnen transparent arbeiten. Das *Internet* ist dafür das geeignetste Medium. Auf der Homepage der Stadt Frankfurt soll die Stadtverwaltung ihre Arbeit transparent darstellen. Hier soll sich die Stadtverwaltung an den Open Data Prinzipien - insbesondere der Maschinenlesbarkeit und den freien Standards - orientieren. Die Veröffentlichung des Kommunalhaushalts nützt beispielsweise erst dann viel, wenn Computer die Daten aufbereiten und wiederum visualisieren können. Die Stadt kooperiert mit oder unterstützt OpenGovernmentData-Initiativen, um zu erfahren, wo die Probleme liegen. Außerdem wollen wir, dass die BürgerInnen über das Internet die Debatten in der Stadtverordnetenversammlung live anschauen können. Musterformulare, um an detaillierte Auskünfte, zum Beispiel nach dem Umweltinformationsgesetz, zu gelangen, wurden bereits auf unsere Initiative hin eingestellt. Diesen Service gilt es auszubauen.

## **VERBRAUCHERSCHUTZ**

Wir wollen den Verbraucherschutz auch in Frankfurt stärken. Verbraucherschutz ist zwar in erster Linie Ländersache – aber da, wo wir als Kommune steuern können, wollen wir das auch tun. Für die *Lebensmittelkontrolle und -überwachung* braucht die Stadt Frankfurt mehr Personal. Hier ist das Land Hessen gefordert. Wir wollen, dass in unserer Stadt – wie zum Beispiel in Berlin Pankow – lebensmittelverarbeitende Betriebe, die hygienisch vorbildlich arbeiten, mit einem „Smiley“ ausgezeichnet werden. Dem voraus geht die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen Unternehmern und Veterinäramt, in der die Freiwilligkeit dokumentiert wird, die Bewertungskriterien festgehalten sind und der Unternehmer sich verpflichtet, den positiv kontrollierten Standard bis zur nächsten Kontrolle zu halten. Das Veterinäramt wird mit dieser Vereinbarung berechtigt, das positive Kontrollergebnis öffentlich zu machen, der Unternehmer darf selbstver-

ständig mit dem „Smiley“ werben. So erhöhen wir über ein freiwilliges Mittel die Transparenz im Verbraucherschutz und ermöglichen es den mündigen VerbraucherInnen, sich selbst ein Bild zu machen.

## **BürgerInnenstadt Frankfurt — Kompetenzen der Stadtgesellschaft nutzen, Beteiligung ermöglichen**

Wir haben in den letzten Jahren die Möglichkeiten von direkter Beteiligung der BürgerInnen an der politischen Gestaltung unserer Stadt erheblich erweitert. Die Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung haben sich für alle Interessierten geöffnet. Die Ortsbeiräte haben eigene Budgets erhalten. Wir Grüne haben durchgesetzt, dass über Planungsworkstätten und Runde Tische die BürgerInnen vor Ort, die ExpertInnen und PolitikerInnen direkt ins Gespräch gebracht werden. Wir haben neue Möglichkeiten genutzt, wie beim Pilotprojekt Nahmobilität, bei der Beteiligung zur Ideenfindung zur Gestaltung des neuen Hafensparks oder bei der Diskussion um das Integrationskonzept, um die Zahl der direkt an politischen Diskussionen beteiligten Menschen zu erhöhen.

Wir bleiben bei unserer Forderung nach dem Kommunalwahlrecht für alle Menschen, die hier leben. Aber auch jenseits von Wahlen wollen wir den Weg der Beteiligung von BürgerInnen weiter gehen. Wir wollen in Zukunft noch mehr Projekte mit direkter Beteiligung der Menschen vor Ort realisieren. Wir wollen die lokalen Gremien weiter stärken und das Ehrenamt fördern. Wir setzen auch auf die Stiftungstradition in unserer Stadt. Sie hat unsere Stadt zu dem gemacht, was sie ist – und wir wollen eine Renaissance dieser Tradition. Schließlich wollen wir die Transparenz von politischen Diskussionen und Entscheidungen mit den Mitteln des Internets weiter fördern, zum Beispiel über direkte Beteiligung von BürgerInnen am Entwurf des Haushalts der Stadt.

### **BETEILIGUNG AN PLANUNGS– UND ENTSCHEIDUNGSPROZESSEN AUSBAUEN, TRANSPARENTE VERWALTUNG SCHAFFEN**

Die erfolgreichen Diskussionsprozesse zu verschiedenen Themen der Stadtpolitik wie die Gestaltung des neuen Hafensparks oder das Integrationskonzept zeigen, dass die Kompetenzen der BürgerInnen vor Ort eine erhebliche Bereicherung für Politik und Verwaltung sein können. Wir wol-

len diesen Weg weiter gehen und eine bürgernahe, unkomplizierte und transparente Verwaltung fördern, deren Türen offen stehen. Dazu gehört es, die Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken und auszubauen – bei Planungsprozessen, in den Ortsbeiräten wie auch im Stadtparlament. Dieser Prozess ist nie beendet. Es gibt immer neue Formen der *Beteiligungsmöglichkeiten*, es gibt immer neue Themen für die Politik in Frankfurt. Uns ist wichtig, dass eine offene, transparente Verwaltung und eine beteiligungsorientierte Politik zu einer Selbstverständlichkeit werden. Es kann nicht darum gehen, Prozesse, die schief gelaufen sind oder bei denen Politik und Verwaltung sich verhakt haben, im Nachhinein mit Hilfe der BürgerInnen vor Ort wieder „geradezubiegen“ oder lokale Bewegungen über Beteiligungsformen „einzufangen“. Es geht darum, die Menschen vor Ort von Anfang an mit einzubeziehen – so kann man Kompetenzen nutzen und muss unnötige Konflikte und Ängste gar nicht erst aufkommen lassen. Transparente Verwaltung heißt auch: Die *Zahl der Ansprechpartner* bei ein und derselben Angelegenheit soll für Privatleute, Gewerbetreibende oder auch Hilfesuchende auf ein notwendiges Minimum reduziert werden. Ein erster Schritt hierzu ist das Pilotprojekt der zentralen Behördennummer 115.

## **BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN AN PLANUNGSPROZESSEN**

Insbesondere *die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen* an allen relevanten Planungsprozessen wollen wir ausbauen. Kinder und Jugendliche haben in unserer repräsentativen Demokratie keine direkte Stimme. Sie sind aber die primären Betroffenen von vielen kommunalpolitischen Maßnahmen. Und insbesondere bei der Planung von Freizeitflächen wissen sie wesentlich besser, was sie wollen, als Planungsfachleute und PolitikerInnen, die oft zwei bis drei Generationen älter sind als die späteren NutzerInnen. Über themen- oder ortsbezogene Diskussionsforen wollen wir die betroffenen jungen Menschen und ihre Eltern, aber auch sozial engagierte und interessierte Menschen verstärkt einbeziehen. Auch diese Beteiligungsmöglichkeiten wollen wir – wie bei der Quartiersplanung – zur Regel erheben.

## **BETEILIGUNG AN DER AUFSTELLUNG DES HAUSHALTSENTWURFS**

Ein nächster Schritt kann auch die *Beteiligung an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs* sein. Dabei ist es geboten, sich vor falschen Versprechungen zu hüten. Einem Bürgerhaushalt sind klare rechtliche Grenzen

gesetzt. Es ist möglich, die BürgerInnen besser über den Haushalt zu informieren und einen moderierten Prozess ins Leben zu rufen, bei dem Ideen gesammelt und diskutiert werden können. Einen Beschluss über den Haushalt und einzelne Projekte kann letztendlich aber nur die Stadtverordnetenversammlung fassen.

### **UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS EHRENAMT**

Frankfurt braucht in Zukunft noch mehr Projekte mit direkter Beteiligung, gestärkte lokale Gremien und viel Unterstützung für die Ehrenamtlichen, die durch ihr Engagement in Vereinen, Verbänden und Initiativen einen wichtigen Beitrag zu unserem Gemeinwesen leisten. Dabei wollen wir zwei Zielgruppen besonders ins Auge fassen. Wir wollen schon *früh junge Menschen für das Ehrenamt begeistern* und wir wollen die *Potentiale der vielen älteren Menschen in unserer Stadt stärker nutzen*. In Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und Stiftungen wollen wir deshalb verstärkt für ein solches Engagement für das Gemeinwesen werben und den Aktiven Anerkennung zuteil werden lassen.

### **STIFTUNGEN NUTZEN**

Frankfurt hat eine äußerst erfolgreiche Stiftungstradition. Wir profitieren mit dem Palmengarten, mit dem Senckenbergmuseum, mit der Universität und mit vielen anderen Einrichtungen von der bürgerlichen Stiftungstradition. Auch heute noch engagieren sich viele Stiftungen in herausragender Weise für die Menschen in unserer Stadt. Wir wollen diese Tradition fördern. Stiftungen sind naturgemäß auf ihre Freiheit und Selbstständigkeit bedacht. Wir werden aber in möglichst vielen Projekten in Frankfurt darauf achten, mögliche *Kooperationen mit Stiftungen* einzugehen. Dies ist eine Form von öffentlich-privater Partnerschaft, der wir uns gerne stellen.

### **DIENSTLEISTUNGEN ÜBER INTERNET STÄRKEN**

Um die Verwaltung noch bürgerinnen- und bürgerfreundlicher zu gestalten, sollen die *Dienstleistungs- und Informationsangebote über das Internet ausgebaut werden*. Anträge und Formulare sollen dort nicht nur verfügbar sein, sondern gleich online ausgefüllt werden können, um eine direkte Weiterverarbeitung zu ermöglichen. Dabei muss ein Höchstmaß an Datenschutz gewährleistet sein.

Außerdem zum Thema BürgerInnenbeteiligung:

**Planung:**

- ⇒ BÜRGERBETEILIGUNG BEI DER QUARTIERSENTWICKLUNG, S. 36
- ⇒ INNENSTADTKONZEPT: URBAN UND LEBENDIG, S. 40

**Integration:**

- ⇒ POLITISCHE TEILHABE FÜR MIGRANTINNEN, S. 70

# **Nachhaltige, solidarische, lebendige Stadt der Bürgerinnen und Bürger: Frankfurt braucht alle!**

„Global denken – lokal handeln“, Teilhabe und Chancen fördern, Vielfalt und Kreativität nutzen und die Kompetenzen und das Engagement der Menschen in unserer Stadt wertschätzen – dies sind unsere Leitbilder für die Politik der kommenden Jahre in Frankfurt. Mit diesen Leitbildern konkretisieren wir den Grünen Gedanken des neuen Gesellschaftsvertrags und füllen ihn auf der kommunalen Ebene mit Leben. Wir gestalten eine ökologisch und sozial nachhaltige Gesellschaft, in der alle die Chance auf ein gutes Leben in wirklicher Freiheit bekommen.

Wir Grüne wollen Frankfurt auch in den kommenden fünf Jahren weiterbringen. Wir wollen unsere Stadt zur Klimahauptstadt der Bundesrepublik machen. Wir wollen weiter an einem solidarischen Frankfurt arbeiten, in dem keine und keiner zurückbleibt. Wir streiten weiter für ein Frankfurt der Vielfalt und der Kreativität, das seine immensen Stärken nutzt, um eine lebendige, prosperierende, attraktive Stadt zu bleiben, die viel größer wirkt, als sie tatsächlich ist. Und wir wollen noch mehr erreichen für ein demokratisches Frankfurt, in dem die Bürgerinnen und Bürger mitgestalten und im Mittelpunkt stehen – denn wir alle sind Frankfurt und Frankfurt braucht alle!

Gehen Sie am 27. März zur Kommunalwahl. Nehmen Sie unsere Stadt in Ihre Hand. Wir bitten Sie um Ihre Stimme für ein nachhaltiges, solidarisches, vielfältiges, prosperierendes und demokratisches Frankfurt. Gemeinsam ergreifen wir Frankfurts Chancen!



